Nr. 97 Mittwoch, 2. Juni 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Rüttelt die Gleichgültigen auf!

Deutsch-österreichischer Rätekongreß

Adler über die politische Lage.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit bringt heute einen Bericht vom **deutsch-österreichischen Rätekongreß,** dem wir folgendes entnehmen:

Der Rätekongreß wurde am 1. Juni unter äußerst starker Beteiligung eröffnet. Friedrich Adler sprach über die politische Lage:

In der Zeit seit der letzten Rätekonferenz hat sich eine vollkommene Wandlung der politischen Situation vollzogen. Während damals Ungarn noch eine Räterepublik war, herrscht nun dort ein reaktionäres Regime. Diese Aenderung der ganzen Situation innerhalb dieser Zeit bedingte zwei Perioden, die Tätigkeit des Reichsvollzugsausschusses und auch die Tätigkeit der Arbeiterräte.

Innerhalb der ersten Periode, die bis in den August, bis zum Zusammenbruch der Rätediktatur in Ungarn hinausreichte, hatten sich die Arbeiterräte mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit das österreichische Proletariat verpflichtet sei, den revolutionären Aufstieg in Europa zu unterstützen. Die zweite Periode war von den Maßnahmen gegen die Reaktion außer- und innerhalb Oesterreichs erfüllt. Die Reichskonferenz im vorigen Jahre hatte sich mit dem **Antrag der Kommission zu befassen, Deutsch-Oesterreich zu einer Räterepublik zu erklären.** Wenn wir heute rückschauend diese Periode überblicken, so wissen wir, daß die Reichskonferenz, in dem sie **den Kommunisten nicht gefolgt ist, die richtige,** den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende **Taktik eingeschlagen** hat.

Der zweite Teil dieser Periode war vom **Kampf gegen die Reaktion** erfüllt, darin waren die Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs vorbildlich für alle andern Länder. Das entscheidendste und wesentlichste der gegenwärtigen Periode ist, die **wachsende Konterrevolution zu bekämpfen.** Die Arbeiterräte haben in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich sehr großen Einfluß. Sie wurden nach dem 13. Januar 1919 gegründet, um engere Beziehungen der Institutionen der sozialdemokratischen Partei mit den in den Betrieben tätigen Arbeitern herzustellen. Den Massen wurde dadurch ein direkter Einfluß auf die Geschicke der Arbeiterbewegung ermöglicht. Mit der Zeit erfolgten jedoch Absplitterungen von der sozialdemokratischen Partei, die sich in der Kommunistischen Partei vereinigt haben. Die Aufgabe der Arbeiterräte ist es, alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Parteien im Arbeiterrat zu vereinigen, um in gewissem Sinne die Einheit des Proletariats zu erhalten. Das ist die historische Leistung des Arbeiterrates. Hätte Deutsch-Oesterreich den Arbeiterrat nicht in dieser Weise konstituiert, dann wäre es in deutsche Verhältnisse hineingekommen. In die Verhältnisse, die dem Proletariat trotz seines riesigen großen Körpers die Kampffähigkeit geraubt haben.

Die Kommunisten haben zur Zeit, als die Rätediktatur in Ungarn und Bayern herrschte, den Arbeiterrat als Fessel empfunden und erklärten, sich nur revolutionären Entschlüssen fügen zu wollen. Auch andre Strömungen der Gewerkschaften richteten sich gegen die Arbeiterräte. Die Aufgabe des Arbeiterrates ist es, die verschiedenen Fraktionen des Proletariats zu gemeinsamen Beratungen und Beschlüssen zusammenzutun. So versieht der Arbeiterrat die Funktionen eines Parlaments der Arbeiterklasse und kann diese so gegen alle Gefahren, die der Revolution drohen, in ganz anderm Maße berücksichtigen, als die Arbeiterklasse in den andern Ländern. Die Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs sind in weitgehenderem Maße bereit als in irgendeinem andern Lande des Kapitalismus. Indem die führenden Genossen in den andern Ländern die Arbeiterräte im Interesse einzelner Fraktionen des Proletariats preisgegeben haben, haben sie sie gesprengt. Alle drei Parteien des deutschen Proletariats haben in gleicher Weise einen Mangel an Einsicht bewiesen, indem sie das Gesamtinteresse des Proletariats dem Interesse einzelner Gruppen des Proletariats aufgeopfert haben. Daher müssen wir an dem gegenwärtigen System festhalten, und die da glauben, die Zeit der Arbeiterräte sei um, beweisen nichts andres, als daß sie historisch nicht weit blicken, denn die ungeheuere Umwälzung, die der Weltkrieg vorbereitet hat, ist noch lange nicht zu Ende, und noch große Möglichkeiten nach rechts und links liegen vor uns. Sie müssen die Arbeiterklasse kampfgerüstet finden. Der Arbeiterrat hat in entscheidungsvoller Situation die Energie und den Mut aufgebracht, das Richtige zu tun, die notwendige Selbstzucht zu erkennen, die aus der historischen Situation hervorgeht und was sie heischt. Wir werden unsre Funktion als Arbeiterräte erfüllen, wenn wir auch in Zukunft wie bisher an unsern Aufgaben und Grundsätzen festhalten.

Eingeständnisse der österreichischen Kommunisten.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Dem Vorwärts wird aus Wien unterm 1. Juni gemeldet: Dem Kreisarbeiterrat überbrachte in der heutigen Sitzung ein aus Rußland zurückgekehrter Kriegsgefangener die Grüße eines Kameraden. Da er für die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland eintrat, gab die Abgeordnete Emmy Freundlich Aufschluß über die Verhandlungen, die sie seinerzeit in Wien und später in London im Namen der Genossenschaften mit russischen Genossenschaftlern geführt hat. Sie erklärte, daß die Russen gar keine Zusage machen konnten, wirklich etwas zu liefern. Deutschösterreich könnte keine drei Wochen von dem leben, was Rußland schicken würde, selbst wenn es Lokomotiven und Wagen hätte. Der Kommunist Friedländer führte aus, daß auch die Kommunisten, die auf die Weltrevolution hinarbeiten, nicht auf dem Standpunkt stehen, man könne in diesem Deutschösterreich die Räterepublik ausrufen. Ein Sowjet-Oesterreich würde sich wirtschaftlich nicht halten können. Da die Einheitlichkeit Deutschösterreichs an ein größeres Wirtschaftsgebiet zu einer engeren Fühlung mit dem revolutionären Proletariat führen könnte, so hätte er nichts gegen den Anschluß an Deutschland. — Ein andrer Kommunist gab die Erklärung ab, daß die Kommunisten durchaus nicht die Gewerkschaften sprengen, sondern sie nur radikalisieren wollten.

Freilassung des Genossen Oehme.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das preußische Ministerium des Innern und das Reichswehrministerium haben nach Ostpreußen die Anweisung gegeben, den Genossen Oehme, der auf Veranlassung des Staats- und Reichskommissars Borowsky verhaftet wurde, wieder freizulassen. Die Vertreter der Presse, denen am Dienstag diese Mitteilung gemacht wurde, haben einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen diese, sowie andre willkürliche Verhaftungen von Journalisten protestiert und die Regierung um Aufklärung darüber ersucht wird, welche Rechtsgrundlage die Verhaftung Oehmes gehabt hat.

* * *

Die Regierung hat also soviel Ueberlegung gehabt, daß sie dem Skandal schleunigst ein Ende gemacht hat. Schlimm genug, daß er überhaupt passieren konnte!

General v. Lüttwitz in Oberschlesien.

Beuthen (Oberschlesien), 1. Juni. Der Volkswille in Gleiwitz weiß zu melden, **General v. Lüttwitz halte sich seit elf Tagen in Uschütz** (Kreis Rosenberg) **beim Freiherrn v. Scherr-Thoß auf.**

Wird ihn die Justiz, die verpflichtet ist, Lüttwitz wegen seines im März begangenen Hochverrats festzusetzen, nun zu finden wissen?

Abschluß Belgiens gegen die Zuwanderung Deutscher.

Frankfurt a. Main, 1. Juni. (Dll.) Nach einer in belgischen Zeitungen veröffentlichten Mitteilung des Departements für auswärtige Angelegenheiten hat die **belgische Regierung** gegenüber zahlreichen **Gesuchen deutscher Staatsangehöriger** als Regel aufgestellt, daß sie sich **einer Wiedereinwanderung solcher Personen, die vor dem Krieg in Belgien ansässig waren, widersetzen** werde. Nur ganz **ausnahmsweise** wird die Genehmigung erteilt werden, insbesondere wenn es sich um Personen handelt, die lange Jahre vor dem Kriege in Belgien wohnten, dort ihre Familien haben oder Söhne, die Belgier geworden sind und als solche den Krieg mitgemacht haben. Die Kommunalverbände sind aufgefordert worden, die Einschreibungen solcher Fremden zu verweigern, die nicht im Besitz eines ordnungsgemäßen, von einem belgischen Konsul visierten Passes sind.

Bevorstehende Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 1. Juni. (T.-U.) Nach einer Meldung der Neuen Berliner Zeitung aus Hamburg erklärte der Reichsjustizminister Dr. Blunck in einer Versammlung, daß im Oktober auch der Rest der Zwangswirtschaft werde beseitigt werden können.

Das politische Arsenal der deutschen Bourgoisie.

Der abwehrlose Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und ihrer Politik in den Novembertagen 1918, den manche eine Revolution zu nennen belieben, zeigte zugleich die politische Unfruchtbarkeit und Ideenlosigkeit der bürgerlichen Politik. Nicht eine einzige Parole hat das deutsche Bürgertum damals gefunden, mit der es den Versuch einer Abwehr des siegreich vorstoßenden Sozialismus hätte unternehmen können. „Wir stellen uns auf den Boden der Tatsachen", das war alles, was man von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, von Herrn Naumann bis zum Grafen Westarp, stammelnd hervorbrachte.

Immerhin konnte mancher annehmen, daß die bürgerliche Ideologie infolge der körperlichen und seelischen Entkräftung der Bourgeoisie durch den Krieg nur dem ersten Ansturm der sozialistischen Ideen erlegen war. Zwar bewies die Vielseitigkeit der sozialistischen Neubaupläne, der Ideenreichtum des Proletariats, daß durch den Krieg zwar die Entschlußkraft und die Entscheidungs- und Entschließungsmöglichkeiten geschwächt und gehemmt waren, daß aber für ein innerlich gesundes und leistungsfähiges Ideensystem die Lebensbedingungen noch voll gegeben waren. Trotzdem sträubte sich das Bürgertum gegen die Erkenntnis, daß der Mangel an politischen Ideen eben der Beweis für seinen politischen Untergang war. Und so hoffte man, daß die nächsten Monate und Jahre auch dem Bürgertum die neue politische Idee bringen würden, mit der es von neuem den Kampf gegen den Sozialismus aufnehmen könnte.

Man hat vergeblich gewartet. Die deutsche Bourgeoisie zieht in den Wahlkampf ohne eine einzige neue Idee, ja überhaupt ohne jede Idee. Wer die politische Situation auch nur einigermaßen begriffen hat, der weiß, daß der Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, noch in diesem Jahrzehnt ausgetragen werden muß. In diesem Kampf galt es seit den Novembertagen 1918 Stellung zu nehmen, klar und offen Farbe zu bekennen. Die Wahlen zum kommenden Reichstag bieten von neuem Gelegenheit für diese Stellungnahme. Es ist bezeichnend, daß der weitaus überwiegende Teil des Bürgertums nicht den Mut zu dieser Stellungnahme findet. Die bürgerlichen Parteien, die der Koalitionsregierung angehören, und die nach ihrer bisherigen Stimmenzahl fast zwei Drittel des Bürgertums repräsentieren, haben für die Wahlen an der Parole der Koalitionsregierung festgehalten. Die Deutsche Volkspartei hat sich zu ihnen gefunden und vertritt für den Wahlkampf ebenfalls die Idee einer Koalition der drei bürgerlichen Parteien mit den Rechtssozialisten. Diese Koalitionsregierung aber ist der technische Ausdruck der Furcht vor der politischen Problemstellung. Der Sinn dieser Koalitionsregierung ist es, die deutliche Kampfstellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen, den Kampf hinauszuschieben und unter der Phrase der Versöhnung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, von Kapitalismus und Sozialismus, die kapitalistische Herrschaft neu zu fundieren. Die Rechtssozialisten haben nun freilich begriffen, daß diese Vertuschungspolitik sie um den letzten Kredit bei der sozialistischen Arbeiterschaft bringen wird und sie haben sich deshalb entschlossen, wenigstens äußerlich etwas davon abzurücken. Damit aber, daß man eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnt und sich ein paar billige Phrasen von der Notwendigkeit der Einigung des Proletariats abquält, ist es nicht getan. Die Rechtssozialisten haben sich auch für diesen Wahlkampf nicht prinzipiell gegen eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien entschieden, sie müssen deshalb die Verantwortung für die Politik der Festigung des kapitalistischen Systems durch das Versöhnungsmanöver mit übernehmen.

Die prinzipielle Bereitschaft der bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß von den Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei, ja die geheime Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, sich wieder einmal „auf den Boden der Tatsachen" zu stellen und ebenfalls mitzumachen, falls die Wahlen den erhofften Sieg nicht bringen sollten, ist lediglich der Ausfluß der Unfähigkeit einer eigenen politischen Stellungnahme. Die deutsche Bourgeoisie wagt nicht, mit einer eigenen Politik, mit einer Idee des Bürgertums, mit einer kapitalistischen Wahlparole in den Kampf zu ziehen. Sie wagt keine klare Kampfstellung, weil es ihr an einer Idee fehlt, an deren siegende Kraft

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sie glauben könnte. Keine einzige der bürgerlichen Parteien hat eine einzige noch so winzige neue politische Idee mit in den Wahlkampf bringen können. Selbst den Mut zur konsequenten Entwicklung haben die einzelnen bürgerlichen Parteien nicht gefunden. Da die Staatsform das Wesentliche und Ausschlaggebende für die bürgerliche Politik ist, da die Bourgeoisie mit Hilfe der Staatsform die Erhaltung des kapitalistischen Systems anstrebt, so wäre zum mindesten diese Staatsform der Pol gewesen, um den die bürgerlichen Parteien ihre Anhänger scharen konnten! Die Demokratische Partei hätte zur Republikanischen werden die Deutschnationale Partei hätte klar und eindeutig die unumschränkte Monarchie als ihr Ideal erklären müssen, und was dazwischen lag, hätte sich nach mehr oder minder abgestuften konstitutionellen und parlamentarischen Staatsformen orientieren müssen. Das ist nicht geschehen. In dem Wahlaufruf der Demokratischen Partei kommt das Wort „Republik" nur ein einziges Mal vor, nämlich dort, wo von dem ersten Reichstag der deutschen Republik die Rede ist. Und die Deutschnationalen haben alles Mögliche von Schiebertum, Antisemitismus, Judenregierung, Erzbergersystem in ihren Wahlaufruf geschrieben, nur nichts von der monarchistischen Staatsform und dem Gottesgnadentum.

Nicht nur, daß das Bürgertum sich im Abwehrkampf gegen die Ideen des Sozialismus nicht eine einzige Idee schaffen konnte, mit der die bürgerlichen Parteien gemeinsam den Kampf hätten führen können, sie haben auch jede für sich nicht einmal die politische Kraft aufbringen können, mit andern als wirtschaftlichen und reinen Interessengründen in den Wahlkampf zu ziehen. Die deutsche Bourgeoisie ist politisch tot. Will sie nicht auch wirtschaftlich ihre kapitalistische Basis verlieren, so muß sie den politischen Entscheidungskampf zu meiden suchen, muß die Problemstellung verschieben und verschleiern und spricht deshalb von Wiederaufbau, von Ruhe und Ordnung, während sie damit die Erhaltung des Kapitalismus meint. Ueber Sozialisten, die bei dieser „Wiedergeburt des Kapitalismus" den bürgerlichen Parteien Hilfe leisteten, die noch jetzt die politische Situation, die Notwendigkeit der Entscheidung nicht klar erkannt haben, die noch jetzt sozialistische Ideen herleiern, um unter dem falschen Deckmantel des Wiederaufbaues, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, den Kapitalismus aufzubauen, wird die Geschichte ein- für allemal das Urteil als Verräter an der sozialistischen Idee sprechen.

Die politische Ideenlosigkeit der deutschen Bourgeoisie, die das äußere Zeichen der inneren Hohlheit des kapitalistischen Systems ist, hat weiter zur Folge, daß für die Bourgeoisie Maschinengewehre und Handgranaten zu politischen Beweisgründen geworden sind. Eine einzige Ausdrucksform besitzt die deutsche Bourgeoisie heute noch, diese aber ist unpolitisch, denn sie ist ungeistig: die Ausdrucksform der Lüttwitz, Bauer, Bischoff, der Seeckt und Geßler. Die militaristische Denkweise der knatternden Maschinengewehre und militärgerichtlichen Schandurteile ist alles, was die Bourgeoisie zur Wahrung ihres kapitalistischen Systems an politischen Leistungen aus eigner Kraft aufzubringen vermag. Aber auch diese Verschiebung des politischen Kampfes infolge der politischen Unfähigkeit des Bürgertums hat eine schwere, ernste Seite. Sie bedeutet, daß der Kampf nicht allein durch Wahlen, nicht auf rein politischem Gebiete ausgetragen werden kann. Die Bourgeoisie hat die Kampfstellung: Militär gegen Arbeiterschaft geschaffen. Sie trägt die Verantwortung für die Folgen, die aus dieser Kampfstellung erwachsen.

Das Proletariat aber muß sich bewußt sein, daß angesichts dieser Tatsachen die Wahlen und das Parlament nicht schon der Entscheidungskampf selber sind, daß die politische Entwicklung bedroht ist durch die Waffenarsenale der im kapitalistischen Dienste stehenden Generäle und Militärs und daß deshalb auch diese Wahlen nichts andres sind als eine Heerschau der Triebkräfte, die im revolutionären Kampfe um den Sieg ringen werden. Die Wichtigkeit der Entscheidung wird dadurch nicht vermindert, die Pflicht, das Aeußerste für den Sieg am 6. Juni zu tun, nicht weniger dringend. Denn der Ausgang der Wahlschlacht bedeutet für den Sieger eine gewaltige Stärkung seiner Position in allen weiteren Kämpfen! Der Wahlsieg bringt noch nicht ans Ziel, aber er bringt ein bedeutsames Stück vorwärts.

Und deshalb heißt am 6. Juni die Parole: **Alle Männer und Frauen an die Wahlurne! Alle Lauen und Gleichgültigen aufgerüttelt zur Stimmabgabe für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!**

Die Militärjustiz funktioniert ausgezeichnet.

Gute Zeiten für Militärmörder.

Wenige Tage vor der Reichstagswahl hat ein Militärgericht noch einen Spruch gefällt, der die Bedeutung der Entscheidung, die am 6. Juni fällt, ins hellste Licht stellt!

Die seit Beginn der Revolution ständig gewordene Uebung der Militärgerichte, Offiziere, die revolutionäre Proletarier unter Verletzung der Gesetze umgebracht oder ihre widerrechtliche Tötung befohlen haben, zu Bagatellstrafen zu verurteilen oder gänzlich freizusprechen, ist am 1. Juni zu Berlin von dem Kriegsgericht der 3. Reichswehrbrigade in dem tragischen Fall der Erschießung des Genossen Müller wieder prompt befolgt worden. Der Mörder-Leutnant Baum wurde von der Anklage des Totschlags gänzlich freigesprochen und als schneidiger Offizier und Held gefeiert.

Leutnant Baum gehört zum Detachement Grothe des Freikorps Hülsen, das im März vorigen Jahres zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterschaft gegen den Osten von Berlin, insbesondere gegen Lichtenberg, angesetzt worden war. Im Ministerium des Innern, das unter der Leitung des Herrn Wolfgang Heine stand, ward damals jene Verleumdung erfunden, die Spartakisten hätten in Lichtenberg 64 Polizeibeamte ermordet. Diese Lügenmärchen von der Grausamkeit der Spartakisten benutzte Noske zu seinem berüchtigten Erlaß vom 9. März, der es jedem Angehörigen der Regierungstruppen erlaubte, jeden mit der Waffe kämpfend betroffenen Revolutionär zu erschießen. Der Angeklagte Baum hat im Falle des Genossen Müller die Vollmachten des Blutbefehls noch weit überschritten, indem er Müller erschießen ließ, obwohl dieser weder kämpfend angetroffen, noch bei ihm oder in seiner Wohnung eine Waffe gefunden worden war. Baum hatte den Auftrag erhalten, einen Block von 20 Häusern nach Waffen abzusuchen. Auf die Anzeige von Unbekannten und von einer Casetier-Frau drang er in den Laden des Genossen Müller; die Haussuchung förderte keine Waffen, sondern nur ein Fernglas, eine Mitgliedskarte zur U. S. P., einige Broschüren über die französische Revolution, ein Programm des Spartakusbundes und einige Nummern der Freiheit zutage; außerdem fand man noch eine Eisenbahnfahrkarte von Sachsen und Württemberg, worin einige Orte angestrichen waren, schließlich auch noch einen Straßenplan von Berlin mit einigen Bleistiftnotizen. Auf Grund dieser Gegenstände erklärte Leutnant Baum den Genossen Müller der Teilnahme am Kampfe für überführt und wollte ein Geständnis von ihm erzwingen. Müller erklärte, er sei unschuldig. Baum ordnete seine Erschießung an. Da Müller nicht gleich tot war, veranlaßte ein Sanitäter, daß ihm ein Gnadenschuß gegeben wurde.

Die Verteidigung des Leutnants Baum stützte sich im wesentlichen auf den Noske-Erlaß und auf Mitteilungen Unbekannter. Baum will den Erlaß so aufgefaßt haben, daß es zur Erschießung genügte, wenn irgend wer den Betroffenen mit der Waffe gesehen haben will. Mannschaften als Zeugen erklärten, daß sie damals in ihrer Verhetzung die Erschießung für berechtigt gehalten haben. Erst später seien ihnen Bedenken gekommen, da bei Müller keine Waffen gefunden wurden. Nur ein Soldat erklärt, daß er die Erschießung von Anbeginn für rechtswidrig gehalten habe. Die eingehenden Aussagen der Frau und der Tochter des Erschossenen beleuchten die Brutalität, mit welcher Baum vorgegangen ist.

Die äußeren Formen der Hauptverhandlung ließen den Geist der ganzen Prozedur deutlich erkennen. Leutnant Baum brauchte während der ganzen Verhandlung nicht auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Der Vorsitzende sprach dauernd von dem Erschossenen als dem Angeklagten. Der erste Verteidiger des Leutnants Baum, der nominell als Anklagevertreter fungierte, beantragte völlige Freisprechung. Mit militärischem Temperament und geradezu hanebüchener Frechheit legte sich der Offizier-Verteidiger, Hauptmann Wolf, für den angeklagten Kameraden ins Zeug. Er hielt eine hochpolitische Rede, feierte den Kampf gegen Spartakus als eine Leistung, die noch mehr Anerkennung verlange, als die militärischen Leistungen im Weltkriege. Er ließ dabei einen tiefen Einblick in die rohe Denkungsweise dieser Kaste tun. Das Kameradengericht entzog sich diesen Argumenten nicht und sprach Leutnant Baum frei. Um das Verfahren äußerlich auch als Komödie zu kennzeichnen, nahm der Anklagevertreter während der Beratung des Gerichtes auf der Anklagebank Platz und plauderte lächelnd mit dem Herrn Angeklagten auf der Verteidigerbank.

* * *

Wähler! Denkt daran, daß die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei noch in letzter Stunde die Abschaffung der Militärjustiz verhinderten!

Wer wollte die Kriegsgefangenen opfern?

In dem deutschnationalen Lügenblatt, den Leipziger Neuesten Nachrichten, veröffentlicht ein angeblich heimgekehrter Kriegsgefangener V. P. eine Notiz, worin folgender faustdicker Schwindel enthalten ist:

Wem habe ich es, soweit der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Heimsendung der Kriegsgefangenen in Frage kommt, zu danken, daß ich erst vor zwei Monaten von den weißen Negern freigelassen worden bin? Doch wahrlich nur den Unabhängigen. Denn sie haben wiederholt öffentlich erklärt — ich erinnere nur an den famosen, sattsam bekannten Breslauer Fall —, daß ihnen an der Rückkehr der Kriegsgefangenen nichts liege. Hieraus schöpfte die feindliche, insbesondere die französische Presse ihre Behauptung, daß die Deutschen ihre Kriegsgefangenen nicht zurückhaben wollten. Die Folgen dieser Manöver haben wir leider monatelang zu spüren gehabt.

Herr V. P. ist ein frecher Verleumder. Es ist ein ganz unverschämter Schwindel, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten irgendwie und irgendwo öffentlich erklärt hätten, daß ihnen an der Rückkehr der Kriegsgefangenen nichts liege. Der famose sattsam bekannte Breslauer Fall existiert nicht.

Jedermann weiß, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen von den sogenannten nationalen Parteien aufs schlimmste verschleppt werden sollte. Sie waren es, die die wahnsinnige Politik der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages forderten. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist es gewesen, die dieser Bankrottpolitik von Anfang an entschlossen entgegentrat und der es zu danken ist, daß die Unterzeichnung des Versailler Vertrages im letzten Moment trotz der wilden Agitation der Reaktionäre doch noch erfolgte. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat so dafür gesorgt, daß mit möglichster Beschleunigung die Vorbedingung für die Freilassung der Kriegsgefangenen geschaffen wurde. Zum Dank dafür beehrt sie Herr V. P. in dem dafür geschaffenen Blatte mit der frechen Verleumdung, die wir oben aufgespießt haben.

Der Fall zeigt, mit welch erbärmlichen Mitteln die Deutschnationalen den Wahlkampf führen. Die Wähler mögen ihnen am 6. Juni darauf die rechte Antwort geben. Die Kriegsheimkehrer mögen sich die Stellung der Rechtsparteien zum Friedensvertrag vergegenwärtigen und daraus ersehen, wem es gleichgültig war, wie lange sie noch hinter den Drahtgittern der Ententegefangenenlager sitzen blieben!

Die Ermordung Paasches bleibt ungesühnt.

Der amtliche Bericht über die Erschießung Paasches wird veröffentlicht, oder richtiger zwei amtliche Berichte werden bekanntgegeben. Der eine stammt vom Regierungspräsidenten, der andre vom Oberleutnant Kappe, der die militärische Aktion kommandierte. Zwischen beiden bestehen einige Widersprüche, von denen der wichtigste der ist, daß der Oberleutnant behauptet, es sei die Festnahme des Kapitänleutnants Paasche angeordnet worden, während der Bericht der Zivilstelle das als „Irrtum" zurückweist. Das ist indes ziemlich nebensächlich angesichts der Tatsache, daß auch der Zivilbericht zu dem Schluß kommt, daß eigentlich niemand für die Ermordung verantwortlich zu machen ist. Der Bericht behauptet, daß Paasche, der erst ruhig mit dem Gendarmeriewachtmeister mitgegangen sei, in der Nähe des Gutshauses plötzlich Kehrt gemacht und eiligst im Zickzackkurse dem nahen Walde zugelaufen sei. Weshalb Paasche zu dieser merkwürdigen Flucht gekommen sein soll, zu der gar keine Veranlassung für ihn vorlag — die Haussuchung hat nichts ergeben, was irgendwie zu einem Verfahren gegen ihn hätte führen können —, wird nicht angegeben. Die Darstellung ist schon deshalb unglaubwürdig. Sie behauptet weiter, der Gendarmeriewachtmeister sei Paasche nachgelaufen und habe ihm mehrmals zugerufen: „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant!" Der Wachtmeister habe die rechte Hand an der Pistolentasche gehabt, habe die Pistole aber nicht aus dem Futteral gezogen. Er habe nach der Tasche gegriffen, weil ihm beim Laufen die Pistole aus der Pistolentasche fast herausgefallen wäre. Die Soldaten, die auf Paasche geschossen haben, sollen das gesehen und daraus geschlossen haben, daß der Wachtmeister auf Paasche schießen wollte. Sie deuteten die Verfolgung des Paasche als die eines Festgenommenen, der sich durch Flucht der Festnahme entziehen wollte, und daraufhin hätten sie in subjektiv entschuldbarem Glauben gehandelt, als sie auf Paasche schossen.

Das Fazit ist also, daß eine Strafverfolgung wegen des „guten Glaubens" der Soldaten nicht stattfinden kann. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Untersuchung zu solchem Resultat führen wird. Von den vielen Anzeichen, daß die Ermordung Paasches schon seit langem geplant war, über die die Berliner Volkszeitung berichtet hat, ist natürlich in den Berichten nichts enthalten. Dafür wird aber festgestellt, daß aus der beschlagnahmten Korrespondenz Paasches hervorgehe, daß er „nicht allein theoretisch für den Räterepublikgedanken eingetreten ist, sondern daß er auch zweifellos ein Hauptmitglied in der Kommunistischen Partei gewesen ist, der er auch Geldmittel zur Verfügung gestellt hat". Dazu war Paasche selbstverständlich durchaus berechtigt und diese Anführung zeigt nur, daß die amtlichen Stellen die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei als eine Rechtfertigung ihres unverantwortlichen Vorgehens betrachten.

Es kommt aber noch viel besser; der Bericht des Regierungspräsidenten fährt fort:

Von der Grenzpolizei ist mitgeteilt worden, daß Wagen mit Waffen und Munition durch Hochzeit und auf Gütern von Landarbeitern verteilt worden sind und daß Paasche in letzter Zeit öffentlich kommunistische Reden gehalten hat. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Waffen im Walde an sicherem Orte versteckt sind. Eine weitere Nachforschung wird eingeleitet werden. Ueber den Grund des eigentümlichen Verhaltens Paasches kann ich mich nur Vermutungen hingeben. Vielleicht trieb ihn im Anblick der Posten sein schlechtes Gewissen zur Flucht, vielleicht wollte er seine Anhänger alarmieren.

Es wird also mit unbewiesenen Verdächtigungen plumpster Art operiert! Das besagt wirklich genug!

Der Mord an Paasche wird gerichtlich nicht gesühnt werden. Das Proletariat muß am 6. Juni für die Sühne sorgen, die noch möglich ist.

Kapp-Freunde überall.

Zu den durch die Vorgänge vor und während des Kapp-Putsches am meisten bloßgestellten Offizieren gehörte bekanntlich der Rittmeister von Plathen. Längere Zeit hat man nichts Näheres mehr von ihm erfahren und es wurde behauptet, von Plathen befinde sich in sicherem Gewahrsam. Wie wir aber jetzt erfahren, hat es der Herr Rittmeister — wie so viele andere auch — verstanden, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Er befindet sich wohlbehalten in Holland. Dort erschien er eines Tages, zu jener Zeit, da er angeblich verhaftet sein sollte, auf dem deutschen Konsulat in Rotterdam, wo er ohne weiteres einen Auslandspaß ausgestellt bekam. Auch wurden ihm, obwohl er viel mehr Geld mit über die holländische Grenze gebracht hatte, als zulässig war, die Gebühren ganz bedeutend ermäßigt. Es ist immerhin ganz interessant, zu wissen, daß auch Vertrauensleute der Regierung in den auswärtigen Konsulaten mit den militärischen Hochverrätern Hand in Hand arbeiten.

Liefersabotage der Krautjunker.

Um in Erwartung ihrer neuen Regierungsherrlichkeit, wie sie ihnen die Neuwahlen unter der deutschnationalen Lüge sowohl, wie die damit verbundenen offenen Umsturzpläne der Militärs bringen sollen, den Druck auf das industrielle Proletariat in den großen Städten zu verstärken und die sozialistisch-revolutionäre Front durch Hunger zu zermürben, hat jetzt die Liefersabotage der Großagrarier in der ostpreußischen „Kornkammer Deutschlands" mit besonderer Schärfe und Heimtücke eingesetzt. Wie bürgerliche Berliner Blätter aus Königsberg erfahren, haben in der ganzen Provinz Ostpreußen die meisten großen und kleinen Besitzer bis jetzt noch nicht das Getreide, insbesondere Roggen, ausgedroschen. Als billige Vorwände müssen diesen Frevlern an der Volksgesundheit Kohlen- und Motorölmangel, sowie die verkürzte Arbeitszeit herhalten. Eine geradezu infame Lüge! Denn die allermeisten dieser hochadligen Verbrecher haben noch nie ihrem Leben einen einzigen Motor auf ihren Riesengütern zur Druscharbeit verwendet; Leutemangel haben sie aber ebenfalls nie besessen, und die verkürzte Arbeitszeit wird durch das reichliche Angebot von Erwerbslosen aus den Städten vollständig wieder aufgehoben. Aber Tatsache ist auch, daß diejenigen, allerdings sehr dünn gesäten Gutsbesitzer, die nicht Parteimitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sind, als unter genau den gleichen Bedingungen wirtschaften, immer schon im Februar-März mit dem Drusch fertig geworden sind. Ein deutschnationaler Führer aber ist in diesen Wochen gerade in der Königsberger Gegend von Ort zu Ort gereist und hat in den Vereinen dafür agitiert, der „Banditenregierung" Verlegenheiten zu bereiten und mit dem Ausdrusch zurückzuhalten, weil „die Preise zu niedrig" seien. Weizenmehl wird in Ostpreußen so gut wie gar nicht mehr abgeliefert. Dagegen wird mit „markenfreiem" Mehl für 6—8 Mk. das Pfund ein schwungvoller Handel getrieben. Die Revisoren der Reichsregierung werden hinters Licht geführt. Sie lassen sich das um so lieber gefallen, als sie sich oft aus ausrangierten höheren Militärs rekrutieren und sich bei den Gutsbesitzern ja „unter Kameraden" befinden.

* * *

Das sind die Mitteilungen der bürgerlichen Presse über das verbrecherische Treiben der gestürzten Feudalen. Wenn gerade heute wieder der Arbeiter für teures Geld ein Brot kauft, das man früher noch nicht einmal den Schweinen vorgesetzt hätte, dann hat er sich bei den Deutschnationalen zu bedanken, die aus brutalstem Klassenegoismus und politischen Rebellenwünschen heraus eine ausreichende Ernährung ihrer Mit-Deutschen verhindern; denn nach wie vor ist die deutsche Volksversorgung zur Hauptsache auf die Produkte seiner eignen Landwirtschaft und vorzüglich der in den rein agrarischen Ostprovinzen angewiesen. So sieht der Patriotismus der Nationalen aus! Zahlt's ihnen heim, Arbeiter!

Ein Telegramm des preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Der Belagerungszustand nicht mehr notwendig.

Aus dem Ruhrrevier hat der preußische Ministerpräsident, der Rechtssozialist Otto Braun, ein Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet, worin er diesen dringend bittet, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben, da er nach Fühlungnahme mit den weitesten Bevölkerungskreisen die Ueberzeugung gewann, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht mehr notwendig ist.

Das geschah wenige Tage nach dem Verfassungsbruch in der Nationalversammlung, wo die Rechtssozialisten es geschehen ließen, daß die Reichsregierung den Beschluß des Parlamentes auf Aufhebung des Belagerungszustandes mißachtete. Herr Braun hat sich wohl bei der Fühlungnahme mit den weitesten Bevölkerungskreisen überzeugen müssen, wie verheerend dieses Kanda-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

böse Verhalten seiner Partei auf die Wahlaussichten gewirkt hat und er hätte deshalb gern gesehen, wenn noch einige Tage vor der Wahl der Schaden etwas hätte gutgemacht werden können.

Aber seine Warnung ist umsonst gewesen. Der Reichspräsident und die Koalitionsregierung wollen Herrn Braun den Gefallen nicht tun. Es bleibt bei dem Belagerungszustande und es bleibt dabei, daß die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrrevier weiter ihre schändliche Praxis fortsetzen. Die Milderungen, die der bekannte Erlaß der Reichsregierung verhieß, sind für die Katze gewesen. Wenn auch Entlassungen erfolgt sind, so wurden anderseits neue Verhaftungen vorgenommen und schwere Strafen verhängt, ja, es fehlte sogar nicht an der bekannten Erschießung zweier Verhafteter auf der Flucht.

Das Telegramm des preußischen Ministerpräsidenten hat die Kosten nicht gelohnt. Es hat nur zu einer neuen Bloßstellung der Koalitionsregierung und ihrer Parteien geführt.

Wes Brot ich ess', des Lied ich sing.

In der demokratischen Zittauer Morgenzeitung finden wir folgendes Inserat:

Weshalb bin ich von der Sozialdemokratie zur Deutschen Volkspartei übergetreten?

Hierüber spricht in öffentlicher Wahlversammlung Herr Emil Kloth, ehemaliger erster Vorsitzender des Buchbinderverbands und sozialdemokratischer Stadtverordneter von Neukölln.

Umsonst zahlen also die deutschen Nationalen die Ueberläufer- und Deserteurprämie, die, wie wir hören, für frühere sozialdemokratische Redakteure oder Beamte der Gewerkschaftsbewegung bis zu 6000 Mk. im Monat beträgt, wahrhaftig nicht. Der Renegat Kloth muß sich sein Brot bei den Nationalen und Kapitalisten wirklich im Schweiße seines Angesichts verdienen. Die Stresemänner bezahlen keinen, er lüge denn für sie. — Wie die heutigen Nachrichten aus Ostsachsen besagen, ist es in der Kloth-Versammlung zu stürmischen Zusammenstößen gekommen, wobei man Kloth ganz gehörig mitgenommen hat. Man muß dem Mann auch in Zukunft sagen, daß er das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hat.

Ein Waffenlager der Welfen aufgehoben.

Aus Hannover wird berichtet: Auf Veranlassung des Regierungskommissars für Hannover wurde in Wülfen durch die Sicherheitspolizei ein Waffendepot ausgehoben, das von der deutschhannoverschen Partei für die hannöversche Legion versteckt gehalten wurde.

In der letzten Zeit sind eine ganze Reihe von Tatsachen und Dokumenten bekannt geworden, die beweisen, daß auch die welfischen Separatisten und Monarchisten umfangreiche Vorbereitungen für einen Welfen-Putsch getroffen hatten. Von welfischer Seite ist darauf behauptet worden, die Maßnahmen seien seinerzeit getroffen worden, als die Gefahr der Räterepublik gedroht habe. Jetzt bestreiten die Welfen genau so wie die deutschen Nationalisten und Monarchisten noch irgendwelche Putschabsichten zu haben. Die geheimen Waffendepots beweisen aber, daß sie ihre Mäne ebensowenig aufgegeben haben wie die deutschen Rechtsputschisten.

In Pommern ist alles in Ordnung.

Diese Erklärung geben der Oberpräsident der Provinz Pommern und der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 2 ab. Sie erklären in einer Kundgebung an die Bevölkerung das durch Putschgerüchte verursachte Mißtrauen für unbegründet. Sie würden die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff schützen.

Aehnliche Kundgebungen sind vor dem Kapp-Putsch auch zur Genüge erfolgt. Der über Nacht hereingebrochene Putsch hat dann bewiesen, was diese amtlichen Beruhigungserklärungen wert sind. Danach muß man diese amtlichen Kundgebungen auch heute einschätzen.

Der weiße Terror in Ungarn.

Neue Schandtaten des Militärs und der Polizei.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag besetzte Militär das Gebäude des Organs der ungarischen Sozialdemokraten, Nepszava, und unter dem Vorwande der Haussuchung wurde die Administration und die Redaktion des Blattes fast vollständig demoliert. Am nächsten Tage ordnete die Polizei eine Haussuchung in der Redaktion und Administration der Nepszava an und verschleppte alle Akten, Stampiglien und Briefe, die vor dem Vandalismus der Soldaten tags vorher verschont blieben. Zugleich wurde im Rechtsschutzbureau der sozialdemokratischen Partei eine Haussuchung durchgeführt und sämtliche Schriftstücke des Bureaus beschlagnahmt. Unter den Schriftstücken befanden sich etwa 5000 Protokolle über die Gewalttätigkeiten, die seit dem Monate August durch die ungarischen Militär- und Zivilbehörden an Arbeitern verübt wurden. Die beiden Leiter des Bureaus, die Advokaten Dr. Michael Nagy und Dr. Leopold Györi wurden verhaftet und es stehen zahlreiche weitere Verhaftungen bevor.

Aus dieser Meldung geht deutlich hervor, daß es den Terroristen vor allem darauf ankommt, alle Urkunden und Aufzeichnungen über die Schandtaten der Behörden zu vernichten. Das beweist auch eine Meldung der Freiheit, nach der alle Personen, die der britischen Untersuchungskommission Material geliefert haben, verhaftet werden sollen. Ueber 80 Verhaftungen sind bereits erfolgt. Die Delegation der britischen Arbeitervertreter betont mit allem Nachdruck, daß die Meldung, die Delegation habe das Bestehen des weißen Terrors in Ungarn bestritten, erlogen ist. Sie fordert vielmehr telegraphisch die Intervention der Labour Party, um die Gewährsleute, die ihr Material lieferten, vor dem Terror der Offiziere zu schützen. Die Delegation schlägt die Einberufung des Exekutivkomitees der Labour Party vor, damit sich dieses mit der ungarischen Angelegenheit beschäftige. Das Bureau der Gewerkschaftsinternationale hat sich, wie wir schon kurz meldeten, mit den großen Arbeiterorganisationen der Nachbarländer Ungarns und mit dem internationalen Transportarbeiterverband in Verbindung gesetzt, um Ungarn vollständig zu isolieren und alle Warentransporte zu verhindern. Es glaubt, die Vorbereitungen für die in Aussicht genommenen Maßnahmen bis Mitte Juni beenden zu können, so daß dann der allgemeine Boykott in Kraft treten würde.

Eine Verschwörung gegen Deutsch-Oesterreich.

Wien, 31. Mai. Der Staatskanzler Renner hat heute dem ungarischen Gesandten erklärt, der Staatsregierung der Republik Oesterreichs lägen Nachrichten vor, daß **an der Ostgrenze von Deutschösterreich ungefähr 1000 Offiziere österreichischer Staatsbürgerschaft organisiert** sind, die gegebenenfalls **in Oesterreich einzubrechen beabsichtigen.** Die österreichische Regierung ist auch unterrichtet, daß für diese Formationen **ein Betrag von 10 Millionen Kronen ausgeworfen** ist. Sie erwartet eingehende Aufschlüsse über diese Vorgänge. Der österreichische Gesandte in Budapest hat den Auftrag erhalten, bei der ungarischen Regierung dieselbe Beschwerde zu erheben.

Wien, 31. Mai. Wie die Blätter melden, wurde der ehemalige Artillerieleutnant Kuno Honnigg auf Anzeige des Wiener Arbeiterrates hin wegen **unbefugter Werbungen in Ungarn für eine österreichische Legion** mit acht anderen Personen **hier verhaftet.**

Die Vorgänge im Osten.

Stillstand der russischen Gegenoffensive?

Kopenhagen, 1. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalstab: Längs der Eisenbahnlinie von Polozk in der Richtung nach Südwesten werden die **Angriffe der Bolschewisten** schwächer infolge der erlittenen großen Verluste und ihres Mangels an Proviant und Kriegsmaterial. Ein **neuer Versuch** der Bolschewisten, die **Beresina** zwischen Borissow und Bobruschk zu überschreiten, ist **gescheitert.** Zwei Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division, denen es gelungen war, das Westufer des Flusses zu erreichen, wurde bei Jakoszyce umringt und **vernichtet.** Wir machten über 2000 Gefangene. Der Rest der bolschewistischen Truppen flüchtete in wildester Panik über die Beresina zurück. Beim Dnjestr haben wir mit dem ukrainischen Heer **alle Angriffe abgeschlagen** und einen kräftigen Gegenangriff **eingeleitet,** bei dem wir die Städte **Zabokrzyky** und **Obodowka einnahmen.**

Aufgabe der englischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer.

London, 1. Juni. Im Unterhause erklärte Long in Erwiderung auf eine Anfrage wegen der Anwesenheit englischer Streitkräfte im Schwarzen Meer, die englischen Kriegsschiffe würden den **Schiffsverkehr mit der Krim solange schützen,** bis zwischen der Armee Wrangels und Sowjet-Rußland ein **Waffenstillstand** abgeschlossen worden sei. Ferner sollen sie einen **Angriff der Sowjet-Truppen** entlang der Küstenstraße **nach Batum verhindern** und die Besatzung von Batum unterstützen.

Einstellung des Vormarsches in Persien.

Amsterdam, 1. Juni. Englischen Blättern zufolge hat die persische Regierung auf ihre Protestnote eine Antwort von der Sowjetregierung erhalten, in der versprochen wird, daß die **bolschewistischen Truppen in Persien für den Augenblick nicht weiter vorrücken** werden und in der angedeutet wird, daß die roten Truppen möglicherweise bald aus Persien zurückgezogen werden sollen.

Vorstoß nach Aserbeidschan.

Rotterdam, 1. Juni. Laut Nieuwe Courant sind in London Meldungen eingetroffen, wonach **zwei rote Regimenter in den armenischen Distrikt von Eriwan eingefallen** sind.

Kein neuer Krieg im Südosten.

Paris, 1. Juni. Havas meldet aus Konstantinopel vom 30. Mai: **die militärischen Operationen,** die Aserbeidschan **gegen Armenien** unternehmen wollte, seien **eingestellt** worden. Eine Konferenz zwischen den Vertretern der beiden Staaten **werde stattfinden,** um den Konflikt beizulegen.

Verhinderte Kriegsmaterallieferung.

Mailand, 1. Juni. Laut Corriere della Sera hat die **Arbeitskammer in Triest** auf dem Bahnhofe San Andrea einige nach Polen bestimmte, **mit Sprengstoff beladene Wagen anhalten** und das Kriegsmaterial in die Artillerieschuppen bringen lassen.

Wien, 1. Juni. Amtlich wird gegenüber den im In- und Ausland verbreiteten Gerüchten über Waffenlieferungen nach Polen festgestellt, daß seit Monaten aus staatlichen Beständen **keinerlei Lieferungen von Waffen und Munition an Polen** getätigt sind.

Strafverfahren gegen Deutsche in Frankreich.

Paris, 2. Juni. Wie Havas aus Lille meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, **Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere** einzuleiten wegen **Mißhandlung, Diebstahl und Plünderung,** deren sie sich **während der Okkupation** schuldig gemacht haben sollen. Die Angeschuldigten werden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich u. a. befinden General **Sixt v. Arnim** und Oberst **Blumenreuter.**

Ludwigshafen, 31. Mai. Der Ingenieur Imhoff, der den Krieg zuletzt als Hauptmann mitgemacht hat und unlängst von den Franzosen verhaftet wurde, ist **wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankreich zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.** Bei einer Haussuchung sollen bei ihm gestohlene Gegenstände gefunden worden sein.

Vom Kampf der Reaktion gegen die französischen Gewerkschaften.

Paris, 1. Juni. Gegen den **Allgemeinen Arbeiterverband** (Confederation Generale du Travail) ist eine **neue Untersuchung eingeleitet worden, weil er amtlich nicht anerkannte Gewerkschaften unter Umgehung des Gesetzes aufgenommen hat. Gemeint sind die Gewerkschaften der verschiedenen Beamtenvereinigungen, die vor einigen Wochen den Anschluß an die C. G. T. beschlossen hatten.**

Paris, 2. Juni. Der Kammer ist ein **Gesetzentwurf über das Statut der Beamten** zugegangen. Durch dieses Statut wird den **Beamten der Anschluß an Gewerkschaften untersagt,** jedoch den Arbeitern der öffentlichen Dienste dies Recht zugestanden. Das Gesetz sieht Maßnahmen vor, durch die die Beamten ihre Forderungen vorbringen können.

Die Verhandlungen mit Krassin in London.

TU. **London**, 31. Mai. Die britischen und französischen Vertreter beim Obersten Wirtschaftsrat sollen zu der am Mittwoch stattfindenden Sitzung mit Krassin bestimmte Instruktionen mitbringen. Der italienische und der französische Premierminister werden voraussichtlich nach London kommen, um sich mit Lloyd George über den Vorschlag Krassins hinsichtlich der **Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland** ins Einvernehmen zu setzen. Die Northcliffe-Presse steht auf dem Standpunkt, daß die **Anerkennung der Sowjetregierung** in der einen oder andern Form **vorbereitet** wird.

Deutschland.

Die Verhandlungen zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Berlin, 1. Juni. Vertreter der Krankenkassenverbände und der Aerzte sind gestern unter dem Vorsitz des früheren Direktors im Reichsamt des Innern Caspar und in Anwesenheit von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern zu Verhandlungen zusammengetreten. Die Verhandlungen betreffen zunächst die **freie Arztwahl,** worüber eine **vorläufige Einigung** zustande kam.

Die Abtretung Nordschleswigs.

Wie der T. U. unter dem 1. Juni berichtet wird, wurden die Staatsforsten gestern von der dänischen Forstverwaltung übernommen. Die Uebernahme von Telegraph und Telephon erfolgt heute. Bis zum Tage der Vereinigung Nordschleswigs mit Dänemark gilt die erste Zone jedoch als zu Deutschland gehörend. — Das Kopenhagener Extrablatt veröffentlicht den Inhalt des zwischen der Entente und Deutschland abgeschlossenen Vertrages über den Schutz der Minderheiten in Schleswig. Danach werden in der ersten Zone Wohnhafte automatisch dänische Staatsbürger, sofern sie nicht sofort oder innerhalb eines Jahres sich für Deutschland entschließen. Wie die T. U. aus Paris erfährt, ist die Frist für die Annahme des Vertrages außerordentlich kurz. Die neue Südgrenze Dänemarks wird wahrscheinlich im Juni offiziell festgesetzt werden.

Ablieferung von 90000 Tonnen Schiffsraum

Basel, 2. Juni. (TU.) Daily Mail meldet: Von den deutschen Schiffswerften sind noch 90 000 Tonnen **Kriegs- und Handelsschiff-Material abzuliefern.**

Stillegung süddeutscher Schuhfabriken.

München, 1. Juni. (TU.) Auf Grund des zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft abgeschlossenen Erwerbslosenabkommens werden heute fast sämtliche Schuhfabriken in Pirmasens, Speyer und Zweibrücken stillgelegt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Italiens Entschädigungsansprüche.

Rom, 1. Juni. (TU.) Die italienische Regierung will vor dem Zusammentritt der Konferenz in Spa ein **neues Uebereinkommen** unter den Alliierten über die **Verteilung der deutschen Schadenersatzsumme** herbeiführen, und zwar will **Italien** von den Alliierten die Zustimmung erlangen, daß es **mehr als einen zehnten Teil** der von Deutschland zu zahlenden Summe erhält. Dieser Anteil war ursprünglich festgesetzt worden, weil Italien der größte Teil der von Oesterreich und Ungarn zu zahlenden Entschädigungssumme zufallen soll. Italien verlangt jetzt, daß **sein Anteil** an der deutschen Entschädigung **erhöht** wird, bis Oesterreich und Ungarn ihre Entschädigung zahlen können.

Die Wirren in der Türkei.

Paris, 31. Mai. Nach einer Meldung des Daily Chronicle sollen die **nationalistischen Streitkräfte** bis auf 170 Kilometer an Konstantinopel herangekommen sein. Wie Daily Expreß aus Konstantinopel meldet, soll die türkische Polizei eine **Verschwörung türkischer Nationalisten gegen den Großwesir Damad Ferid Pascha** aufgedeckt haben. Unter den verhafteten Personen befinde sich Ali Riza Bei. — Nach einer Havasmeldung aus London wird das Gerücht, der Großwesir Damad Ferid Pascha habe sich nach Angora begeben, für falsch erklärt.

Kein Abbruch der Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Berlin, 1. Juni. Die hiesige Tschechoslowakische Gesandtschaft ist durch Rückfrage bei der zuständigen Stelle in Prag in den Stand gesetzt zu erklären, daß dort **von einem Abbruch der Beziehungen** zwischen der Tschechoslowakei und Polen **nichts bekannt** ist.

London, 1. Juni. Der tschechoslowakische Minister des Aeußern Dr. Benesch überreichte heute dem Völkerbunde ein Schriftstück, in dem gebeten wird, **eine Kommission nach dem Teschner Verwaltungsbezirk zu entsenden,** um die **Verantwortlichkeit für die gegenwärtigen Unruhen festzustellen.**

Endgültige Vereinigung Posens mit Kongreßpolen.

Wie oberschlesische Blätter melden, wird am 1. Juni die endgültige Vereinigung der Polen angegliederten Teile der Provinz Posen mit Kongreßpolen und Galizien erfolgen. Damit sind die Hoffnungen der Posener, eine gewisse Autonomie innerhalb des polnischen Staates zu behalten, endgültig gescheitert.

Die bulgarische Regierung und die Besetzung Thraziens.

Wie die Times aus Sofia meldet, erklärte der Ministerpräsident im bulgarischen Parlament, die Regierung sei entschlossen, der Bildung von Banden, die den Griechen Widerstand leisten, entgegenzutreten und **der Entente gegenüber loyal zu handeln;** dann werde man später versuchen können, eine Revision der Beschlüsse von San Remo über Thrazien herbeizuführen.

Lösung der irischen Frage?

Aus London wird gemeldet: Daily Expreß befürwortet folgendes: Um die Schwierigkeiten mit Irland zu lösen, **Irland die gleiche Stellung** im Britischen Reich **zu geben, wie die britischen Dominiums** sie erhalten sollen. Diese sollen in Zukunft nicht mehr unter der Verwaltung des Kolonialamtes stehen, sondern als gleichberechtigte Reichsmitglieder anerkannt werden. Dadurch werde man Irland diejenige Selbständigkeit geben, die das irische Volk begehrt.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Der Ausschuß unter Senator Fall, der die Zustände in Mexiko untersucht hat, empfahl, die volle Anerkennung der neuen Regierung **durch Amerika aufzuschieben,** bis eine Uebereinkunft über eine Revision der mexikanischen Konstitution von 1917 erreicht ist. Sollte Mexiko nicht dazu gelangen, die Ordnung wieder herzustellen, so müßten **bewaffnete Streitkräfte entsandt** werden, um eine Verbindungslinie mit Mexiko-Stadt herzustellen und aufrechtzuerhalten.

* * *

Ministerkrise in Oesterreich? Der christlich-soziale Vizekanzler Fink stellte auf dem Vorarlberger Parteitag den Antrag, ihn aus der Regierung abzuberufen. Anderseits dürfte Staatskanzler Dr. Renner nach den Beschlüssen des Reichsarbeiterrates, die sich gegen das Fortbestehen der Koalition richteten, kaum in der Regierung verbleiben. Man spricht von einem kommenden Beamtenkabinett.

Der Kongreß der Vereinigung für internationales Recht ist gestern geschlossen worden. Es wurde ein Ausschuß ernannt, der darüber Bericht erstatten soll, wie in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbundstatuts die internationale Zusammenarbeit für die gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen rechtlichen Interessen ausgedehnt werden kann. Lord Reading wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Die nächste Konferenz der Vereinigung findet im Jahre 1921 im Haag, die darauffolgende 1922 in Buenos Aires statt.

Von Nah und Fern.

Aufklärung eines Millionendiebstahls.

Der **Millionendiebstahl** in der **Spandauer Zitadelle,** aus der vor Jahresfrist **60 Millionen rumänische Lei gestohlen** worden waren, ist jetzt aufgeklärt worden. Als Täter wurden vier Mann verhaftet, die damals im Heeresdienst standen und mit der Bewachung des Schatzes betraut waren. Die Verhafteten sind geständig. Drei von den Dieben legten ihre Beute in Grundstücken und Geschäften an, während der vierte sie durch Leichtsinn vergeudete.

Feuer in einem Sprengstofflager.

Trier, 31. Mai. Durch einen im **Sprengstofflager Hallschlag** in der Eifel ausgebrochenen **Brand** wurden Munition, Säuren, Holz, Maschinen und Magazinvorräte im **Werte von mehreren Millionen Mark vernichtet. Ein Arbeiter wurde getötet.**

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Louth.

London, 1. Juni. Bei der Ueberschwemmung in Louth sind **15 Personen umgekommen,** 15 werden noch **vermißt.** Ungefähr **1000 sind ohne Unterkunft,** 50 **Häuser** sind **vollständig zerstört,** etwa **1600 Häuser stark beschädigt.** Man schätzt den Schaden auf 250 000 Lstr.

Vernichtung riesiger Baumwollvorräte.

Mailand, 1. Juni. In Novi (Ligurien) zerstörte laut Corriere della Sera eine Feuersbrunst ein Baumwollager. Ungefähr **8000 Ballen Baumwolle** im Gesamtwert von 30 Millionen Lire sind vernichtet worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pilz, Vorsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Mittwoch, den 2. Juni, abends ½8 Uhr

Plagwitz-Lindenau-Schleußig im Felsenkeller
Referent: Reichstagskandidat Genosse **Joh. Schöning.**

Mölkau in der Neuen Welt **Frauenversammlung.** Referentin: Genossin **Anna Kühn.**

Großpösna im Gasthof Referent: Genosse **Karl Schröers.**

Oetzsch im Gasthof zur Linde Referent: Genosse **R. Koppisch.**

Thekla im Gasthof Referent: Genosse **Kurt Wildeis.**

Lützschena im Gasthof Referent: Genosse **Herm. Liebmann.**

Gaschwitz-Großstädteln im Gasthof Großstädteln
Referent: Genosse **Karl Götze.**

Panitzsch im Gasthof abends 8 Uhr. Referent: Genosse **Friedemann.**

Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr:

L.-Ost in den Drei Mohren und im Albertgarten
Referenten: Genossen **Karl Götze** und **Paul Plotke.**

L.-Connewitz in der goldenen Krone Referent: Stadtrat Genosse **Alfred Dietze.**

L.-Möckern im Goldenen Anker Referent: Stadtverordneter Genosse **Johann Scheib.**

L.-Dölitz in der Schulturnhalle Referent: Volkskammermitglied Genosse **Hermann Liebmann.**

L.-Stünz im Landhaus **Frauenversammlung.** Referentin: Reichstagskandidatin Genossin **Berta Thiel.**

L.-Stünz Ostheim im Restaurant Vogel **Frauenversammlung.**
Referentin: Genossin **Anna Kühn.**

L.-Schönefeld im Sächsischen Hof Referent: Genosse **Friedrich Geyer.**

Sommerfeld im Gasthof Böhme Referent: Reichstagskandidat Genosse **Seger.**

Cröbern im Gasthof Referent: Reichstagskandidat Genosse **Erich Schilling.**

Hohenheide, Merkwitz u. **Gottscheina** im Gasthof Hohenheide Referent: Genosse **Otto Marder.**

Wiederitzsch im Alten Gasthof abends 8 Uhr. Referent: Volkskammermitgl. Gen. **A. Dennhardt**

Böhlitz-Ehrenberg in der Eiche Referent: Redakteur Genosse **Alb. Fichte.**

Markranstädt im Thüringer Hof Referent: Parteisekretär Genosse **Karl Schröers.**

Großdeuben im Gasthof Referent: Genosse **Rudolf Kühn,** Leipzig.

Döbitz, Dewitz, Sehlis, Plösitz im Gasthof Döbitz
Referent: Genosse Sekretär **Weiß.**

Papitz-Modelwitz im Gasthof Landesgrenze
abends 8 Uhr. Referent: Genosse **Otto Nebrig.**

Groß- u. Klein-Miltitz im Gasthof Groß-Miltitz
Referent: Genosse **Heinrich Wulkhe.**

Paunsdorf im Alten Gasthof Referent: Genosse **Joh. Schöning**

Freitag, den 4. Juni, abends ½8 Uhr

Leipzig im großen Saale des Volkshauses
Referent: Reichstagskandidat Genosse **Friedrich Geyer.**

Leipzig im großen Saale des Zentraltheaters
Eingang Gottschedstraße Referent: Reichstagskandidat u. Stadtverordnetenvorsteher Gen. **Fritz Seger.**

L.-Mockau in der Schulturnhalle Referent: Redakteur Genosse **R. Koppisch.**

L.-Schleußig im Elstertal Referent: Redakteur Genosse **Hans Block**

L.-Thonberg im Gasthof Neureudnitz Referent: Stadtv. Genosse **Krug.**

L.-Eutritzsch im Gosenschlößchen Referent: Reichstagskandidat Genosse **E. Schilling.**

L.-Kleinzschocher in der Windmühle Referent: Genosse **Paul Plotke.**

L.-Gohlis im Schillerschlößchen Referent: Genosse **Jos. Birl.**

Großzschocher im Trompeter **Frauenversammlung.** Referentin: Reichstagskandid. Gen. **Berta Thiel.**

Borsdorf im Kaffeebaum Referent: Genosse **Kurt Wildeis.**

Rückmarsdorf im Gasthof Sandberg abds. 8 Uhr. Ref. Geschäftsf. **M. Ruchdäschel.**

Fortsetzung auf der ersten Beilage Seite 4.

Reichs-, Staats- u. Gemeindebeamte!

Mittwoch, den 2. Juni 1920, abends ½8 Uhr:

Oeffentl. Beamten-Versammlung

im **Volkshaus,** Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. **Die Beamten und die Reichstagswahlen.**
   Referent: Genosse **Fritz Seger,** Stadtverordnetenvorsteher und Mitglied der Nationalversammlung.
2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Hauptvorstand Groß-Leipzig U. S. P. D.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Viktoria), Zimmer 21. Telephon 3426.
Geöffnet von 9—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Münzgasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Kraftwagenführer.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Restaur. Apfelbaum, Burgstr. 7

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der örtlichen General-Versammlung. 2. Neuwahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes. Diskussion zu allen Punkten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Sektionsleitung. J. A.: Karl Krause.

Fischwaren-Grosshandlung

Erste Stettiner Fischhalle

Windmühlenstrasse 43 Telephon 3118 ‖ **Gerberstrasse 16** Telephon 18184

Achtung! Billige Heringe und Fischwaren Achtung!

Pa. Vollfettheringe	I. Sorte Pfund ℳ 3.00	II. Sorte Pfund ℳ 2.50
Pa. Schotten-Salzheringe		Pfund nur „ 6.00
Pa. ger. Schotten-Lachsheringe	2 Stück ℳ 3.00	und „ 3.50
Riesengrosse Norw. Lachsheringe		2 Stück „ 3.50
Pa. Schnittbohnen	Pfund ℳ 1.20	3 Pfund „ 3.50
Heringsmilch		Pfund „ 2.00
Heringsrogen		Pfund „ 1.00

Heringe auch tonnenweise abzugeben.
:: **Grosser Versand nach auswärts.** ::

Fett-Heringe
kleine, hochfeine, delikate, ca. 60—70 Stück 29.75 Mk.

Rollmöpse fl. gewürzt
Delikatess-Ware, ca. 65 Stück 56.50 Mk.

Heringsrogen
pikant für Feinschmecker, ca. 7 Pfd. netto 21.75 Mk. versendet in Postkästern franko per Nachnahme.
Auch Engros in großen Tonnen.

Heringshaushansa
Berlin C 25, Dircksenstraße 42.

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Dorl,** nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. [*

Lumpen, Bücher
Zeitg., Moschpapier Strumpfw., Flasch.
kauft jederzeit [*
H. Segmüller, Volkm., Schützenhausstr. 10. Hof.

Kaufe
Gold- u. Silberwaren
Uhren
Schmuckgegenstände
M. Israel Uhrmacher :: Laden ::
Promenadenstr. 5. *

Bücher aller Art erhalten die Leser unsrer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Filialen und die Austräger der Volkszeitung nehm. Bestellung. entgeg. Ferner werden auch **Zeitschriften** regelmäßig, sogleich nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst **vor Beginn des Vierteljahres** die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Abteil. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Filialen:
Volkshaus Leipzig, Zeitzer Str
Leipzig-Ost, Elisabethstraße 19
L.-Lindenau, Odermannstr. 1
L.-Plagwitz, Weißenfelser Str
L.-Kleinzschocher, Dieskaustr.
L.-Schönefeld, Leipziger Str.
L.-Thonberg, Reitzenhain. Str
L.-Stötteritz, Ferd.-Jost-Str.
L.-Connewitz, Bornaische Str.
L.-Gohlis, Lindenthaler Str.
L.-Eutritzsch, Magdalenenstr.
Leutzsch-Leipzig, Hauptstr. 53
Böhlitz-Ehrenberg, Wettiner Straße 28

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr, **Bezirks-Mitgliederversammlung** im **Restaurant Gutenberg,** Johannisgasse 1921, H. I. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt nötig. **Der Vertrauensmann.**

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Freitag, 4. Juni, nachmittags von 4 Uhr an treffen sich alle Funktionäre, Wahlhelfer und deren Frauen betreffs **Wahlarbeiten** im **Volkshaus,** Nebensaal links; ebenso Sonnabend um 7 Uhr im Gartensaal. Sonntag früh ½7 Uhr alle Wahlhelfer. **Die Bezirksvertreter.** *

Alt-Leipzig, Bezirk Westen II. Alle Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen, treffen sich Donnerstag, abends ½8 Uhr beim Genossen **Schumann,** Promenadenstr. 5. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.
Der Bezirksvertreter.

K. P. D.

Oeffentliche

Versammlungen

Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr

Mockau, Neuer Gasthof
Referent: Genosse **Urban,** Leipzig.

Großzschocher, Zum Trompeter
Referent: Genosse **Schumann,** Leipzig.

Wiederitzsch, Neuer Gasthof
Referent: Genosse **Zickler,** Leipzig.

Freitag, den 4. Juni, abends ½8 Uhr

Volkmarsdorf, Kaßlers Festsäle
Referent: Gen. **Jnes May,** Berlin.

Sonnabend, den 5. Juni, abends ½8 Uhr

Stötteritz, Papiermühle
Referent: Genosse **Schumann,** Leipzig.

Wahren, Alter Gasthof
Referent: Genosse **Urban,** Leipzig.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Was will Spartakus im Reichstag?

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) — Ortsgruppe Leipzig.

Deutsch. Arb.-Esperantisten-Bund. Gruppe Leipzig.

Morgen Donnerstag abends ½8 Uhr

Monatsversammlung

Tagesordnung:
Bericht vom Bundestag!

Voranzeige! Unsere **General-Versammlung** findet am **8. Juli** statt.

Zu beiden Versammlungen ist vollzähliges Erscheinen Pflicht.

Der Vorstand.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nummer 11
Mittwoch,
2. Juni 1920

Wahlzeitung

Der 6. Juni ist Wahltag!

Beilage
der Leipziger
Volkszeitung

Das Betriebsrätegesetz.

2. Sein reaktionärer Werdegang.

H. E. Die deutsche Arbeiterschaft antwortete auf die Versumpfung der Revolution, die dem Elan und unwiderstehlichen Sturm des 9. November mit der Stabilisierung der formalen, nur dem Besitzenden dienlichen Demokratie, mit dem Ausscheiden der revolutionären Köpfe aus der Ebert-Scheidemannregierung, mit der Aufrichtung eines neuen, genau so blutigen Militarismus und mit der gewollten Passivität und Hilflosigkeit der Regierenden gegenüber der kapitalistischen Durcheinanderwirtschaft mit ihren phantastischen Preissprüngen und skrupellosen Unterhaltsverteuerungen folgte, durch die gigantischen Streikbewegungen des Frühjahrs 1919, die das ganze Gefüge des bürgerlichen Staates bis in die Grundfesten zu erschüttern drohten. Das Ruhrgebiet, Mitteldeutschland, die Groß-Berliner Werkstätten waren in dieser Zeit die gewaltigen Zentren des angehäuften Proletarierzornes und zugleich die zunächst uneinnehmbaren Burgen des Widerstandes der Arbeiterschaft gegen das systematisch begonnene Werk der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer, die alte Sklavenwirtschaft aufs neue aufzurichten. Nur eine sehr engstirnige, nur auf den Horizont des Bierphilisters zugeschnittene Geschichtsauffassung, welcher der historische Materialismus eines Marx und Mehring ewig verkleistert sein wird, kann diese gewaltigen Ausbrüche des deutschen Wirtschaftskraters als das kleine Mächelwerk spartakistischer Putschisten und die Regiearbeit von Agitatoren ansehen. So ungefähr wie ein Gymnasialprofessor seinen Quartanern den Ausbruch der Völkerwanderung oder die Entstehung der napoleonischen Kriege als historischer Vorgänge klarmacht, so ungefähr mutet das widerliche Geschrei der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse über jene Generalstreiksepoche der deutschen Revolution an.

Tatsache war, daß am Wall der gekreuzten Arme des Proletariats damals die Regierungsherrlichkeit der Scheidemänner jählings zu scheitern drohte. Die politischen Streiks der Arbeiterschaft wirkten wie knapp befristete Ultimaten auf die Regierung. Ebert und Konsorten wurden arbeiter-, rätefreundlich mit einer Schnelligkeit, die sonst dem Phlegma ihrer Mittelmäßigkeit kaum zuzutrauen gewesen wäre. Damals erschien der berühmt-berüchtigt gewordene Aufruf der Reichsregierung, beginnend mit dem Lügengeläute: „Die Sozialisierung marschiert! Die Sozialisierung ist da!" Damals erschienen aber auch, in rascher Reihenfolge die Verordnungen und Vereinbarungen der verschiedenen deutschen Regierungen über die Betriebsräte. Darin war für die Arbeiter bei weitem mehr zugestanden als in der für später versprochenen gesetzlichen Reglementierung, obschon es doch eigentlich natürlich gewesen wäre, daß jene Provisorien nur unvollkommene Vorproben einer spätern größeren magna charta der deutschen Arbeiterschaft dargestellt hätten. In den Betrieben selbst bekamen die Betriebsräte durch diese Verordnungen weit mehr Funktionen. Die sächsische Regierung ließ alle Fragen des Betriebs in den Wirkungskreis der damaligen Betriebsräte verweisen, sowohl der Produktion als wie auch des Absatzes der Produkte; es war ihnen gestattet, Einsicht in alle Bücher der Betriebsführung auf Verlangen zu nehmen. Im übrigen verwies man schon damals die Proletariermassen auf die gesetzliche Regelung des Problems durch — die Nationalsammlung.

Mit Provisorien von wenigstens halbwegs brauchbaren Bestimmungen zunächst abgespeist, ging das Proletariat wieder an die Arbeit; Noskes Kanonen taten ein Uebriges. Es ahnte nicht, daß im bürgerlichen Parlament, das ihm nun die allgemeine gültige Regelung der Betriebsrätefrage bringen sollte, sich ein so schmählicher und unerhörter Wortbruch und Meineid vorbereiten sollte, wie er dann mit dem Herauskommen der Regierungsvorlage über ein deutsches Betriebsrätegesetz offenkundig wurde. Die Regierung Scheidemann war gerettet, das Proletariat an die Gegenrevolution der Kapitalisten verkauft!

Das Sabotagewerk der Nationalversammlung.

Die Tatsache, daß das Betriebsrätegesetz nur eine Notgeburt des herrschenden Systems war und daß die Regierung nur bitterem, ihr gefährlich und verbrecherisch dünkendem Zwang gehorchte, als sie es ankündigte, hat die nunmehr folgende parlamentarische Geschichte des Gesetzes nie mehr verleugnen können. Am 22. August 1919 brachte der Rechtssozialist Schlicke, der auf den den kapitalistischen Demokraten leichtfertig geopferten Wissell als Reichsarbeitsminister gefolgt war, den Gesetzentwurf in die damals noch in Weimar tagende Nationalversammlung ein. Den Nottaufscharakter des Betriebsrätegesetzes, der ihm von vornherein anhaftete und das Gesetz für immer zu einem Kind der Konterrevolution stempelte, zeichnete unser Fraktionsredner Braß damals mit folgenden wuchtigen Einleitungssätzen:

„Die Regierung hat sich mit diesem Gesetz den harten Tatsachen beugen müssen. Leider tat sie es erst, nachdem gewaltige wirtschaftliche Kämpfe sie dazu gezwungen haben."

Damals brandmarkte dann Gen. Braß auch schon die reaktionäre Tendenz des Gesamtwerks wie der einzelnen Paragraphen und kennzeichnete die Mindestforderungen, die der Sozialismus an ein wirklich fortschrittliches Betriebsrätegesetz zu stellen hat. Schließlich wurde der Entwurf dem 7. (sozialpolitischen) Ausschuß der Nationalversammlung überwiesen.

In der Kommissionsarbeit nun, die sich den ganzen Herbst und Winter des Jahres 1919 hinzog, wurde der zähe Kampf der Bourgeoisie um weitere Verschlechterung des an sich schon mehr als schlechten Regierungswerks geführt. Die Rechtssozialisten machen ja gerade für diese Kommissionsarbeit der unabhängigen Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie nicht eifrig genug diese Sabotage-Akte der bürgerlichen Vertreter im Verein mit ihnen zurückgewiesen habe. In Wirklichkeit glänzte hier wie überall die Rechtssozialdemokratie durch Pflaumenweichheit und Hilflosigkeit gegenüber den vereinten Anstrengungen des bürgerlichen Parlamentarismus und Kapitalismus. Stets waren es jeweils die Rechtssozialisten, die zu Konzessionen bereit waren, selbst da, wo die Bürgerlichen nach eigenem Eingeständnis ihrer Vertreter — ihr hervorragendster und kapitalistenfreundlichster war der Leipziger demokratische Abgeordnete Schneider, ausgerechnet der Beamte einer bürgerlichen Angestelltenorganisation und jetzt wieder demokratischer Reichstagskandidat — einen Erfolg nicht erwartet hatten. Was half es da bei dieser von vornherein geübten Praxis der Nachgiebigkeit, wenn schließlich eines der rechtssozialistischen Kommissionsmitglieder den Finger hob und angesichts der fortwährenden weiteren Verschlechterungen des Gesetzes auf die drohende Aktion der maßlos erbitterten Masse hinwies?! Krokodilstränen, die zur selbst geübten praktischen Betätigung in sehr schnödem Mißverhältnis standen! Auch die rechtssozialistischen Regierungsvertreter beteiligten sich wacker an diesem Kuhhandel. Von ihrem eigenen Werke ließen sie sich von den Bürgerlichen abhandeln und abzwacken, was nur irgendwie im entferntesten nach Sozialismus gerochen hätte.

So machte die Kommissionsarbeit aus dem Wechselbalg Regierungsvorlage durch die zielbewußte Arbeit der bürgerlich-kapitalistischen Kommissionsvertreter ein gar nicht mehr verschleiertes und zugedecktes Bollwerk der kapitalistischen Profitwirtschaft. Der Zweck wurde offen genannt.

Es genügt ein Beispiel, um diese Sabotagearbeit der Bourgeoisie in ihrem wahren reaktionären Charakter zu kennzeichnen. Die Kommission erzwang die Bestimmung des späteren Gesetzes, daß die Unternehmer ihre Bilanz erst vom 1. Januar 1921 an den Betriebsräten vorzulegen haben. Dadurch ist dem Kapitalisten Zeit in Hülle und Fülle gegeben, sein Buchwerk dunkel und kaschiert so einzurichten, daß das Einsichtsrecht des Betriebsrats von vornherein illusorisch gemacht werden kann. Die Kommission zwackte ferner der Regierungsvorlage ab, daß eine Bilanz im Sinne des Handelsgesetzbuchs vorgelegt werden muß; statt ihrer wird nur eine unvollständige Betriebsbilanz ausgewiesen, die nur das gerade in dem besonderen Betrieb arbeitende Vermögen des Unternehmers nachweist. Man berief sich dabei auf das Steuergeheimnis. Und mit Recht! Denn der Mißbrauch dieses Steuergeheimnisses ist ja stets das Dekorationsstück der kapitalistischen Wirtschaft von jeher gewesen. Steuerdefraudationen und Manchestertum gehören zusammen wie Zwillingsbrüder. Wer das eine will, muß auch das andre wollen. Will das Betriebsrätegesetz den Kapitalismus verankern, muß es auch die Möglichkeit zur Steuerunterschlagung durch die Besitzenden unangetastet lassen. Die bürgerlichen Kommissionsvertreter dachten also durchaus konsequent. Die Vorlage nur einer Betriebsbilanz schützt den Fabrikanten und Kaufmann davor, daß seine eigentlichen Wuchergeschäfte, seine unsauberen Spekulationen, seine Kapitalsverschiebungen, die den meisten Profit, aber die geringste Steuerquote einbringen, ans Licht der Sonne kommen können.

Wo also auch nur ein wirklicher Anflug zu einer andern als kapitalistischen Tendenz in dem Gesetz zu entdecken war, da radierte ihn die famose Kommissionsarbeit schleunigst heraus. Aus dem Wechselbalg des Semi-Sozialismus wurde ein pausbackiges, von Gesundheit strotzendes Kind der Konterrevolution.

Die blutige Januarwoche.

Am 13. Januar 1920 — so lange hatte das Gesetz gebraucht, um das peinliche Spießrutenlaufen durch die Reihen der kapitalistischen Saboteure in der Kommission zu beenden — sollte die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung, die damals schon wieder in Berlin tagte, beginnen. Die Erregung der proletarischen Masse gegen das konterrevolutionäre Werk und gegen diesen paragraphierten Raub ihrer Revolutionserrungenschaften hatte sich auf ein Höchstmaß gesteigert. Die Masse setzte sich in Bewegung und demonstrierte — das war ihr gutes Recht — ohne Bewaffnung und ohne „Terror" in friedlicher, aber imposanter Kundgebung vor dem bürgerlichen Parlament. In diesem Parlament selbst fühlte man tief die eigne Schuld, und so ist es wahrhaftig kein Zufall, sondern vielmehr eine Folge dieses Sichschuldigfühlens der herrschenden Gesellschaft, daß sie ihre Militareska auf die demonstrierende Volksmasse hetzte. Nur mit diesem Schuldbewußtsein der parlamentarischen Konterrevolution zusammen sind die Bluttaten der militärischen Konterrevolution zu verstehen, die nunmehr folgten und Tote und Verwundete in Massen der Arbeiterschaft bereiteten. Arbeiterblut floß damals in Strömen auf dem Platz vor dem Reichstag. Nun klebte wirkliches, rotes Blut der Revolution an dem Machwerk der Gegenrevolutionäre.

Wie dann in den darauffolgenden Tagen, von Mittwoch bis Sonntag einschließlich, also innerhalb fünf Tagen, der kastrierte und verstümmelte Gesetzentwurf in zweiter und in dritter Lesung durchgepeitscht wurde, wird immer ein Standardbeispiel für eine volksfeindliche Arbeit der formalen Demokratie sein, die sich mit dem Parlament voran längst aus einem Instrument der Revolution zu einem Werkzeug der Reaktion entwickelt hat. Eine furchtbare, nervenzerrüttende Arbeit ist damals von der numerisch schwachen Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie geleistet worden. Die Mehrheitssozialisten hüllten sich ganz in bezeichnendes Schweigen — einer unsrer Genossen sprach mit Recht von dem „Block der Nichtredner", der sich aus ihren Reihen und denen der andern Koalitionsparteien gebildet habe. Unsre eigenen Vertreter mußten um jeden einzelnen Paragraphen kämpfen. Sie taten es in sachlichster, nüchternster, leidenschaftsloser Form, die um so krasser sich gegen die Phalanx von Böswilligkeit und Schuldbewußtsein abhob, welche die Kritik unsrer Fraktion in finsterem Schweigen über sich ergehen ließ. Trotz einer Geschäftsführung durch den Vorsitzenden, die alles andre als unparteiisch war, wurde dieser zähe Positionskrieg von Paragraph zu Paragraph geführt, wahrhaftig weniger in der Illusion, von dem Widerstand der Reaktion hier und da ein Stück abbröckeln zu können — und das ist ja auch an keiner Stelle geschehen — sondern um immer wieder in sachlichen Darlegungen die vollendete Konterrevolution des Gesetzeswerkes und seiner Väter zu brandmarken, und um an jeder Stelle seines Paragraphenaufbaues zu beweisen, daß das nackteste und schamloseste Interesse der kapitalistischen Profitgier und nichts andres aus ihm spricht. Mit brutaler Gewalt arbeitete die bürgerliche Gesetzesmaschinerie. Paragraph um Paragraph wurde in den Abstimmungen, immer gegen unser Votum, „erledigt".

In der darauf folgenden Sonntagssitzung, am 18. Januar, hatte die Gegenrevolution ihr bedeutsamstes Werk unter Dach und Fach. In namentlicher Abstimmung war das Gesetz angenommen worden. 211 Stimmen lauteten auf Ja, 64 auf Nein. Mit der unabhängigen Sozialdemokratie hatten mit Nein die Deutschnationalen gestimmt, einfach aus reiner, boshafter Oppositionslust gegen die regierenden Reaktionsbrüder. Die Deutsche Volkspartei glänzte mit Herrn Stresemann durch Abwesenheit. Sie hatten weder zum einen noch zum andern Courage.

Reaktionärer konnte sich wahrhaftig nicht gut der Werdegang eines reaktionären Gesetzes vollziehen, als die Geschichte des Betriebsrätegesetzes.

Die Kosten des Militarismus.

Nach einer Berechnung der Vossischen Zeitung hatte das deutsche Friedensheer bei einer Stärke von 800 040 Mann einen Jahreshaushalt von 979 807 719 Mark, der einzelne Soldat kostete also im Durchschnitt 1224 Mk. Der neudeutsche „republikanische" Militarismus kostet bei Zugrundelegung eines Mannschaftsbestandes von 100 000 Mann jährlich 2 Milliarden Mark. Da aber feststeht, daß die Reichswehr weit über 100 000 Mann umfaßt und die nach regierungsoffiziöser Meldung „aufgelösten" Zeitfreiwilligenverbände noch weiterbestehen, so dürfte die Rechnung wohl dann erst stimmen, wenn wir die 2 Milliarden mit 2 multiplizieren. Solche Riesensummen, die natürlich das deutsche Volk aufbringen muß, werden verschleudert zum Schutze der kapitalistischen Ordnung, zur Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterbewegung. Dem Proletariat wird in der Steuerpresse der letzte Blutstropfen ausgesaugt, um ein Söldnerheer zu unterhalten, das nur auf den Augenblick wartet, die vorwärtsschreitende Revolution im Blute der Arbeiter zu ertränken.

Die einzige Partei, die gegen den Militarismus während des Krieges aufs schärfste aufgetreten ist und den neuen Söldnermilitarismus mit revolutionärer Energie bekämpft hat, ist die Unabhängige Sozialdemokratie. Proletarier, denkt daran am 6. Juni!

Der Verrat an der Schule.

I.

Im Klassenstaat war die Schule von jeher eins der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der besitzenden Klassen. Durch die Einrichtungen und den Ausbau der höheren Schulen im Staat und in den Gemeinden sorgten die Besitzenden dafür, daß ihren Sprößlingen dort die Fertigkeiten beigebracht wurden, die sie zur Beherrschung des arbeitenden Volkes brauchten. Die Kinder der breiten Massen des Volkes dagegen erhielten in der für sie bestimmten Volksschule stets nur die notdürftigste Ausbildung. Ihnen wurden nur soviel Kenntnisse vermittelt, als notwendig waren, um die Kinder des Volkes zu brauchbaren Ausbeutungsobjekten für den Kapitalisten heranzubilden. Alle bürgerlichen Schichten waren sich darüber einig, daß die Schulbildung der Arbeiterkinder nicht soweit gehen durfte, daß sie der Arbeiterschaft den Aufstieg zur Herrschaft im Staat und in der Gesellschaft ermöglicht hätte. Treffend hatte einst Wilhelm Liebknecht die Stellung der Besitzenden zur Frage der Volksbildung gekennzeichnet, in dem er sagte: „Es hat noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und, nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die echte Bildung, die Bildung, welche freimacht, abgeschnitten hätte." Auch die Bourgeoisie, deren geistige Wortführer einst so sehr für Bildung und Aufklärung schwärmten, ließ den Arbeitern nur soviel Bildung zukommen, als im Interesse der Bourgeoisie selbst lag.

Als dann freilich im Weltkrieg der alte Obrigkeitsstaat zusammengebrochen war, als sich die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Geschicke des Volkes zu lenken, so deutlich offenbart hatte, als die Arbeiterschaft selbst die politische Macht in den Händen hatte, mußten die bürgerlichen Parteien dem Proletariat auch auf dem Gebiete der Schulfrage notgedrungen einige Zugeständnisse machen. Aus Furcht vor dem revolutionären Proletariat suchten damals alle bürgerlichen Parteien ihren wahren reaktionären Charakter nach Möglichkeit zu verbergen. Ueber Nacht hatten sie sich damals alle in „demokratische Parteien und „Volks"parteien verwandelt. In der ersten Bestürzung erklärte sich das Bürgertum bereit, auch den „Bruder Arbeiter" als gleichberechtigt anzuerkennen, wenn ihm die Revolution nur Leben und Existenzmöglichkeit ließ. Das Schlagwort: Freie Bahn dem Tüchtigen!, das damals in allen Tonarten in die Welt hinausgeschrien wurde, sollte andeuten, daß nun mit dem alten Bildungsprivileg der besitzenden Klassen gebrochen werden sollte, daß auch den Proletariern der Aufstieg zu den höchsten Stellen im Staat und in der Gesellschaft ermöglicht werden sollte. Vor allem waren es neben den Reformsozialisten besonders die Demokraten, die dieses Schlagwort im Wahlkampf den Wählern fortgesetzt in die Ohren schrien. Die Verwirklichung dieser Forderung wäre noch längst keine revolutionäre Tat gewesen. Die Forderung entspricht letzten Endes bürgerlich-liberaler Auffassung. Sie entspringt eigentlich der bürgerlichen Anschauung, daß „große Männer" herangezüchtet werden müssen, die allein in der Lage seien, die Masse des Volkes wieder aufwärts zu führen. Selbstverständlich entspricht es auch sozialistischen Grundsätzen, daß nur die Tüchtigsten und Fähigsten getragen vom Vertrauen des Volkes, als Beauftragte der Volksgemeinschaft mit der Führung und Leitung beauftragt werden. Als wirkliche Sozialisten leben wir aber nicht in der Heranzüchtung „großer Männer" unser Kulturideal, sondern wir betrachten es als unsere Hauptaufgabe, das allgemeine Bildungsniveau des gesamten Volkes zu heben. Allen Volksgenossen soll die Möglichkeit gegeben werden, am kulturellen Fortschritt mitzuwirken und gemeinschaftlich die Früchte der Kulturarbeit zu genießen. Mit dem Streben nach diesem hohen Ziel hat das Schreien nach der freien Bahn für den Tüchtigen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/5
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

gar nichts zu tun. Aber die Erfahrung hat ja gezeigt, daß selbst diese mit so großem Geschrei erhobene Forderung nichts anderes gewesen ist, als eine hohle Phrase. Betrachten wir nur, was zur Verwirklichung dieser Forderung von den Regierungen, den Parlamenten und den Parteien, die so laut geschrien haben, tatsächlich getan worden ist.

Wenn den Kindern der Minderbemittelten die Bahn freigemacht werden sollte, müßten in erster Linie alle Einrichtungen verschwinden, die eine gute Schulbildung zum Privileg der besitzenden Klassen machten. Es müßte eine **allgemeine Volksschule** geschaffen werden, die den Kindern ohne Unterschied gleiches Wissen und gleiche Bildung vermittelte. Für den Aufstieg in die höheren Schulen dürften einzig und allein die Eignung und Fähigkeiten des Schülers maßgebend sein. Alle öffentlichen und privaten Vorschulen, alle Standesschulen müßten restlos verschwinden. Und vor allem dürfte der Aufstieg in die höheren Schulen in keiner Hinsichtnahme von der materiellen Lage der Eltern der Kinder abhängig sein.

Wie sieht es nun aber in dieser Hinsicht aus? Was ist von den Mehrheitsparteien und der Koalitionsregierung geschehen, um diese Vorbedingungen zu schaffen, die die „freie Bahn für den Tüchtigen" eröffnen?

Die **Grundsätze für die Gestaltung des gesamten Schulwesens** sind in der neuen Reichsverfassung festgelegt worden. Im Artikel 146 der Verfassung wird gesagt, daß das öffentliche Schulwesen organisch ausgestaltet werden soll. Im Prinzip ist auch festgelegt, daß das mittlere und höhere Schulwesen auf einer für alle gemeinsamen Grundschule aufgebaut sein soll. Für die Aufnahme der Kinder sollen weder wirtschaftliche noch gesellschaftliche Stellung, noch das Religionsbekenntnis der Eltern maßgebend sein. Das Prinzip der allgemeinen Schule wird aber sofort wieder durchbrochen durch die Bestimmung des Artikels 147, nach dem **private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen** mit Genehmigung des Staates zulässig sind. Außerdem wird der Grundgedanke, daß alle Kinder gemeinschaftlich in einer Schule unterrichtet werden sollen, über den Haufen geworfen durch eine Bestimmung im 2. Absatz des Artikels 146. Danach haben die Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten — soweit das der geordnete Schulbetrieb gestattet — **Volksschulen des Bekenntnisses oder der Weltanschauung** der Antragsteller zu errichten. Diese Bestimmungen, die das Ergebnis **eines Kompromisses zwischen den Mehrheitsparteien** — Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum — sind, zeigen deutlich, wie weit wir nach dieser Festlegung von dem oben gekennzeichneten notwendigen Ausbau des Schulwesens entfernt sind. Nun hat zwar die Nationalversammlung in den letzten Wochen noch ein **Gesetz über Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen** beschlossen. Danach ist die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten. Die **öffentlichen Vorschulen und Vorschulklassen** sind spätestens bis zum Beginn des Schuljahres **1924/25 abzubauen.** Für **private Vorschulen** kann die Auflösung **noch fünf Jahre länger hinausgeschoben** werden. Es ist also hier für die allgemeine Einführung der Grundschule eine ziemlich lange Uebergangsfrist gelassen, in der sich — wie man wohl in den Kreisen der Besitzenden hofft — noch mancherlei ändern kann. Außerdem ist aber grundsätzlich festgelegt, daß „ausnahmsweise in besonderen Fällen" auch noch **Privatunterricht zugelassen** wird. „Besondere Fälle" liegen nach der in der Ausschußberatung gegebenen Definition dann vor, wenn die vorhandenen öffentlichen Bildungseinrichtungen unzureichend sind und nicht abgeändert werden können und wenn der öffentliche Unterricht einen wirklich bestehenden Gewissensdruck ausüben würde. Den Besitzenden ist also wieder die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder der Volksschule fernzuhalten und ihnen eine besondere Vorbildung zu verschaffen. Die Besitzenden und ihre Sachwalter werden schon Mittel und Wege zu finden wissen, daß die Bestimmungen über den Privatunterricht eine recht weitherzige Auslegung zu ihren Gunsten erfahren. Der Widerstand gegen die Preisgabe des privaten Unterrichtsprivilegs ist sehr groß bis hinein in die Reihen der demokratischen Schulmänner. So schrieb zum Beispiel vor einiger Zeit der demokratische Volkskammerabgeordnete Dr. Varge, selbst ein Lehrer, mit dem Grundschulgesetz scheine **der Staat „die Grenze des ihm in Schul- und Kulturfragen zukommenden Bestimmungsrechts überschritten zu haben."** Die Befugnis des Staates dürfe nicht so weit gehen, daß „das Mitbestimmungsrecht der Eltern in Fragen der Schulerziehung vollständig ausgeschaltet werde." Rückwärts, rückwärts! wird also die Losung des besitzenden Bürgertums auf diesem Gebiete sein, das Bürgertums, das schon über „unerhörten Zwang" und „Entrechtung" schreit, wenn nur einige seiner Vorrechte beschnitten — noch keineswegs beseitigt — werden sollen.

Dabei kann von einer **Gleichstellung der Kinder der Minderbemittelten** mit denen der Besitzenden noch längst **keine Rede** sein. Vor allen Dingen ist die **materielle Grundlage** für den Besuch der höheren Schulen durch Kinder der besitzlosen Schichten **keineswegs sichergestellt.** Im Artikel 146 der Verfassung ist lediglich festgelegt worden, daß für die minderbemittelten Eltern geeignet erachteter Kinder **„Erziehungsbeihilfen"** bis zur Beendigung der Ausbildung bereitzustellen sind. Die Bereitstellung der Mittel soll durch Reich, Länder und Gemeinden erfolgen. Man muß sich nun vergegenwärtigen, daß durch die neue Steuergesetzgebung den Staaten und den Gemeinden die Einnahmen ganz bedeutend beschnitten worden sind. Anderseits sind beiden Körperschaften während des Kriegs ungeheuere neue Lasten aufgebürdet worden, beide sind durch die Kriegswirtschaft verschuldet und zum Teil überschuldet. Länder und Gemeinden werden deshalb mit den Ausgaben für Kulturaufgaben arg knausern. Die „Beihilfen" werden also wahrscheinlich äußerst knapp bemessen werden. Der Effekt der ganzen Regelung wird also sein, daß den Minderbemittelten eine **unwürdige Bettelei zur Erlangung der Beihilfen** zugemutet wird. Praktisch würde also an den bisherigen Zuständen nicht viel geändert sein. Von einer Gleichstellung der Kinder Minderbemittelter mit denen der besitzenden Kreise kann unter solchen Umständen keine Rede sein. So sieht die „freie Bahn für den Tüchtigen" in der Praxis aus!

Die Zerstörung der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg.

„Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen" — so sprach während des Krieges Wilhelm II. zu den Kruppschen Arbeitern. Wie dieses Versprechen eingelöst worden ist, hat das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft inzwischen am eigenen Leibe recht schmerzhaft verspürt. Wie die deutsche Volkswirtschaft und das sogenannte Volksvermögen durch den Krieg verwüstet worden sind, ergibt sich aus einer Darstellung **die jetzt der Reichsfinanzminister Dr. Wirth über die Leistungsfähigkeit Deutschlands** gegeben hat. Erich Dombrowsky gibt im Berliner Tageblatt aus der mit dem Reichsfinanzminister gehabten Unterredung unter anderm folgende Ansicht des Reichsfinanzministers wieder: Vor dem Kriege wurde von Helfferich, **dessen Buch seinerzeit der Matin als bestes Beweismaterial für die große Zahlungskraft Deutschlands ins Französische übersetzen ließ,** das **deutsche Volksvermögen** insgesamt auf **300—320 Milliarden** geschätzt. Damals hatten wir eine **Bevölkerung von 68 Millionen, jetzt ist sie auf 60 Millionen zusammengeschrumpft. Der Grund und Boden ist jetzt ausgesogen** und bringt nur noch die **halbe Ernte. Der Sachwert der Fabriken** ist durch den **Raubbau im Kriege und die Nichtvornahme von notwendigen Reparaturen wohl tiefer als um die Hälfte gesunken.** Die **Erzlager** sind uns bis auf einen kleinen Rest **weggenommen. Die Kohlenproduktion reicht nicht mehr aus,** um den **Heimatbedarf** zu decken. Unsre **Handelsflotte wird uns genommen** und unsre **Eisenbahnen** sind durch den Krieg und den Waffenstillstand außerordentlich **entwertet.** Die **Kolonien,** die für den Wiederaufbau und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands eine starke Stütze bilden würden, sind uns weggenommen worden. Durch den Friedensvertrag werden **wichtige Gebiete von Deutschland abgetrennt. Die Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigware sind verbraucht. Vor dem Kriege hatten wir etwa 25 Milliarden Auslandsguthaben, jetzt hat die deutsche Volkswirtschaft einen weit größeren Posten an Auslandsschulden.** Auch wenn man den Rest des deutschen Volksvermögens sehr hoch einschätzt, wird man sagen müssen, daß **unser Sachvermögen kaum noch die Hälfte des Vorkriegswertes ausmacht.** Unser Angebot bei den Friedensverhandlungen, **100 Milliarden in jahrelangen Raten zu zahlen,** war einmal gemacht worden **unter der Voraussetzung, daß der ganze Friedensvertrag anders gestaltet** würde. Es hat sich jetzt gezeigt, wie gerade durch die Wegnahme von Auslandsguthaben, Schiffsraum, Eisenbahnmaterial, Vieh und besonders der Kolonien das deutsche Wirtschaftsleben in seiner Leistungsfähigkeit außerordentlich zurückgegangen ist. Es tritt schon die Tatsache in die Erscheinung, daß die Wegnahme der lebenswichtigen Elemente der Volkswirtschaft die Leistungsfähigkeit einer solchen außerordentlich hemmt. Angesichts der heruntergekommenen Nutzung des Grund und Bodens und der Schmälerung der deutschen Bodenfläche macht der **Gesamtwert allen land- und forstwirtschaftlich ausgenutzten Bodens in Deutschland heute wohl kaum mehr als 25 Milliarden Goldmark** aus. Man will also **Deutschland eine Last auferlegen, die um ein Vielfaches größer ist,** als der ganze Wert des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes. Aus dieser Tatsache allein geht hervor, daß **eine derartige Forderung,** auch wenn sie in Raten verlangt wird, **unmöglich erfüllt werden kann.** Und an der Unmöglichkeit der Durchführung einer solchen Forderung muß diese einfach scheitern.

Das ist **das Ergebnis der glorreichen Politik des alten monarchischen Deutschlands,** des Regierungssystems, **das Deutschnationale und Deutsche Volksparteiler jetzt in Deutschland wieder aufrichten wollen.** Nachdem sie durch ihre wahnsinnige Kriegs- und Weltmachtspolitik das deutsche Wirtschaftsleben zerstört, die Volkswirtschaft ruiniert und Deutschland an den Bettelstab gebracht haben, empfehlen sie sich jetzt vor den Wahlen als „Parteien des Wiederaufbaues"! An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Wähler und Wählerinnen, gebt den Parteien, die das unsühnbare Verbrechen am deutschen Volke begangen haben, am Wahltag die Quittung für ihr Verhalten.

Die Kandidaten der U.S.P.D.

für den 32. Reichstagswahlkreis sind:

Friedrich Geyer
Fritz Seger
Richard Lipinski
Karl Ryssel
Artur Lieberasch
Joh. Schöning
Frau Thiel
Richard Reimer
Kurt Geyer
Erich Schilling
Paul Gey
Hermann Liebmann.

Wähler! Werbt in allen Kreisen für die Liste der U. S. P. D.

Die schwarz-weiß-roten Pharisäer.

Das Geschrei der „nationalen" Parteien über den Gewaltfrieden von Versailles wird vollends haltlos, kläglich und pharisäerhaft, wenn man es vergleicht mit dem, was diese selben Leute noch den gegnerischen Völkern anzutun gedachten im Falle, daß Deutschland gesiegt hätte. Noch Ende Juni 1918, als schon die wirkliche Beschaffenheit der Lage Deutschlands keinem, der überhaupt sehen wollte, mehr verschleiert gewesen sein dürfte, stellte der konservative preußische Herrenhäusler Graf Roon folgendes Gewaltfriedensprogramm wörtlich in den jetzt deutschnationalen Görlitzer Nachrichten auf:

Militärische und wirtschaftliche Angliederung belgischer Landesteile, Abtretung der flandrischen und französischen Küste bis einschließlich Calais an Deutschland, Abtretung der französischen Erzgebiete von Briey und Longwy an Deutschland, Auslieferung der gesamten englischen Kriegsflotte an Deutschland, Teilung von Serbien und Montenegro zwischen Oesterreich und Bulgarien, Erstattung der gesamten, durch den Krieg uns entstandenen Unkosten (180 Milliarden Mark) durch Amerika, England und Frankreich, Fortdauer der militärischen Okkupation der französischen und belgischen Gebietsteile bis zur Erfüllung der Bedingungen.

Gegen diesen deutschnationalen Clemenceau war der wirkliche in Paris tatsächlich noch ein Waisenknabe. Den Versailler Gewaltfrieden heißt kein Sozialist gut; auch wir fordern seine Revision. Aber der Sozialismus allein hat auch das Recht zu dieser Kritik. Im Munde der „nationalen Parteien" ist diese Kritik widerliches Pharisäergeschrei.

Wie die Riesengewinne nicht erfaßt werden.

Während die Arbeiterschaft bei den wahnsinnigen Preisen kaum in der Lage ist, auch nur den allernotwendigsten Lebensunterhalt zu beschaffen, machen die Unternehmer die fabelhaftesten Gewinne. Ueberall stiegen nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung die Preise und damit die Profite ins Ungemessene. So waren in der **Eisen- und Stahlindustrie** bis Mitte 1919 die Stahlpreise von 250 bis 300 Mk. auf 500 Mk. hinaufgegangen. Bei Aufhebung der Eisen- und Stahlbewirtschaftung hatten die Vertreter der Industrieverbände der Reichsregierung zugesagt, daß sie sich an bestimmte zu veröffentlichende Richtpreise halten würden. Diese Vereinbarung haben die Unternehmer natürlich nie eingehalten. Der Mangel an Waren steigerte die Nachfrage und die Preise stiegen ins Ungeheuerliche. Kettenhandel und Wucher gingen damit Hand in Hand. Da der Export bei dem niedrigen Markkurs einen Extraprofit abwarf, wurde Eisen ohne jede Rücksicht auf den Inlandsbedarf ausgeführt. Dabei hatte man noch den Vorteil, daß man den **Erlös im Auslande vor der deutschen Steuerbehörde in Sicherheit bringen konnte,** da die Ausfuhr ja keiner Regelung unterstand. Jetzt, nachdem die Riesenprofite in Sicherheit sind, der Export durch die Höherbewertung der deutschen Mark nicht mehr die Riesengewinne abwirft und die deutsche Volkswirtschaft durch den wilden Export gründlich geschädigt ist, hat man im März dieses Jahres eine Außenhandelsstelle errichtet. Kaum macht die Regierung einen schüchternen Versuch, den Export zu regeln und ihn steuermäßig zu erfassen, da hagelt es auch schon Angriffe aus allen Lagern der Unternehmer, die ihren Profit bedroht sehen. Und die Regierung gehorcht natürlich sofort. So wird bereits gemeldet: Der vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzte Tarif zur Regelung der Ausfuhrabgabe, die vor allem in der jüngsten Zeit so stark angegriffen wurde, ist **nicht als eine für eine längere Dauer berechnete Lösung gedacht."**

Die Regierung bekommt also wieder einmal Angst vor ihrer eignen Courage. Sie wagt es nicht, dem Profit ernstlich zu Leibe zu gehen. Die Unternehmer werden auch weiterhin wieder eine Möglichkeit finden, ihre Gewinne ins Ausland zu verschieben und die Regierung wird sich dafür an den Arbeitern schadlos halten, denen die Einkommensteuer ab 1. Juli vom Lohn abgezogen wird, damit sie auch gewissenhaft ihre Steuerpflicht erfüllen. Die schwerreichen Kapitalisten aber können unbesorgt um staatliche Eingriffe ihre Profite in Sicherheit bringen.

Wer hat uns die Zeitfreiwilligen beschert?

Im Mai 1919, nach dem Einmarsch der Maerckertruppen in Leipzig erschien in Leipziger Blättern und an den Plakatsäulen der folgende Aufruf:

Die Regierung des Freien Volksstaates Sachsen hat die Bildung von Freiwilligenverbänden befohlen. Deshalb müssen sofort aus allen Kreisen der Einwohnerschaft, die sich hinter die gesetzmäßige Regierung stellen, gleichgültig welcher Partei sie angehören,

Zeitfreiwilligenverbände gebildet

werden. Diese unterstehen nur den militärischen Dienststellen. Bedingungen: Alter nicht unter 20 Jahren. Fester Wille, **die Regierung und das Land gegen jeden Gewaltstreich zu schützen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Unterordnung unter die Führer.**

Otto Mylan (Rechtssozialist), Beauftragter der Sächs. Regierung.
Maercker, Generalmajor.

Wie die Leipziger Zeitfreiwilligen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und das Land geschützt haben, das hat die Leipziger Bevölkerung in den **Märztagen dieses Jahres** empfunden. Unter dem Befehl ihrer gegenrevolutionären Führer haben sie unter der Arbeiterschaft, die die Verfassung und das Land gegen den Gewaltstreich der Kapp-Bande schützen wollten, ein **Blutbad angerichtet. Das war die „Ordnungs"truppe, die der Rechtssozialist Mylan im Verein mit dem Vertrauten des Generals Lüttwitz, dem General Maercker, ins Leben gerufen hatte.** Daran denkt, Wähler und Wählerinnen, wenn jetzt die **Partei Mylans, die S. P. D.,** um eure Stimmen wirbt!

Ein deutschnationaler Held.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende lustige Zuschrift:

Kürzlich las ich wieder im Deutschen Wochenblatt, wie Knüppel-Kunze auf jüdische „Drückebergerei" und „Hamsterei" schimpft. Vielleicht interessieren Ihre Leser folgende Fragen und Antworten:

1. Wo hat Herr Richard Kunze vom Dezember 1915 bis zum Kriegsende für sein Vaterland geblutet?

In Gardelegen i. Altmark, beschäftigt beim dortigen Gefangenenlager.

2. Als was?

Teils als Dolmetscher, teils als Kriegspropagandaredner.

3. In welchem Unterstand hauste und vegetierte das Knüppelheld?

In der Villa des Herrn Scholz in Gardelegen.

4. Aus welcher Feldküche mußte Herr Helden-Kunze — natürlich durch dichtesten Kugelregen — sein Essen holen?

Er war, obwohl ortsfremder Soldat, als Selbstversorger eingetragen in Gardelegen.

5. Wer hatte in Gardelegen Acker gepachtet und denselben durch russische Gefangene bestellen lassen?

Herr „Heimatsetappen-Kunze".

6. Wer hat während der ganzen Zeit im „Schützengraben" in Gardelegen en gros gehamstert, so daß sogar der Lagerkommandant, Oberst Gruener, mit Einsperren drohte?

Familie „Helden-Kunze".

7. Wer hat versucht, zusammen mit „Möbeln" ein Engros-Hamsterlager nach Berlin zu bringen, so daß eine Beschlagnahme seitens der Gemeindebehörden erfolgte?

Herr „Hamster-Kunze".

8. Wer hat nach der Revolution noch, den 3-Uhr-Frühzug nach Berlin benutzend, etwa einen Zentner Fleisch- und Wurstwaren nach Berlin gebracht, trotz des Verbots in Gardelegen Fleischware auszuführen?

Familie „Hamster-Kunze".

So sehen schließlich noch mehr der deutschnationalen, antisemitischen Helden aus, die über die jüdischen Drückeberger und Schieber gesinnungstüchtig schimpfen!

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Mittwoch, 2. Jun. 1920

101] **Der Jahrmarkt des Lebens.**

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

So weit es sein Regiment betraf, war jetzt der Feldzug vorüber. Dasselbe hatte einen Teil der Division unter dem Kommando seines Souveräns, des Prinzen von Oranien, gebildet, bei der Regulus nebst seinen Kameraden, was die Länge der Säbel und Schnurrbärte und den Reichtum der Uniform und Ausrüstung betraf, dem Aeußern nach ein so tapferes Chor bildete, als nur je von der Trompete zum Angriff gerufen wurde.

Als Ney auf die Vorhut der alliierten Truppen losstürzte, und diesen eine Stellung nach der andern entriß, bis der Anmarsch des Gros der britischen Armee von Brüssel her die Lage der Sache in dem Gefechte von Quatrebras änderte, hatten die Eskadrons, unter denen sich Regulus befand, die größte Tapferkeit im Zurückziehen vor den Franzosen bewiesen, und sich von einem Posten nach dem andern mit ungemeiner Bereitwilligkeit vertreiben lassen. Ihre Bewegungen waren nur von dem Anrücken der Engländer hinter ihnen aufgehalten worden. Da sie nun auf diese Weise zum Standhalten gebracht worden waren, hatte endlich die feindliche Kavallerie (deren blutdürstige Hartnäckigkeit schwer getadelt werden muß) Gelegenheit, mit den braven Belgiern zusammenzutreffen, die jedoch einen Zusammenstoß mit den Engländern dem Gefechte mit den Franzosen vorzogen, sofort dem Feinde den Rücken kehrten, durch die hinter ihnen kommenden englischen Regimenter ritten, und sich nach allen Richtungen zerstreuten. Das Regiment hatte zu existieren aufgehört. Es war nirgendwo. Es hatte kein Hauptquartier. Regulus fand sich, als er wieder zu Besinnung kam, vollkommen allein, meilenweit vom Schlachtfelde galoppierend, und wo konnte er anders Zuflucht suchen, als in der Küche und den treuen Armen, worin ihn Pauline so oft willkommen geheißen hatte?

Gegen 10 Uhr konnte man das Klappern eines Säbels auf der Treppe des Hauses, worin die Osborne's ein Stockwerk bewohnten, hören.

Es ertönte ein Klopfen an der Küchentür, und die arme Pauline, welche eben erst aus der Küche zurückgekehrt war, fiel vor Entsetzen fast in Ohnmacht, als sie öffnete und ihren teuern Husaren vor sich sah. Er sah fast so todenbleich aus, wie jener Husar, welcher Leonoren ums Morgenrot holte. Pauline würde geschrien haben, wenn nicht ihr Schreien die Herrschaft herbeigerufen und die Gegenwart ihres Geliebten verraten haben würde. So erstickte daher ihre Bewegung, führte ihren Geliebten in die Küche, und gab ihm Bier und die Delikatessen, welche Joseph beim Mittagessen nicht hatte bezwingen können. Der Husar bewies durch die ungeheueren Quantitäten von Fleisch und Bier, welche er verschlang, daß er kein Geist war — und erzählte zwischen den einzelnen Bissen die Geschichte seines Unglücks.

Sein Regiment hatte Wunder der Tapferkeit verrichtet und eine Zeitlang dem Angriffe des ganzen französischen Heeres widerstanden. Es war aber endlich überwältigt worden, wie jetzt auf jeden Fall die ganze britische Armee. Ney hatte jedes Regiment, wie es herankam, vernichtet. Umsonst hatten sich die Belgier bemüht, dem Schlachten der Engländer Einhalt zu tun. Die Braunschweiger waren besiegt und geflohen, ihr Herzog getötet. Es war ein allgemeines Debakel; er versuchte seinen Kummer über die Niederlage in Strömen von Bier zu ertränken.

Isidor, der in die Küche gekommen war, hörte das Gespräch und eilte hinaus, um seinen Herrn davon zu benachrichtigen. „Es ist alles aus!" schrie er Joseph zu, „der Herzog von Wellington ist gefangen; der Herzog von Braunschweig getötet, die britische Armee in voller Flucht, nur ein Mann ist davon gekommen, und dieser ist jetzt in der Küche — kommen Sie und hören Sie ihm zu." Joseph schwankte also nach der Küche, wo Regulus auf dem Anrichtetische saß und seinen Bierkrug festhielt. In dem besten Französisch, welches er aufbieten konnte, das aber leider noch ziemlich ungrammatisch war, beschwor Joseph den Husaren, seine Geschichte zu erzählen. Bei jeder Wiederholung, die Regulus davon gab, wurde das Unglück schlimmer. Er war der einzige Mann von seinem Regimente, der nicht geblieben war. Er hatte den Herzog von Braunschweig fallen, die schwarzen Husaren fliehen, und die Schotten von dem Kanonenfeuer niedermähen sehen.

„Und das —te Regiment?" stotterte Joseph.

„In Kochstücke gehauen," sagte der Husar — worauf Pauline schrie: „O, meine Herrschaft, ma bonne petite dame!" in hysterischen Anfällen niedersank, und das Haus mit ihrem Geschrei in Aufruhr brachte.

Herr Sedley wußte in seinem Entsetzen nicht, was er tun oder wo er Sicherheit suchten sollte. Er stürzte aus der Küche in das Wohnzimmer zurück und warf einen verlangenden Blick auf Amaliens Tür, welche Frau O'Dowd vor seiner Nase zugemacht und verschlossen hatte. Er verweilte einen Augenblick lauschend an der Tür, verließ dieselbe aber, da er bedachte, wie verächtlich ihn die Majorin behandelt hatte, er verließ dieselbe daher und beschloß, zum ersten Male an jenem Tage auf die Straße zu gehen. Ein Licht erzeugend, sah er sich also nach seiner goldgestickten Mütze um, und fand sie an ihrem gewöhnlichen Platze auf einem Konsoltische im Vorzimmer unter einem Spiegel liegen, vor dem Joseph zu kokettieren, seine Seitenlocken zu drehen und seine Mütze gehörig auf die Seite zu setzen pflegte, ehe er fortging, um im Publikum zu erscheinen. Die Macht der Gewohnheit ist so groß, daß er selbst mitten in seinem Schrecken mechanisch an seinem Haar zu drehen und seine Mütze auf die Seite zu setzen anfing; dann blickte er erstaunt auf das blasse Gesicht im Spiegel vor sich, und besonders auf seinen Schnurrbart, der in den sieben Wochen, die er auf der Welt war, ein bedeutendes Wachstum entwickelt hatte. „Sie werden mich für einen Militär halten," dachte er, an Isidors Warnung in bezug auf das Gemetzel, womit das besiegte englische Heer bedroht war, sich erinnernd; dann schwankte er nach seinem Schlafzimmer zurück und fing an, wie toll an der Klingel, welche seinen Kammerdiener herbeirief, zu ziehen.

Isidor erschien schnell. Joseph war in einen Stuhl gesunken, hatte sein Halstuch abgerissen und den Halskragen umgelegt, und saß mit beiden Händen an der Gurgel da. Coupez-moi, Isidore, vite, coupez-moi. Isidor glaubte einen Augenblick, er sei wahnsinnig geworden, und fordere ihn auf, ihm den Hals abzuschneiden.

„Les moustaches," ächzte Joseph, „les moustaches, coupez, rasez, vite!" — Sein Französisch war von dieser Art: geläufig, wie wir sehen, aber nicht sonderlich grammatisch.

Isidor nahm den Schnurrbart in einem Augenblicke ab, und vernahm mit unaussprechlichem Entzücken den Befehl seines Herrn, einen Hut und einfachen Rock zu bringen. „Ne porter plus — habit militaire — bonnet — donner a vous, prenez dehors," waren Josephs Worte; Rock und Mütze waren endlich sein Eigentum.

Nachdem Joseph dies Geschenk gemacht hatte, suchte er aus seinen Effekten einen einfachen schwarzen Rock und Weste, und nahm ein hohes weißes Halstuch und einen einfachen glatten Filz. Wenn er einen dreieckigen Hut hätte auftreiben können, so würde er selbst diesen getragen haben. Er sah indeß schon so wie ein behäbiger, stattlicher englischer Pfarrer aus.

„Venez maintenant," fuhr er fort, „suivez — allez — partez — dans la rue." Hiermit sprang er schnell die Treppe hinab und eilte aus dem Hause auf die Straße.

Obwohl Regulus behauptet hatte, daß er fast der einzige Mann seines Regimentes oder des alliierten Heeres sei, der nicht von Ney in Kochstücke gehauen worden, so erwies sich doch seine Angabe als ungenau und es fand sich, daß eine gute Anzahl von den angeblichen Schlachtopfern das Gemetzel überlebt hatte. Ein paar Hundert von Regulus Kameraden hatten sich nach Brüssel zurückgefunden, und durch ihr einmütiges Geständnis, daß sie davongelaufen wären, die ganze Stadt mit dem Glauben an die Niederlage der Alliierten erfüllt. Man erwartete stündlich die Ankunft der Franzosen; das Entsetzen wurde immer größer und überall sah man Vorbereitungen zur Flucht. „Keine Pferde," dachte Joseph entsetzt. Er schickte Isidor zu mehr als zwanzig Posten, um fragen zu lassen, ob sie keine zu verkaufen oder zu verleihen hätten, und sein Herz beklemmte sich immer mehr, als von allen verneinende Antworten zurückkamen. Sollte er die Reise zu Fuße machen? Selbst die Furcht vermochte es nicht, seinen schwerfälligen Körper dazu zu bringen.

Fast alle von Engländern in Brüssel bewohnten Hotels lagen dem Park gegenüber, und Joseph wanderte in diesem Stadtteile unentschlossen mit Haufen andrer eben so von Furcht oder Neugier bewegter Leute umher. Er sah, daß einige Familien glücklicher gewesen waren, als er, Pferde entdeckt hatten und nun durch die Straßen davonrasselten; wieder andre befanden sich in gleicher Verlegenheit mit ihm, und konnten weder durch Geld noch durch gute Worte die nötigen Mittel zur Flucht auftreiben. Unter diesen bemerkte Joseph Lady Bareacres und ihre Tochter, die unter dem Hoftor in ihrem Wagen saßen, auf den alle Koffer gepackt waren, und deren Flucht nur durch denselben Mangel an bewegender Kraft, welche Joseph in Brüssel zurückhielt, verhindert wurde.

In diesem Hotel wohnte auch Rebekka Crawley, die vor dieser Zeit mehrere Male feindlich mit den Damen der Familie Bareacres zusammengetroffen war. Lady Bareacres grüßte Frau Crawley nicht, wenn sie zufällig auf der Treppe zusammentrafen, und sprach überall, wo der Mann der letzteren erwähnt wurde, beharrlich so schlecht sie nur konnte von ihrer Nachbarin. Die Gräfin war über die Vertraulichkeit zwischen General Tufto und der Frau seines Adjutanten entsetzt. Lady Blanche mied sie wie eine ansteckende Krankheit. Nur Lord Bareacres selbst unterhielt heimlicherweise einigen Verkehr mit ihr, so lange er sich nicht unter der Gerichtsbarkeit seiner Dame befand.

(Fortsetzung folgt.)

Querschnitt.

(Fußball — Kino — Parsifal — Schmidtbonn — Neunte.)

In 48 Stunden kann man allerlei Vorführungen erleben. Ich nehme eine Handvoll, die mir wichtig oder typisch erscheinen.

Auch der Sport gehört dazu, dem die Papiernot leider in diesen Spalten keinen Raum gönnt. Auf den Rennsport, der mehr oder weniger zweideutig ist, kann man freilich ohnehin verzichten. Er ist ein Kitzel für primitiven Ehrgeiz, ein Geschäft für Spekulanten oder ein Amüsement für große und kleine Kinder, jedenfalls eine Angelegenheit ohne höhere Werte. (Man darf das sagen, als einer, der in jungen Jahren selber alle Arten des Rennsports theoretisch und mehrere praktisch erprobt hat.)

Wichtig aber ist Fußball. Was das Schach unter den Spielen des Geistes, das ist — in mancher Hinsicht — Fußball unter denen des Leibes. Kombination ist alles. Aber beim Schachspiel kombiniert jeder für sich. Beim Fußballspiel (wenn ihr es nur richtig spielen wolltet!) einer für alle, alle für einen. Schach, dieses fabelhaft unerschöpfliche Spiel, das man nächtelang und sein ganzes Leben lang spielt, ohne es müde zu werden, Schach, das den Kopf für Stunden so freimacht, weil es ihn so restlos gefangen nimmt, dieses Schach ist eigentlich ein aristokratisches Spiel, ja ein königliches Spiel in mehr als einem Sinne, bei dem das sonst so tolle Wort gilt: Für seinen König muß das Volk sich opfern. Fußball ist tief demokratisch. Fußball konnte nur in England entstehen, nur in demokratischen Ländern sich wahrhaft ausbilden. Ausgebreitet freilich hat sich dies Spiel jetzt auch in Deutschland und Oesterreich, also in Ländern, die politisch völlig undemokratisch waren und in denen der undemokratische Geist noch durchaus Macht besitzt. Dieser undemokratische Geist spricht sich in der Art, wie man hier Fußball spielt, noch kraß genug aus. In den letzten Tagen spielten drei Mannschaften aus Karlsbad, Fürth, Breslau. Die Zeitungen (und die Zuschauer) lobten die Kombination, das Zusammenspiel der Karlsbader und Fürther. In Wirklichkeit konnte man besten Falles auch bei diesen nur von Ansätzen zur Kombination reden. Noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist den Leuten das Wesen dieses Spiels. Die Unterbrechung der internationalen Beziehungen spricht natürlich auch mit. Erschiene heute eine englische, amerikanische oder skandinavische Mannschaft — 10 : 0 wäre das Resultat mindestens.

Vor 20, 25 Jahren drang das Fußballspiel über Hamburg in Deutschland ein. Junge englische Kaufleute in Hamburg brachten es auf, und im S. C. Germania, dem stärksten Klub, hatten wir — trotz dem Namen des Vereins! — in erster Linie Engländer. Was waren das für Lehrmeister! Kam aber gar eine ausländische Mannschaft, wie 98 die dänische, so war kein Halten. Notabene, damals wurden die englischen Fachausdrücke gebraucht. Daß man sie abgeschafft hat (in Leipzig hörte ich aber als Verdeutschung von goal-keeper: Kohlschieber!), wäre ja eine Art Fortschritt, wenn nicht dafür ein tolles Fußballdeutsch aufgekommen wäre. Aehnlich zweideutig sind andre Veränderungen. Daß man bloß noch zweimal 45 Minuten spielt (statt früher zweimal 55), mag nebensächlich sein. Aber anscheinend tut man sich auf das „faire" Spiel etwas besonderes zugute. In Wahrheit war die alte englische Art, wenn sie auch ruppiger aussah, viel harmloser. Den Mann mit der Schulter zu nehmen, was ganz ungefährlich war, ist offenbar nicht mehr erlaubt. Auch der Torwächter, wenn er den Ball hat, wird respektiert. Und doch habe ich damals in Jahren nicht soviel Unfälle gesehen wie jetzt hier in zwei Tagen. Fortwährend wurden Leute durch ungeschickte, wenn auch unbeabsichtigte Stöße oder Tritte gegen Bauch und Rücken kampfunfähig gemacht. Besonders die Karlsbader hatten in dieser Hinsicht durch die Leipziger Spielvereinigung zu leiden.

Man sah einige gute Einzelspieler, besonders die Torwächter der Karlsbader und Breslauer. Aber man sah wenig Tempo und wenig oder sehr hilfloses Zusammenspiel. Das hat tiefere Ursachen, um derentwillen ich dies überhaupt nur schreibe. Der persönliche Ehrgeiz des Einzelnen spielt noch eine viel zu große Rolle, während doch Wesen und Wert des Fußballspiels gerade in dem Verzicht auf die persönliche Glanzleistung liegt; oder man könnte auch sagen: während doch die persönliche Glanzleistung gerade darin besteht, zur rechten Zeit auf den Ball zu verzichten. Und weiter darin, ihn dem jeweils am besten Geeigneten mit blitzschnellem Entschluß zuzuspielen, statt nur gewissen „Führern", die ein Vorrecht zu genießen scheinen. Es fehlt offenbar an Lehrmeistern, an Trainern, ja sogar an Erkenntnis der Notwendigkeit von solchen. Was der Regisseur im Theater und der Dirigent beim Chor ist (oder sein sollte), das muß der Trainer beim Fußballspiel sein: der ordnende und anordnende Geist. Laßt euch einen englischen Fußballer von mittlerer Qualität kommen, und nach einem Jahre seid ihr die erste Mannschaft in Deutschland.

Warum soviel Worte über Fußball, in dem unzählige nur einen Zeitvertreib oder gar eine Roheit sehen? Weil es viel mehr ist, weil das Fußballspiel heute, im Unterschied von einst, bei uns fast nur von Arbeitern gespielt wird, und weil die fünftausend oder mehr Zuschauer bei jedem Wettspiel zeigen, daß hier ein riesiges instinktives Interesse am Werke ist. Tatsächlich sind die Mitglieder der meisten Vereine, mögen sie sich auch nach außen ganz „bürgerlich" geben, offenbar zum weitaus größten Teil Arbeiter.

Fußball ist eine politische Schule, und noch mehr als das. Fußball, sagte ein amerikanischer General, hat den Krieg gewonnen. Man versteht diese zugespitzte Bemerkung, wenn man in Upton Sinclairs glänzendem Roman Jimmie Higgins, der bei Kiepenheuer in Potsdam deutsch erschienen ist, die Schilderung eines entscheidenden amerikanischen Gegenstoßes im Sommer 1918 liest:

„Diese Burschen waren alle begeisterte Fußballspieler; Fußball ist das einzige wirkliche Interesse im Leben von hunderttausenden junger Amerikaner. Sie hatten den Geist und die Methode des Fußballspiels mit ins Heer gebracht, ihn jenen weniger Begünstigten mitgeteilt, die keine öffentlichen Schulen besucht hatten, sie das Zusammenhalten, die Gelenkigkeit, die endlosen Uebungen, die vollkommene, über jeden Zweifel erhabne Loyalität, die Gleichgültigkeit gegen körperlichen Schmerz gelehrt. . . . Da gab es kleine Trupps, trainiert wie eine Fußballmannschaft, mit eigenen Signalen, mit einer von den jungen Köpfen über Nacht ausgedachten Formation. . . ."

Das „einzige Interesse" . . . Da sitzt natürlich der Haken. Aber das harte Wort von den Fußballidioten — nämlich von jenen Leuten, die nur für Fußball Sinn haben — könnte man ja auch auf andre Steckenpferdreiter anwenden und von Schachidioten, Musikidioten, Theateridioten, Kinoidioten usw. mit demselben Recht oder Unrecht reden. Manche behaupten sogar, es gäbe Politik-Idioten. Und wieder zeigen uns die Engländer, daß es nicht nötig ist, ein solcher Idiot zu sein, daß sich Vielseitigkeit mit gründlicher Pflege gewisser Dinge, und zwar mehrerer Dinge, sehr wohl vereinen läßt.

*

Die Kino-Idioten — mit Respekt zu sagen — bilden das größte Publikum, dessen sich irgendeine Art von Veranstaltungen erfreut. Das läßt sich schwerlich ändern. Also muß man versuchen, diesem Publikum immer besseres zu bieten, den Film zu entwickeln, bis er aufhört, seinem Wesen nach Schund zu sein. Jede Neugründung preist sich als Retter an. Die Eiezer Film-Fabrik in Leipzig lud zur Vorführung eines Bauernlustspiels ein, das mit hiesigen Kräften in Großzschocher und Umgegend aufgenommen wurde. Außer den üblichen netten Landschaften ist natürlich wieder nichts daran, wenn man nicht annehmen will, daß die Gattung des skatologischen Lustspiels eine Bereicherung darstellt, das heißt, milde übersetzt, ungefähr soviel wie Mist-Lustspiel, aber im wörtlichen Sinne. „Das gutgewürzte Hochzeitsmahl" ist nämlich von einem eifersüchtigen Liebhaber so gewürzt, daß die ganze Hochzeitsgesellschaft unausgesetzt einen Wettlauf zum Lokus veranstaltet, was in zahlreichen Bildern vorgeführt wird. Das wäre denn der neueste Fortschritt auf dem Gebiete des Films, wenn man nicht als solchen noch das Fehlen von Autos und Zigaretten in diesem Film buchen will. Schauspielerische Leistungen von Belang kommen nicht vor. Am lustigsten war, daß, als auf die einleitenden Worte des Dramaturgen der Beifall der Geladenen folgte, das Orchester diesen Beifall mit einem glänzenden Tusch unterstrich.

*

Wieder ein andres Publikum. Parsifal. Das ist für die Leute eine geradezu religiöse Angelegenheit. Ganz wie Wagner es wollte. Darüber ist ja neulich schon geredet worden. In Amerika hat man, um die Kirche zugkräftiger zu machen, das Theater hineingebracht, bei uns die Kirche ins Theater. Ziel und Resultat ist hüben wie drüben das gleiche, und es läßt sich schwer sagen, auf welcher Seite die größere Heuchelei steckt. Vielleicht doch in Amerika, denn bei uns befinden sich ja gewisse Kreise in einer wirklichen Schwulität.

Soomer sang endlich den Gurnemanz und brachte viel Schönes heraus. Die Partie liegt so tief, daß man die Höhe nicht vermißte, nur das ängstliche Piano bleibt ein Manko. Aber vielleicht war das nur im ersten Akt, denn ich verfolgte die Aufführung nur bis dahin, wo Parsifal vor die Tür gesetzt wird. (Wenn er doch wenigstens wie jener Berliner, der einen Satz mit „Oese" und „Haken" bilden sollte, sagen könnte: Oese mir 'rausjeschmissen haben, ha 't 'en noch 'n paar 'runterjehauen!)

*

Wer vieles bringt . . . In Leipzig, man sieht es, wird vieles gebracht. Vieles bringt allein schon das Schauspielhaus, wobei es freilich von dem versprochenen Programm so manches fortgelassen hat. Für die zahlreichen Nieten, die es bot, entschädigte meist die Darstellung. So auch bei Schmidtbonns Geschlagenem. Schmidtbonn war einmal eine der vielen deutschen Hoffnungen. Erst hieß er nur Schmidt und war aus Bonn. 1901 gab es dort zwei Sensationen: den Kronprinz, der (Tennis) studierte und Litzmanns langweiliges Faustkolleg beehrte, und eben jenen jungen Schmidt, dessen Mutter Landstraße Aufsehen erregte. Viel Worte braucht man über dergleichen verirrte Talente ja nicht mehr zu machen, da sie selbst von der bürgerlichen Aesthetik längst verworfen sind. Grundzug ist bekanntlich immer das Herumbasteln an psychologischen Problemen einspännigster Art. Der Geschlagene ist ein erblindeter Flieger. Warum gerade Flieger, wird nicht klar. Es sei denn: damit er in einer oft recht gequälten Sprache aus der Vogelperspektive reden kann. Anscheinend war die Sache erst als eine Art Kriegsdrama gedacht; dann wäre es ein hübscher Beweis für die Behauptung, daß der Krieg lediglich als vorübergehende Erscheinung die Dichter der Bourgeoisie zeitweilig von der psychologischen Haarspalterei zu immerhin großzügigeren Gegenständen abrief, — damit sie hinterher um so gründlicher sich dieser Haarspalterei wieder widmen könnten. Der Blinde verdächtigt Frau und Bruder, die sachlich unschuldig sind, aber in der Tat nahe daran waren, schuldig zu werden. Mitten im letzten Akt dreht der Dichter die Handlung um: die Frau dieses hellsehenden Blinden, die sich zum Schwager hingezogen fühlte, erkennt ihre tiefere Liebe zu dem hilflosen Gatten. Der Geschlagene ist nicht der Geschlagene. Wenn diese Pointen, so dürftig sie sind und so sehr sie Shaw und Ibsen nachempfunden wurden, wenigstens klar und stark herauskämen! Aber das hindert schon jene gewollt ekstatische Sprache. Unter Viehweg — und in gut gedachtem Rahmen Nietsches — boten Steiner als Bruder, Langfelder als Frau, Gärtner als Mutter, auch Stolle als Geiger oft Vortreffliches. Mederows Flieger überraschte angenehm, weil er endlich einmal nicht sang oder heulte, sondern sprach. Man sah: er kann sehr gut.

*

Sonntagmorgen; der Querschnitt vollendet sich: im Gewandhaus die Neunte. Man kennt die Ausführung. Nikisches Orchester. Lißmann, Adam, Pfeifer-Siegel (und ein Kaffe-Ersatz).

*

Was bleibt? Kino? Parsifal? Schmidtbonn? Nicht die Bohne. Nur Fußball und die Neunte. Das Ideal wäre, zugespitzt: bei beidem dieselben Leute. Wenn alle Fußballer zur Neunten gingen, alle Musikidioten zum Fußball (und zu anderm) . . .

Na, wenn sie wenigstens zur Wahlurne gehen!

Rudolf Franz.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. Fernruf 1416.

Mittwoch, den 2. Juni 1920

129. Anrechts-Vorstellung. 4. Folge, weiß)

Rigoletto.

Oper in 4 Akten nach dem Italienischen des F. M. Piave von J. C. Grünbaum. Musik von Giuseppe Verdi.

Musikalische Leitung: Alfred Szendrei.

Bühnenleitung: Karl Schäfer.

Personen: Der Herzog von Mantua (Hans Lißmann); Rigoletto, sein Hofnarr (Ernst Possony); Gilda, dessen Tochter (Klare Hansen-Schultzeh); Graf von Monterone (Ernst Overlach); Graf von Ceprano (Bernhard Wehlhorn); Die Gräfin, seine Gemahlin (Paula Engert); Marullo, Borsa, Kavaliere (Emil Hetzeling, Alfr. Volgt); Sparafucile, ein Bravo (Hans Müller); Maddalena, seine Schwester (Dorothea Holtfoth); Giovanna, Gildas Dienerin (Hedw. Borchers); Ein Page (Reno Eichler); Ein Huissier (Ludwig Wippel). Herren und Damen vom Hofe, Pagen, Hellebardiere.

Pause nach dem 2. Akt.

Besetzungsänderungen vorbehalten.

Opernpreise.

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Bücher an der Kasse und bei den Schließern.

Donnerstag, den 3. Juni: 130. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun): Die Marquise von Arcis. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 4. Juni: 131. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau): Die toten Augen. Anfang 7½ Uhr.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Fernruf 1416.)

Mittwoch, den 2. Juni 1920

Oeffentliche Vorstellung. Zugleich Schülerverein 5a

Der Liebestrank.

Schwank in 3 Akten von Frank Wedekind.

In Szene gesetzt von Karl Huld.

Personen: Fürst Iwan Michailowitsch Rogoschin (Karl Ekert); Lisawetta Nikolajewna, seine Gemahlin (Lilly Hesse); Enjuscha, Alioscha, ihre Kinder (Herta von Walter, Josefa Morgen); Katharina Alexandrowna, Gräfin Tozky, Verwandte des Fürsten (Käthe Wittenberg); Fritz Schweizerling (Herbert Hübner); Colenin Levorul, Kammerdiener (Fritz Reiß). Tatjana, Kammermädchen (Marianne Berger); Nitja, Kolja, Reitknechte (Hans Betzler, Wilhelm Engst).

Pause nach dem 2. Akt.

Besetzungsänderungen vorbehalten.

Gewöhnliche Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 9¼ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Donnerstag, den 3. Juni: Die fünf Frankfurter. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 4. Juni: Keine öffentl. Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.

Ausführliche Tagezettel mit genauem und vollständigem Personenverzeichnis usw. sind nur bei den Schließern erhältlich.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Neues Operetten-Theater.

Bis einschließlich 29. Juni Operettenferien.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Fernruf 10661.

Mittwoch, den 2. Juni 1920

Kater Lampe.

Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

Spielleitung: Bernhard Wildenhain.

Personen: Ermlischer, Bauerngutsbesitzer und Gemeindevorstand (Adolf Braunstein); Frau Ermlischer (Melanie Krieger-Michaelis) Maarie, die Magd (Emilie Winterberg). Neubert, ein großer Spielwarenverleger (Alfr. Wötzel); Frau Neubert (Edith Gärtner); Hartmann Schönherr, Holzdrehermeister, Frau Schönherr, Gertrud, Heinerle, Franzel, Liesel, die Kinder, Neumerkel, ein Gesell, Holzspielwarenschnitzer (Karl Walden, Helene Riechert, Henita Schmidt, Fritz Lahrius, Hanni Fischer, Ellriede Maul, Werner Braunhoff); Weigel, Bezirksgendarm (Karl Keßler); Seifert, Gemeindediener (Reinhold Valqué); Frau Seifert (Stella David); Ulbrich, Landbriefträger (Bernhard Wildenhain); Frau Ulbrich (Gertrud Neugebauer).

Eine Anzahl Schnitzerleute, Waldarbeiter, Bauern.

Der Schauplatz der Komödie ist ein Spielwarenindustrieort im oberen sächsischen Erzgebirge.

Der erste Akt spielt auf dem Gemeindeamte, der zweite in der Wohn- und Arbeitsstube der Schnitzerfamilie Schönherr, der dritte in der Hütte des Gemeindedieners und der vierte auf dem „Reihenschank" in Ulbrichs Hause.

Gewöhnliche Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag, den 3. Juni: Die Pfarrhauskomödie. Vorher: Eine Abrechnung. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 4. Juni: Kater Lampe. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Volksbühne.

Bayerische Straße 8/10. Fernruf 11111.

Leitung: Robert Oberweg. Künstlerische Leitung: Fritz Liedtke.

Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags ½3 Uhr

Vorstellung f. d. Bezirkslehrerverb. L.-Land. (Kein Kartenverk.)

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.

Einlaß 2 Uhr. Anfang ½3 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.

Abends 7 Uhr

Serie 14

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ½11 Uhr.

Karten an der Tageskasse sowie bei F. A. Coppius, Petersstraße 15.

Spielplan: Freitag: Serie 15: Wilhelm Tell. Sonnabend: Serie 16: Wilhelm Tell.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele)

Fernr. 12300.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 7½ Uhr

Erstaufführung

Der reizende Adrian.

Lustspiel in 3 Akt. v. Hans Müller. Spielltg.: Hans Leibelt.

Spielplan: Donnerstag, Sonnabend, Sonntag, abends 7½ Uhr: Der reizende Adrian; Freitag, abends 7½ Uhr: Der Großstadt-Kavalier.

Die roten Gutscheine haben bis zum 16. Juni Gültigkeit.

Wünsch's Marionettentheater

Mehplatz-Hauptrestaurant. — Vorverk.: Warenh. Althoff.

Täglich 4 Uhr: **Der verlorene Sohn** (Märchen).

8 Uhr: **Er ist Baron.** Posse (mit Orchestermusik).

Nach beid. Vorst. das mech. Kunstwerk: **Seeschlacht.**

Battenberg

Varieté. Abends 7.30 Uhr. Verlängertes Gastspiel **Blaizheim**. Auf vielseitiges Verlangen **Der müde Theodor.**

Theater. Abends 7.30 Uhr. **Arbeit u. Kapital.** Sittendrama von Thilo Schmidt. Morgen: **Arbeit und Kapital.**

Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends ¼8 Uhr:

Der Riesen-Varieté-Spielplan

der wirkliche Erfolg der Saison!

Paul Förster Deutschlands bester Improvisator	**Jean Clermont** in sein. Zirkusparod. Erbarmen und Beifeid
Mac Turc der beste komische Jongleur	**Lina Panitzer** die bekannte Drahtseilkünstlerin
Orig. Schichtl-Royal-Marionetten die amerikan. Puppenspieler	
Die Amoretten Darst. leb. Porzellane	**Heinr. Kohlbrandt** der Köll'sche Tünnes
Hansi Holden die fesche Jodlerin	**2 Jehrings** das bekannte Tanzpaar
Arno—Balda Stimmphänomen	**Max Philipp** der musikal. Komiker

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Petersstr. Konsumverein, K.-Heine-Str.

Kaufgesuche

Platin Brennstifte Zahngebisse kauft [*

Süssmann Löhrstrasse 15, I.

Alt-Eisen-Guß Kupfer, Messing, Blei, Zink, Lumpen, Papier, Flaschen, Felle kauft Gr. Fleischergasse 21 K. Leisner Tel. 12854

Ein guter Nebenverdienst für jede Hausfrau ist, wenn sie jetzt das **gesamte Altpapier** wie Zeitungen, Zeitschriften Bücher, Moschpapier, sowie alte Strickwolle, Strümpfe, Hauslumpen und leere Flaschen verkauft. Zahle Tagespreise und hole auf Wunsch ab. **Max Kralovitz** Lößniger Straße 48, i. Hofe Telephon 31865. [*

Achtung! Zahle Tagespreise f. **Zeitungen Bücher Moschpapier Lumpen Metalle Flaschen Säcke** Rohproduktenhandlg. Thomasiusstr. 11 M. Bart. [*

Zeitungen Bücher Zeitschriften Lumpen Flaschen sämtliche **Altmetalle** sowie sämtliche **Rohprodukte** kauft auch von außerhalb. * **Altenburg** Hospitalstraße 2 Telephon 9769

(Fortsetzung.)

Freitag, den 4. Juni, abends ½8 Uhr:

Holzhausen im Gasthof — Referent: Stadtverordneter Gen. **Aug. Böhle.**

Markkleeberg in Mockers Gasthof — Referent: Genosse **Max Rößler.**

Prödel im Gasthof — Referent: Genosse **Rudolf Kühn.**

Gaschwitz in der Zentralhalle — **Frauenversammlung.** Referentin: Genossin **Anna Kühn,** Leipzig.

Eythra im Reichsadler — Referent: Genosse **Karl Götze.**

Großdalzig im Gasthof — Referent: Genosse **Alfred Kretzschmar.**

Rötha in Stadt Leipzig — abends 8 Uhr. Referent: Stadtrat Genosse **Alfred Dietze,** Leipzig.

Wahren im Birkenschlößchen — abends 8 Uhr. Referent: Sekretär Genosse **Weiß.**

Lindenthal im Deutschen Haus — Referent: Stadtverordneter Genosse **Karl Krüger.**

Göbschelwitz-Seehausen im Gasthof Göbschelwitz — abends 8 Uhr. Referent: Genosse **Friedemann,** Leipzig.

Leutzsch im Alten Gasthof — Referent: Volkskammermitglied Genosse **Artur Dennhardt.**

Burghausen-Gundorf im Gasthof zu Gundorf — Referent: Genosse **Max Rank.**

Taucha im Goldenen Löwen — abends 8 Uhr. Referent: Sekretär Genosse **Karl Schrörs.**

Hartmannsdorf im Gasthof — Referent: Kaufmann Genosse **Rößler.**

Thema in allen Versammlungen:

1. **Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.**
2. **Freie Aussprache.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Hauptvorstand.**

ALTHOFF

Eingetroffen:

Bohnen weisse handverlesene Rangoonen, Pfd. **1.90** Mk.

Haferflocken Pfd. **3.25** Mk.

Krystall-Palast

Täglich abends ½8 Uhr: Gastspiel **Curt Olfers Operetten-Gesellschaft** in der neuen Operette: **Der Puszta-Kavalier** Operette in 3 Akten von K. von Bakony. Musik von Albert Szirmai.

Lesen Sie in Ihrem eigenen Interesse den soeben erschienenen **Drachen!** Er beschäftigt sich mit den **Leipziger Neuesten Nachrichten** und öffnet Ihnen die Augen über mancherlei Wissenswertes. — Ueberall erhältlich! — Preis 1 Mk.

Ballschau Felsenkeller

In die schwere, ernste und sorgenvolle Zeit fällt für Sie **ein heiterer Sonnenstrahl!** wenn Sie jeden Donnerstag und Sonntag **die berühmten Ballfeste** mit **Leipzigs bestem Tanzorchester** besuchen.

5 UHR-TEE

WEINPALAST EDEN

Fernruf 22903.

VERBUNDEN MIT EDEN-BAR

KÜCHE U. KELLER BIETEN DAS BESTE

LEIPZIG · EINGANG KURPRINZSTR. 2 ZUR BAR: ROSSPLATZ

Auftreten nur erster Tanz-Spezialitäten

NaturparkSchleussig

Fernruf 40883. — Inh.: **A. Weikert.** — Straßenb. 8 u. 1.

Morgen Donnerstag, ab 6 Uhr

II. großes Elite-Parkkonzert

Verstärktes Orchester — Gondelstation am Park.

Sommerfest- u. Tanzartikel, Kegel- u. Schiebpreise, Papierlaternen, Feuerwerk, Vereinsabzeichen **Tombolas** liefert am reichhaltigsten **Lintzmeyer** Leipzig Eisenstr. 36 Telephon 19245. Ständige Musterausstellungen. *

Zum **Sommerfest** * kaufen Gartenbes. u. Vereine ihre Artikel, Laternen, Tragstäbe usw. am billigsten bei **E. Wagner,** Spezialgeschäft für Sommerfestartikel **Dresdner Str. 20, I.,** ständ. Ausstellung einer **Tombola.**

Trauringe massiv Gold **Gustav Kaniss** Tauchaer Str. 6. [*

Raucherdank! Ges. gesch. ermögl. in einig. Tag. d. Rauchen ganz o. teilw. z. unterlass. Amtl. begutacht. Wirk. verblüff. Vilst. unsch. Tgl. Anerk. Ausk. umsonst.* **Institut Englbrecht** München R 16 Kanzlei str. 9

Futter Körner und Fleisch für Geflügel und Hunde, Pfd. 1 Mk. **Georg Koch,** Lagerhofstr. 4.

Gas u. Elektrische Beleuchtungskörper, Kronen, Lampen usw. sollen im Ausstellungslokal weiter billig abgegeben werden. **Reichsstrasse 15.***

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Groß-Leipzig U. S. P. D. Die örtlichen Wahlbureaus werden ersucht, Donnerstag, den 3. Juni, noch vorhandenes Material zur Wahl im Sekretariat abzuholen. Das Zentralwahlkomitee.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I. Alle Gewerkschafts- und Parteifunktionäre treffen sich heute, abends 5 Uhr, im Restaurant Donath, Promenadenstr. 31. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, große Sitzung im gleichen Lokal. Alle Genossinnen und Genossen, die sich am Wahltage betätigen wollen, melden sich in dieser Sitzung. Sammellisten sind abzurechnen! Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Alle Genossinnen und Genossen, welche sich am Wahltage betätigen wollen, treffen sich Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr, im Restaurant „Gutenberg", Johannisgasse 19/21, Hof I.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Genossinnen und Genossen haben sich Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr, im Restaurant Appelbom, Berliner Straße 34, wegen dringender Angelegenheiten einzufinden. Die Gruppenführer haben noch persönlich zu laden. Die Bezirksvertreter.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Alle Funktionäre sowie Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden ersucht, morgen, Donnerstag abends ½8 Uhr, in den Westendhallen zu erscheinen.

Ortsverein Gohlis. Funktionäre und alle Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Donnerstag, abends 8 Uhr, im Nickau-Ausschank.

Thonberg-Reureudnitz. Oertliches Wahlkomitee und Beikassierer morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, Sitzung in der Bibliothek.

Schönefeld. Wegen der morgen abend im Sächsischen Hof stattfindenden Versammlung heute abend Flugblattverbreitung. Ausgabe in der Bibliothek.

Eutritzsch. Sämtliche Funktionäre, Parteigenossen und -genossinnen, sowie alle Genossen, die sich zur Einwohnerwehr eingetragen haben, wollen Donnerstagabend ½8 Uhr im Gosenschlößchen Eutritzsch erscheinen zur Empfangnahme des Wahlmaterials.

Deutscher Zucker geht nach England.

Wer erinnert sich noch der Haßgesänge gegen England am Anfang des Krieges. O, wie schäumten da die Kapitalisten vor Wut. Und heute? Man ist auch jetzt noch auf England schlecht zu sprechen, wenn man aber mit ihm ein gutes Geschäft machen kann, tut man es sehr gern. Frankreich steht in besonders niedrigem Ansehen bei den deutschen Industriellen und Agrariern. Trotzdem ist im letzten Winter deutscher Hafer massenhaft nach Frankreich verkauft worden. Die deutschnationalen Agrarier, die unsre Wirtschaft „neu aufbauen" wollen, **ließen die deutschen Kinder hungern und versorgten dafür die französischen Pferde mit Hafer,** weil sie dabei klotzige Profite erzielten.

Der Zucker in Deutschland ist knapp, sehr knapp. Die Ration ist erst kürzlich geschmälert worden. Man hat uns neulich erzählt, die Marmelade sei deshalb so teuer, weil „Auslandzucker" zu ihrer Herstellung verwandt werden müsse. Das ist blanker Schwindel. Deutschland produziert weit mehr Zucker, als hier zum Verbrauch zugelassen wird. Aus Deutschland wird massenhaft Zucker nach dem Ausland geschafft. Insbesondere wird England — man denke das „verhaßte" England — mit deutschem Zucker versorgt. Nach den Mitteilungen der Fachblätter sind in den ersten vier Monaten des Jahres 1920 für 36 Millionen Mark Zucker nach England gegangen.

Das ist bisher verschwiegen worden. Jetzt, wo die Tatsache nicht mehr geheim gehalten werden kann, gibt die bürgerliche Regierungspresse zu, daß deutscher Zucker nach England verkauft wird. Sie stellt sich aber dabei dumm an, und meint, man müsse sich mit der Vermutung begnügen, daß es sich wahrscheinlich um tschechischen Zucker handle, der deutsche Häfen passiere und als deutscher Zucker nach England gelange.

Das ist weiter nichts als eine faule Ausrede. Kleinen Kindern kann man erzählen, daß die Tschechen in der Lage sind, ungeheure Mengen Zucker an das Ausland abzugeben. Warum sagt man der deutschen Bevölkerung nicht die Wahrheit? Was also in Deutschland an Nahrungsmitteln produziert und hier nötig gebraucht wird, geht zum Teil nach dem Ausland, weil dabei Produzenten und Händler enorme Summen als Profit einstecken. So wird die deutsche Wirtschaft „in Gang gebracht" und „neu aufgebaut". Und die Rechtssozialisten in der Regierung billigen dieses kapitalistische Treiben!!

Männer und Frauen! Ihr seht, wie es gemacht wird. **Allein der Geldbeutel der Besitzenden wird versorgt. Wählt die Liste der U. S. P. D., damit das Proletariat in die Lage kommt, diesem System ein Ende zu machen.**

Kriegerwitwen, -Waisen und Kriegsinvaliden!

In hunderten, ja tausenden Zuschriften an die Versorgungsstellen, Versorgungsämter usw. beschwert ihr euch darüber, daß die Festsetzung eurer Versorgungsgebührnisse viel zu lange dauert, daß ihr viele Monate, ja nicht selten mehrere Jahre warten müßt, ehe ihr in den Genuß der Gebührnisse treten könnt. Ihr klagt darüber, daß es auch mit übermenschlichen Kräften fast nicht möglich ist, so lange warten zu müssen. Ihr klagt, warum gerade ihr, die Aermsten der Armen, so lange hungern und darben müßt und zwar unverschuldeterweise, warum gerade ihr nicht in der Lage seid, euch irgend etwas anschaffen zu können. Ihr klagt darüber, und das mit Recht, warum die Höhe der Gebührnisse so niedrig und so gar nicht den Teuerungsverhältnissen entsprechend ist. In der Not und Sorge, die euch ständig umgibt, greift ihr sogar in euren Briefen die auf Vertrag Angestellten an und werft ihnen Saumseligkeit, Bummelei, Herz- und Lieblosigkeit, Gemütsroheit und dergleichen vor. Eure Empörung ist zu verstehen, aber ihr erkennt nicht die Schuldigen, ihr tut unschuldigen Brüdern und Schwestern, die sehr wohl ein Herz für euch haben, bitter Unrecht. Sie können euch leider nicht mehr Geld verschaffen, sie müssen sich nach den bestehenden bureaukratischen Bestimmungen und Verfügungen richten und darum sind ihnen die Hände gebunden. Seht dorthin wo die rückständigen, reaktionären geheimrätlichen Beamten und Exzellenzen in den Arbeits- und Finanzministerien sitzen und zwar heute noch mit weitgehender Macht und schlechtem Willen. Seht dorthin, wo immer noch so viele verknöcherte Bureaukraten aus der sogen. „guten alten Zeit" sitzen, aus der die endlosen und umständlichen Paragraphen und Bestimmungen stammen. Das sind heute noch die waschechtesten Egoisten, die reinsten Vertreter und die innigsten Freunde des im geheimen lauernden Militarismus und des Großkapitalismus. Das sind die Leute, die noch heute mit jeder Fiber ihres Herzens die autokratische Zeit wieder herbeisehnen damit sie wie früher mit hochmütiger, unbeschränkter Willkür die Armen kneten und treten können. Was kümmert denn jene eine oder hundert oder noch mehr zerbrochene Existenzen, wenn sie nur ihren feisten Bauch, der ihr Götze ist, weiter mästen können. Mit stinkenden, hinkenden Worten, die von Lüge und Falschheit triefen, suchen diese Leute jetzt eure Stimmen für ihre Parteien, wie „Deutschnationale Volkspartei", „Deutsche Volkspartei" usw. zu kapern. Aber reißt ihnen endlich mal die Faschingslarve vom Gesicht und gebt ihnen die richtige Antwort! **Zahlts ihnen heim am Zahltag, am 6. Juni 1920! Wählt die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!**

Was soll das bedeuten?

Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, soll der Leipziger Güterbahnhof am 8. Juni von einem Militärposten in Stärke von zwölf Mann besetzt werden. Angeblich soll die Besetzung zur Verhinderung von Diebstählen dienen. Diese Begründung ist nicht recht stichhaltig, denn zur Verhinderung von Diebstählen auf dem Bahnhofe sind militärische Posten am wenigsten geeignet, weil sie den Bahnhofsbetrieb nicht kennen und nicht beurteilen können, ob ein Mann dienstlich auf dem Bahnhof beschäftigt ist oder ob er sich dort aufhält, um zu stehlen. Es liegt der Verdacht nahe, daß die militärische Besetzung einem ganz anderen Zwecke dient. Wenn mit der Absicht eines Rechtsputsches gerechnet wird, so wäre es für die Militärs von besonderer Bedeutung, sich sofort des Bahnhofes und vor allem der Lokomotiven zu bemächtigen. Die Reaktionäre wissen, daß die Verkehrsmittel eine außerordentlich wirksame Waffe sind, weshalb es durchaus begreiflich erscheint, wenn sie sich dieser Verkehrsmittel zu bemächtigen versuchen.

Es muß in aller Oeffentlichkeit Auskunft über die beabsichtigte militärische Besetzung des Bahnhofes gegeben werden. Wenn Diebstähle verhindert werden sollen, so ist das Aufgabe der Polizei und nicht des Militärs.

Herr Schneider und die Angestellten-Interessen.

Zu der Notiz in Nr. 85 der Leipziger Volkszeitung vom 18. Mai schreibt uns Herr Schneider:

„Gegenüber der Mitteilung in der Nummer vom 18. Mai stelle ich fest, daß auf meinen Vermittlungsvorschlag die Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung auf 15 000 Mk. festgesetzt wurde. Allerdings habe ich vor einer Ueberspannung des Versicherungsgedankens gewarnt und auf die Bedenken hingewiesen, die von den Versicherten gegen den zu weit getriebenen Versicherungszwang erhoben werden. Wäre man nämlich den anfänglichen Vorschlägen gefolgt, so hätten sich Krankenkassenbeiträge bis zu 1600 Mk. jährlich ergeben, von denen die Versicherten zwei Drittel zu bezahlen hätten. Das sind Summen, die ohne Versicherungszwang für ärztliche Versorgung nicht ausgegeben werden und somit eine übertriebene Belastung der Versicherten sind. Wenn Nichtversicherungspflichtige in einer Ersatzkasse sich gegen Erkrankungsgefahr versichern, so können sie sich eine Beitragskasse aussuchen, die im Einklang mit dem zu erwartenden Aufwand steht. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen und der G. D. A. hätten an sich das Interesse, die Versicherungsgrenze so hoch als möglich zu treiben, weil sie dann durch ihre billigeren Beiträge sehr viel Mitglieder für ihre Krankenkassen gewinnen können. Sie haben aber abgelehnt, in diesem Sinne zu wirken, weil sie den Angestellten unangemessen hohe Beitragskosten ersparen wollen."

Herr Schneider hat also nahezu 14 Tage Zeit gebraucht, um diese Antwort herzustellen. Sie ist auch danach. Er geht über seine Tätigkeit im Ausschuß für Volkswirtschaft der Nationalversammlung schweigend hinweg, gibt damit also zu, daß die Angaben des Organs des Zentralverbandes der Angestellten richtig sind. Später mag dann Herr Schneider den „Vermittlungsvorschlag" gestellt haben. Im übrigen kommt auch hier seine Schwärmerei für die freiwillige Versicherung zum Ausdruck. Zu diesem Zweck malt er die Folgen der Versicherungspflicht in den schwärzesten Farben. Tatsache ist aber, daß bei der freiwilligen Versicherung die Unternehmer vom Zahlen der Beiträge verschont bleiben. Kein Wunder, daß ein Abgeordneter der demokratischen Partei für die Ausdehnung der Versicherungspflicht, die auch dem Unternehmer Kosten verursacht, nicht freudig eintritt. Gibt es dabei keine Unternehmerinteressen zu wahren?

Vom weißen Schrecken in Leipzig.

Aus der Haft entlassen wurde ein hiesiger Hilfsarbeiter, der beschuldigt wurde, am Montag, dem 15. März, Waffen aus den Wohnungen der Zeitfreiwilligen geholt zu haben. Er war in Gohlis am 16. März verhaftet worden. Wie er uns mitteilt, war sein Haus von Soldaten und Maschinengewehren umstellt worden. Bei seiner Festnahme wurde er derart mißhandelt, daß er im besinnungslosen Zustande transportiert wurde. Unterwegs erhielt er einen Bajonettstich in den Arm. Im Auto brachte man ihn nach der Kaserne des Infanterieregiments Nr. 107. Morgens um 3 Uhr wurde er nach dem Militärarrest-haus geschafft. Zuerst mußte er Spießruten laufen. Eine Schar Soldaten hatte sich aufgestellt, die mit Seitengewehren, Koppeln, Granaten ausgerüstet war, und die auf den Wehrlosen mit diesen Mordwerkzeugen einhieb. Der junge Mann war so verschlagen, daß er wie eine geschwollene Leiche aussah. Deshalb wurden auch seine Eltern nicht zu ihm gelassen, damit sie ihn in diesem Zustand nicht sehen sollten. Der Verhaftete wurde später nach dem Gefängnis in der Elisenstraße und von hier nach der Beethovenstraße gebracht, wo er mangelhaft verpflegt wurde. Die bürgerliche Justiz verhängte über ihn die Untersuchungshaft!! Dabei hatte er kein Verbrechen verübt, sondern sich nur mit Millionen andrer Arbeiter für die Erhaltung der Republik eingesetzt. Das genügte der bürgerlichen Justiz, ihn wochenlang im Gefängnis festzuhalten und ihn schlecht zu ernähren.

Die Freunde des Herrn Kapp wurden in allen Teilen des Landes entweder gar nicht verhaftet oder sehr schnell wieder aus der Haft entlassen. Das ist **„demokratische" Gerechtigkeit!!**

Wähler! Am 6. Juni gebt darauf die Antwort. Wählt die Liste der USPD.!

Kannst Du
als Proletarier einen Vertreter der Besitzenden wählen?

Glaubst Du
daß die bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse vertreten werden?

Hoffst Du
daß durch Verhandlungen, durch Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien der Sozialismus erreicht wird?

Bist Du
imstande, als Proletarier richtig zu denken,

so mußt Du diese Fragen **verneinen** und **Du kannst** am

6. Juni nur die Partei des revolutionären Proletariats, die U. S. P. D., wählen.

Wo wählen die Kranken?

Wir werden ersucht, mitzuteilen, wo diejenigen wählen können, die sich in den Krankenhäusern befinden. Solche Wähler müssen sich, soweit sie imstande sind, auszugehen, einen Wahlschein im Wahlamt, Neues Rathaus, Zimmer 187, ausstellen lassen. Dann können sie in dem Wahllokal ihre Stimme abgeben, das in der Nähe der Krankenanstalt liegt. Wer bettlägerig krank und nicht in der Lage ist, die Anstalt zu verlassen, kann sein Wahlrecht nicht ausüben, denn nach dem Wahlrecht ist die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal unbedingt erforderlich.

Kartoffeln im Ueberfluß. Das Ernährungsamt teilt mit: Auf die Marken 4 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe O gelangen, soweit der Vorrat reicht, je bis zu 10 Pfund Kartoffeln an die gesamte Bevölkerung zur Ausgabe. Der Preis beträgt 45 Pfg. für das Pfund. Die Kartoffeln können gegen Abgabe der Marken beim Kleinhändler sofort entnommen, brauchen also nicht besonders angemeldet zu werden. Die Entnahme hat bis spätestens Sonnabend zu erfolgen.

Solange die Kartoffelpreise niedriger waren, wurden die Kartoffeln von den Produzenten zurückgehalten. Im Herbst vorigen Jahres war es zum Beispiel dem Leipziger Konsumverein nicht möglich, alle Besteller von Kartoffeln zu beliefern. Den ganzen Winter hat man uns sehr knapp gehalten. Die Bevölkerung mußte darben. Jetzt beträgt der Preis 45 Pfg. für ein Pfund Kartoffeln, und es sind soviel Kartoffeln vorhanden, daß sie nicht alle gekauft werden können. Das ist der „Segen" der Profitwirtschaft. Unser Ziel ist es, sie zu beseitigen und eine Bedarfswirtschaft einzurichten. Ist diese geschaffen, so sind solche Zustände einfach unmöglich.

Sächsische Landessicherheitspolizei in Leipzig. Am 1. und 2. Juni sind, wie man uns mitteilt, die V. und VI. Abteilung (Bezirksamt V und VI) des Kreisamtes 2 Leipzig der Sächsischen Landessicherheitspolizei vom Truppenübungsplatz Zeithain in ihrem neuen Standort Leipzig eingetroffen. Sie sind in der 106er und Trainkaserne untergebracht. Daselbst befinden sich auch die Geschäftszimmer. Die neueingerichtete Landessicherheitspolizei ist weder Militär noch Reichswehr. Ihre Angehörigen sind sächsische Staatsbeamte. Die Aufgaben der Sicherheitspolizei bestehen in Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und Schutz des Staats- und Privateigentums gegen verbrecherische Uebergriffe sowie Kampf gegen Schieber- und Wucherwesen. Die Beamten der V. Abteilung werden in den nächsten Tagen ihren Dienst innerhalb der Kreishauptmannschaft Leipzig aufnehmen.

Preisermäßigung für Schwerbeschädigte im Stadtbad und Carolabad. Bedürftige Schwerkriegsbeschädigte erhalten auf Kosten des Heimatdank vom Ortsamt für Kriegerfürsorge, Nonnenmühlgasse 8, III, Vorzugskarten für Wannenbäder zu ⅔ des üblichen Preises ausgehändigt. Bei der Entnahme ist der Militärpaß vorzulegen.

Die städtische Ortskohlenstelle, die ihre Geschäftsräume im Grundstück Gerberstraße 3 hat, führt von jetzt ab die Bezeichnung „Kohlenamt".

Bei der Elternratswahl in Eutritzsch am 28. Mai erhielt die Liste der U. S. P. in der 33. Volksschule sieben Sitze, die bürgerliche Liste zwei Sitze. In der 34. Volksschule entfielen auf die Liste der Unpolitischen fünf Sitze, auf die Liste der U. S. P. vier.

Mutterkurs. Der nächste Unterrichtskurs in Säuglings-, Kinder- und Mutterpflege (mit praktischen Uebungen) beginnt am 8. Juni, abends 7 Uhr, in der Frauenberufsschule (Schillerstraße). Dauer vier Wochen lang, 2—3 Abende. Preis 10 Mk. Anmeldungen an Geschäftsstelle des Vereins Leipziger Mutterkurse, Tröndlinring 9, III, Dr. Welde, schriftlich oder 3—4 Uhr persönlich.

Schlachthof, Schauamt II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.50 Mk. sowie dänischer Fleischbrühwürfel.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 3. Juni.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Fleischmarken 8.

Kartoffeln: abzugeben 4 E und K der Lebensmittelkarte Reihe O (je bis zu zehn Pfund).

Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmarken G 6/G 6 für 8. bis 14. Juni (zehn Pfund).

Ausgabe. Zucker für Schank- und Speisewirtschaften: Ausgabe der Zuckerausweiskarte und des Zuckers Nr. 601—900 der Personenausweiskarte Petersteinweg 18.

Für Händler.

Haferflocken: Bezugscheinentnahme.

Polizeinachrichten.

Feinde der Liebespärchen! Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle über einen unsauberen Burschen berichtet, der in der Dunkelheit, im Gebüsch verborgen, in der Nähe des Zollnerdenkmals im Rosentale Liebespärchen bestahl, die sich auf den Promenadenbänken niedergelassen hatten. Er war erwischt worden. Jetzt werden auch aus andern Teilen der Promenaden und Waldungen der Stadt gleiche Fälle von den Bestohlenen angezeigt. So ist zum Beispiel im Revierort „Probstei" des Forstreviers Leipzig-Connewitz einer Kontoristin, die sich mit ihrem Bräutigam auf einer Promenadenbank niedergelassen hatte, eine hellbraune Ledermappe, die neben dem Bräutigam auf der Bank lag, gestohlen worden. Der Spitzbube war sogar so frech, die auf der Mappe liegende Mütze erst daneben auf die Bank zu legen und dann mit der Mappe zu verschwinden. Erst ein verdächtiges Geräusch im Gebüsch machte beide auf den Verlust aufmerksam. In der Tasche befanden sich etwa 250 Mk., die in einem Damengeldtäschchen aus dunkelbraunem Krokodilleder verwahrt waren, Quittungen über eine gekaufte Nähmaschine und Möbelstücke, zwei „H" gezeichnete weiße Damentaschentücher, zwei Ausweiskarten und verschiedene Kleinigkeiten. Es wird vor diesen gemeingefährlichen Menschen gewarnt. Man veranlasse ihre Festnahme bei Betreffen.

Festnahme von Duplikat-Frachtbriefschwindlern. Durch die hiesige Kriminalpolizei konnte bisher eine achtköpfige Bande von Duplikat-Frachtbriefschwindlern entlarvt und hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Das Oberhaupt der Bande, ein angeblicher Ingenieur Mews, der Vertreter einer Firma Jean Ribecourt in Nancy sein wollte, hatte mit seinem Bureau und einem Stab von Sekretären seinen Sitz in Königswinter; von dort reis-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

von Köln aus wurden die Fäden gesponnen. Mews wollte durch seine Beziehungen in der Lage sein, reines Benzin in Kesselwagen zu liefern. Zahlreiche Geschäftsfirmen schlossen mit ihm resp. seinen Vertretern, die die einzelnen Städte besuchten, Lieferungsverträge ab. Durch die Untersuchung konnte bisher festgestellt werden, daß Luftverträge über 51 Kesselwagen abgeschlossen waren. Ein angeblicher Dr. Hermann war am 29. Mai von Magdeburg im Auto nach hier gekommen, um unter Vorlage der bahnamtlich abgestempelten gefälschten Duplikat-Frachtbriefe bei verschiedenen Firmen die Gesamtsumme von 1½ Millionen zu kassieren. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalpolizei konnte der großzügig und raffiniert angelegte Schwindel aufgedeckt und acht hiesige Firmen vor Schaden bewahrt werden. Die geschickt geführte Untersuchung zieht immer weitere Kreise nach sich und dürfte für manchen noch recht unangenehme Ueberraschungen bieten. Ein ungetreuer Eisenbahnbeamter hat die echten Stempel auf die gefälschten Duplikat-Frachtbriefe gesetzt. Geschädigte, resp. Personen, die über die Sache Auskunft geben können, wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Ein gefährlicher Wüstling! Seit Ende Dezember v. J. tritt in hiesiger Stadt ein Mensch auf, der junge Mädchen, meist Dienstmädchen, unterwegs anspricht, sie einladet, mit ihm ein Konzert- oder Tanzlokal aufzusuchen, sie wohl auch zu einem späteren Tage bestellt, wenn es den Mädchen augenblicklich an Zeit mangelt, und dann seine Opfer meist nach dem Leutzscher Wege oder auf die Wiesen am Messplatze führt. Hier angekommen, bleibt er eine kurze Strecke zurück, während seine Begleiterin, nichts Schlimmes ahnend, ruhig weitergeht. Plötzlich wirft er dieser seinen Ueberzieher, den er kurz vorher ausgezogen hat, von hinten über den Kopf und vergewaltigt das Mädchen, nachdem er es vorher in fast allen Fällen bis zur Bewußtlosigkeit am Halse gewürgt hat. Nach den bis jetzt vorliegenden fünf Anzeigen soll der Wüstling etwa 30 Jahre alt sein und einen kleinen, kurzen, dunkelblonden Schnurrbart getragen haben. Seine Bekleidung wird verschieden angegeben. Teils soll er feldgraue Uniform und teils Zivilsachen getragen haben. Man veranlasse bei seinem Betreffen sofort seine Festnahme. Sonst noch Geschädigte, die es bis jetzt unterlassen haben, Anzeige zu erstatten, wollen dies sofort unter möglichst genauer Personenbeschreibung bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache nachholen.

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsische Hausbesitzertagung.

Der Verband der sächsischen Hausbesitzervereine hielt am Sonnabend in Dresden seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Stadtv. Baumeister Schlimichen (Dresden), begrüßte die Vertreter der Behörden und sprach die Erwartung aus, daß das, was sie über die **Not und Beschwerden des Hausbesitzes** hören würden, einen guten Boden bei ihnen finden werde.

Der erste Redner, Präsident Prof. Dr. van der Borght, Berlin, sprach über **die Sozialisierung des Grundbesitzes.** Er bekannte sich als Gegner aller Sozialisierungsbestrebungen, namentlich soweit der Grund und Boden in Betracht kommt, jammerte über die **steuerliche Unterhöhlung des Grundbesitzes,** in der er eine **mittelbare Sozialisierung** erblickte und bezeichnete die Grunderwerbssteuer als die roheste Form der Besteuerung, die in erster Linie den soliden Hausbesitzer treffe. Auf der andern Seite wird aber nach Ansicht des Redners der Hausbesitz verhindert, wieder eine gesunde Grundlage für seine Wirtschaft zu schaffen. Die Zwangseinquartierung hielt er nicht nur für eine unangenehme Sache für die Mieter, sondern auch **als eine schwere Gefahr** für den Hausbesitzer. Der Regierung machte er den Vorwurf, daß sie, bevor sie sich zu diesem Schritte entschlossen habe, nicht alle andern Mittel erschöpft habe. Von der **Höchstmietenverordnung** sagte er, sie sei ein Ausnahmegesetz gegen den Hausbesitz und gefährde die Wohnungsversorgung überhaupt, sowohl den Neubau als auch die Vornahme größerer Reparaturen. Würden die Reparaturen nicht rechtzeitig vorgenommen, dann würde die Wohnungsnot noch Formen annehmen, von der man sich jetzt noch keinen Begriff mache. Weiter sagte er, daß jetzt **Riemen aus der Haut des Hausbesitzers geschnitten** würden, womit er die Wahrheit auf den Kopf stellte. Mit dem Mietwucher, den der Hausbesitzer treiben solle, wäre es eine eigenartige Sache. Hier liefen viel Uebertreibungen unter. Die Mietsteigerungen wären zwar für die Mieter eine unangenehme, aber nicht zu umgehende Begleiterscheinung der Verteuerung des ganzen Wirtschaftslebens. Allerdings gäbe es skandalöse Fälle von Mietwucher. Das seien aber diejenigen Leute, die sich ein Lager von Wohnungen zulegen, sie mit Möbel ausstatten und dann zu horrenden Preisen vermieten. Der Redner, der es — bezeichnenderweise! — auch für notwendig hielt, **die Richtigkeit der Zeitungsnachrichten über seine Mitwisserschaft und Mitbeteiligung am Kapp-Putsch** zu bestreiten (angeblich hat er von dem Putsch in seinem Bureau erst gehört, als er schon vorüber war, auch will er sich für Putsche nicht eignen) kam zu dem Schluß, daß die Gesetzgebung darauf hinarbeite, den Grund und Boden in eine Verfassung zu bringen, daß er der öffentlichen Hand verfalle. Man könne von einer wahren Einkreisungspolitik sprechen. **Die Sozialisierungsgefahr sei außerordentlich nahe gerückt und so groß wie nie. Es gehe heute ums Ganze!** Die Hausbesitzer müßten sich eng zusammenschließen, um diese Gefahr beschwören zu können. Die Sozialisierung hielt er für das „größte Unglück, das uns passieren kann". Um aus dem gegenwärtigen „Dilemma" herauszukommen, müßte alles aufgeboten werden, um aus dem Klassenkampf heraus und zu einer gesunden Wirtschaftspolitik zu kommen. **Bei den Wahlen** soll der Hausbesitzer nur dem Kandidaten seine Stimme geben, der klipp und klar erkläre, sich für die **Unverletzlichkeit des Eigentums** einzusetzen.

Es folgte ein Referat des Baumeisters Schlimichen (Dresden) über

Höchstmieten und Mietpreisbildung.

Auch dieser Redner zeterte über eine vermeintliche Vergewaltigung der Hausbesitzer im demokratischen Staate. Der Hausbesitzer werde zum Steuerbüttel gemacht. Der Staat scheue sich, den Mieter direkt zu besteuern, er wähle den Weg über den Hausbesitzer, weil die Mietsteuer eine indirekte und ungerechte ist. Der Redner bekämpfte den der Volkskammer vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Grundstücken und verlangte den **Abbau der Mieteinigungsämter.** Es sei nicht einzusehen, warum der Hausbesitzer nicht einen angemessenen (!) Gewinn aus seinem Grundstück ziehen solle. Von Wucher und wilder Spekulation will auch Herr Schlimichen nichts wissen, man weiß aber zur Genüge, was von solchen Versicherungen zu halten ist. Er verwahrte sich auch dagegen, daß für alle Zeiten der Grundstücks-Friedenspreis von 1914 als Grundlage für die Wertbemessung angesehen wird. Man wolle nicht, daß die Mieten himmelhoch getrieben werden, sie dürften aber auch nicht künstlich niedrig gehalten werden, damit es zur Sozialisierung komme.

Hofrat Häßler (Blasewitz) berichtete über eine Eingabe, die an das Landeswohnungsamt gerichtet werden soll. Darin wird ausgeführt, daß auf der einen Seite die Hausbesitzer der ungeheuren und fortgesetzten Steigerung der Kosten für Verwaltung, Instandhaltung, Steuern und Abgaben unterworfen seien, auf der andern Seite ihnen aber durch die gesetzliche Beschränkung der Mietpreiserhöhung die Möglichkeit genommen wäre, sich schadlos zu halten. Nachdem der gesamte deutsche Hausbesitz dadurch bereits **viele Millionen geopfert** habe, sei er außerstande, die Nachteile der für ihn besonders geschaffenen Ausnahmegesetzgebung länger zu ertragen. Um eine Einheitlichkeit der Schiedssprüche herbeizuführen, wird das Landeswohnungsamt ersucht, **den Mieteinigungsämtern Richtlinien** zu geben, an die sie bei ihrer Beurteilung und Entscheidung gebunden sind. Ferner wird ersucht, die ordentlichen Gerichte als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Mieteinigungsämter zu bezeichnen.

Schließlich wurde folgende

Entschließung

angenommen:

Die Hausbesitzer bekämpfen die wilde Spekulation und den Wucher im Grundstückshandel, **lehnen aber jedes Gesetz ab, das geeignet ist, den Verkehr am Grundstücksmarkt zu erschweren.** Nur die

freie Wirtschaft im Wohnungsgewerbe

kann die Wohnungsnot beheben; die Zuschußwirtschaft muß zur Verewigung der Not führen. Die freie Wirtschaft kann aber nur einsetzen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft im Vermietungsgewerbe. Der Abbau derselben muß daher baldigst erfolgen.

Die Wohnungen sind nach Lage, Art und Beschaffenheit so außerordentlich verschieden, daß eine gleichmäßige Erhöhung durch eine Höchstmietenverordnung ungerecht für die Mieter wirken muß; eine solche Verordnung ist daher abzulehnen. Fordern müssen wir aber, daß der Hausbesitzer volle Deckung für seine laufenden Ausgaben an sowie angemessene Verzinsung seines angelegten Kapitals, eine entsprechende Abschreibung des Gebäudewertes, Deckung der Mietverluste, eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung für seine Verwaltungsarbeit und hinreichende Mittel zur Erhaltung des Bauwerks durch die Mieterträgnisse erhält.

Es muß den Mietern überlassen bleiben, für Vorrichtungsarbeiten innerhalb der Wohnungen selbst zu sorgen. Sollen die Vorrichtungsarbeiten vom Vermieter vorgenommen werden, so ist vom Mieter eine entsprechend erhöhte Miete zu zahlen.

Staatsdarlehen für Gemeinden.

Die nunmehr zum Abschluß gelangten Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß den in Not geratenen Gemeinden einstweilen Staatsdarlehen gegeben werden sollen, bis die aus dem Landessteuergesetz sich ergebenden Mittel fließen werden. Die hierbei zur Anwendung kommenden Grundsätze werden in Kürze den Gemeinden mitgeteilt.

Weiter wird mitgeteilt, daß Geheimrat Dr. Wolf, Dezernent im Finanzministerium, dem Bürgermeister von Bernstadt, Dr. Druckmüller, bestimmt in Aussicht stellte, daß der Staat die persönlichen Schullasten übernehmen wird.

Uebernahme der Elbwasserstraße auf das Reich.

In Dresden ist eine Kommission der Reichsregierung eingetroffen, um mit der sächsischen Regierung wegen Uebernahme der Elbwasserstraße aufs Reich Verhandlungen zu pflegen.

Um die Elektrizitätsversorgung.

Eine Verbandsversammlung der Elektrizitätswerke Sachsens fand im Anschluß an den Sächsischen Gemeindetag in Dresden statt. Baurat Meng-Dresden sprach über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Er hob hervor, daß besonders aus den Kreisen der Fachleute Einwendungen gegen das Vorgehen des Reiches erhoben worden seien. Trotzdem habe das Reichsschatzamt das gegenwärtige Gesetz als erstes wirkliches Sozialisierungsgesetz durchgesetzt. Nach der gegenwärtigen Sachlage sei die nächste Aufgabe für die Gemeinden, sich zur Wahrung ihrer Interessen einen maßgebenden Einfluß in dem aus 30 Mitgliedern bestehenden Beirat zu sichern.

Textilindustrie und Kohlenverbrauch.

Am 29. Mai fand in Dresden die angekündigte Versammlung von Vertretern der deutschen Textilindustrie und der ihr verwandten Betriebe aus allen Teilen des Deutschen Reiches statt; sie beschloß einstimmig, die „Fachgruppe für Textilindustrie der Brennkrafttechnischen Gesellschaft E. V." der Abteilung für Wärmewirtschaft im Deutschen Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden anzugliedern, und ernannte einen fünfgliedrigen Ausschuß zur Organisation der Gruppe und ihres Arbeitsplanes.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Leipziger Zeitungsausträgerinnen.

In einer heute morgen abgehaltenen Versammlung haben die Austrägerinnen das Angebot, 90 Pfg. pro Exemplar, abgelehnt und den Streik beschlossen. Die Austrägerinnen beharren auf ihrer Forderung von 1 Mk. pro Exemplar.

*

Zur Aufklärung unserer Leser bemerken wir zu obiger Notiz, daß wir den Austrägerinnen eine weitere Zulage von 10 Pfg. pro Exemplar und Monat geboten hatten. Dieses Angebot, welches von den Austrägerinnen abgelehnt wird, verursacht für den Verlag eine jährliche Mehrausgabe von zirka 85000 Mark. Der Verlag zahlt entgegen den anderen Tageszeitungen noch die vollen Krankenkassen- und Invaliditätsbeiträge für die Austrägerinnen, was für den Verlag eine weitere Mehrausgabe von über 50000 Mk. jährlich austrägt.

Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Streik der Leipziger Schlachthof-Fleischergesellen.

Die Fleischergesellen im Leipziger Schlachthof sind in den Streik getreten. Seit Anfang April laufen die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Gehilfen hatten zunächst eine Forderung von 250 Mk. pro Woche gestellt, sind aber, da nur eine sechsstündige Arbeitszeit pro Tag in Frage kommt, auf 210 Mk. pro Woche heruntergegangen; die Unternehmer wollen nur 180 Mk. gewähren.

Der Ernährungsrat der Stadt Leipzig erkannte die Forderung als berechtigt an, die Unternehmer wollen aber nicht eher ein weiteres Zugeständnis machen, bevor nicht ihr Verdienst erhöht ist. Die Unternehmer haben mit der Stadt einen Vertrag, wonach ihnen 1 Proz. des Umsatzes zugebilligt ist. Nur die dauernd unzureichenden Löhne zwingen die Gehilfen, in den Streik zu treten. Bisher hatten sie einen Wochenverdienst von 128 Mk. Daß damit ein Familienvater seine Familie nicht ernähren kann, ist wohl einleuchtend. Wenn diese Woche die Fleischausgabe stockt, wenn die Bevölkerung Leipzigs kein Fleisch bekommt, so fällt die Schuld allein auf die Unternehmer zurück. Ihnen gewährt man immer höhere Verdienste, während die Gehilfen mit Hungerlöhnen auskommen sollen.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Leipzig.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 4 ist erschienen und in allen Filialen der Leipziger Volkszeitung sowie in den Gewerkschaftsbureaus zum Preise von 20 Pfg. zu haben. **Einzelbestellungen des Leipziger Betriebsrates können nur nach auswärts vermittelt werden. Die Leipziger Leser bitten wir, den Leipziger Betriebsrat an den oben bezeichneten Stellen abzuholen.**

Gewerkschafts-Kartell Leipzig
(Abteilung Betriebsräte).

Nr. 4 des Leipziger Betriebsrates ist für die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft Deutschlands von besonderem Interesse. Aus dem Inhalt heben wir hervor den Artikel: Aus eigener Kraft! in dem in kurzen Strichen der Volkshausbrand in Leipzig, diese ruchlose Tat der Reichswehr, gekennzeichnet wird. Die Absicht des Leipziger Bürgertums, mit der Zerstörung des Volkshauses der Arbeiterbewegung Leipzigs einen tötlichen Schlag zu versetzen, muß zuschanden werden durch die Solidarität des gesamten deutschen Proletariats, das sich an dem Wiederaufbau des Heims der Leipziger Arbeiter und Angestellten nach Kräften beteiligen wird. Ein alter Genosse, der die Mittel zum Bau des Volkshauses Zehnpfennigweise mit zusammengetragen hat, schildert in sehr anregender Weise die Geschichte des Leipziger Volkshauses von 1904 bis zum Tage der brutalen Vernichtung am 19. März dieses Jahres. Aus dem übrigen Text ist zu erwähnen ein Aufruf zu den Reichstagswahlen. Für die Betriebsräte sind besonders wichtig die Artikel: Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, Betriebsräte für Hausgewerbetreibende und Der Entwurf zu einer Geschäftsordnung für Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterräte, zu welchem Entwurf die Betriebsräte Stellung nehmen sollen. — Wir wünschen der Nummer weiteste Verbreitung.

Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter. Mit dem 31. Mai resp. 1. Juni treten für beide Branchen und ihre Nebenzweige neue Teurungszulagen in Kraft. Nachträge zu den bisherigen Lohnabkommen sind durch die Vertrauensleute im Verbandsbureau bis nachmittags 6 Uhr zu entnehmen.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. (Ortsverwaltung Leipzig.)

Maler und Lackierer. Nachdem der neue Tarif am 15. Mai in Kraft getreten und somit Rechtsgültigkeit erlangt hat, ersuchen wir unsere Mitglieder, auf strikte Durchführung der tariflichen Arbeitszeit zu dringen. Diese beginnt morgens 7 Uhr und endet nachmittags um 4½ Uhr. Sonnabends ist um 1 Uhr mittags Arbeitsschluß. An diesem Tage kommt die Mittagspause in Wegfall. Der Lohn beträgt für Gehilfen über 20 Jahre ab 1. Juni 5.80 Mk. und für solche unter 20 Jahren und Anstreicher 5.70 Mk. pro Stunde. Alle Tarifverstöße sind sofort in unserem Bureau, Gerberstr. 1, Zimmer 80, zu melden. Gedruckte Tarife können zum Selbstkostenpreis ab nächster Woche in unserem Bureau in Empfang genommen werden.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher. (Filiale Leipzig.)

Die Leipziger Hausmeister und Hausmeisterinnen faßten in ihrer Versammlung am Montag gegen vier Stimmen eine Resolution, in der sie Protest erhoben gegen die Handlungsweise des Verbands Leipziger Hausbesitzer, der sich erst dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses über den Tarifvertrag unterwarf, später aber eine Verhandlung durch seinen Bevollmächtigten, Stadtrat Zander, strikte ablehnte. Die Versammelten erblickten darin eine Unterdrückung ihrer geringen Lohnforderungen und erklärten, ab Dienstag früh in passive Resistenz einzutreten und in dieser solange zu verharren, bis sich der Verband Leipziger Hausbesitzer bereiterklärt, die Tarifverhandlungen mit dem Verband Leipziger Hausmeister anzubahnen.

Der Binnenschifferstreik beendet.

Die Regierung hat am Sonnabend den Verbänden der Privatschiffahrt, welche gemeinsam mit dem Verbande der Binnenschiffer die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt hatten, mitgeteilt, daß sie es ablehnen müsse, ein Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten, weil der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und der Deutsche Transportarbeiterverband wie auch der Zentralverband der Maschinisten und Heizer es ablehnen, sich zu beteiligen. Darauf haben die Schiffsmannschaften, und zwar auch die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, welche fünf Wochen lang gemeinsam den Kampf geführt haben, eine Abstimmung auf allen Stromgebieten vorgenommen. Auf der Elbe haben sich die Mannschaften mit knapper Majorität für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden, auf den märkischen Wasserstraßen und auf der Oder war die große Majorität für die Weiterführung des Kampfes. Die Leitung des Verbandes der Binnenschiffer hat trotzdem die Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet, denn wenn die Arbeit auf der Elbe aufgenommen wird, und zum Teil war dies bereits geschehen, wäre die Fortsetzung des Kampfes auf den angrenzenden Stromgebieten nur unnütze Kraftvergeudung gewesen.

Die Freiheit bemerkt dazu: Damit hat der fünfwöchige Kampf sein Ende erreicht. Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt hat mit Hilfe der anderen Verbände einen Sieg errungen. Die Schiffsmannschaften müssen sich einem Vertrag fügen, der gegen ihren Willen von der Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen ist. Die anderen am Kampfe beteiligten Organisationen haben vergebens versucht, ihre Mitglieder zur Innehaltung des Vertrages zu zwingen. Es nutzte nichts, alle Schiffsmannschaften, ganz gleich welcher Organisation, kämpften gemeinsam gegen einen Vertrag, der eine Verlängerung der Arbeitszeit für zwei Stunden vorsieht.

Hier gibt es nur zwei Gründe: entweder stand den in Frage kommenden Verwaltungen der Verbände die Arbeitsgemeinschaft höher als die Interessen der Schiffsmannschaften, oder sie wollten den Schiffsmannschaften eine Lektion für ihre oppositionelle Haltung erteilen. Doch wie dem auch sei, es steht dennoch zu hoffen, daß die Schiffsmannschaften weitsichtig genug sind, schnellstens eine Einigung herbeizuführen, die allerdings nur auf vollständig demokratischer Grundlage vor sich gehen kann; dann wird der Zeitpunkt kommen, wo die Schiffsmannschaften auch die Früchte dieses Kampfes ernten können.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Der Militarismus auf der Anklagebank.

In Nr. 130 der Leipziger Volkszeitung vom 28. Juni v. J. war unter der Rubrik Taucha ein Artikel erschienen, der sich mit der militärischen Tätigkeit des Rittergutspächters Zinnert in Taucha als Hauptmann der 1. Ersatz-Maschinengewehr-Komp. 10 beschäftigte. In dem Artikel wird der Hauptmann beschuldigt, seine Untergebenen nicht sachgemäß behandelt, sondern tyrannisiert zu haben, so daß zwei Selbstmordversuche vorgekommen seien. Diese Art der Behandlung sei auch eine Ursache des militärischen Zusammenbruchs geworden.

Der Hauptmann fühlte sich beleidigt und stellte gegen den Verfasser, den Angestellten Erich Schol, Strafantrag wegen Beleidigung. Im Februar vorher hatte der Beklagte einen Brief an Z. geschrieben, der aber nicht mit unter Anklage steht. Der Artikel wird verlesen, der Beklagte bekennt sich als Verfasser; nur die Spitzmarke sei von der Redaktion hinzugefügt, ein weiterer

Mitglieder sämtlicher Krankenkassen!

Aerztliche Hilfe nur in den **dringendsten Fällen** in Anspruch nehmen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zusatz gestrichen worden. Er schildert in längeren Ausführungen seine militärische Leidenszeit, wie die Mannschaften gleich bei ihrem Eintritt in die Kompanie empfangen, dann beleidigt und gestraft worden sind. Auf eine Beschwerde habe der Herr Hauptmann die Unteroffiziere gedeckt. Wegen einer Geringfügigkeit habe der Hauptmann die ganze Kompanie mit Strafe bedroht, so daß er und zwei Kameraden fälschlich denunziert worden sind. Der Hauptmann habe barsch den Rechtfertigungsversuch abgeschnitten und jeden Mann mit 5 Tagen Arrest bestraft. Die Arrestanten seien für die Vorgesetzten Freiwild gewesen. Nach Verbüßung der Strafe am 23. Dezember habe er sofort für den 1. Feiertag Strafdienst, für die beiden nächsten Tage Wachbereitschaft gehabt; er sei an den nächsten Tagen zum Feldersatz hinausgesucht worden und am 31. Dezember ins Feld gerückt. Nach der Sommeschlacht sei er zur Kompanie zurückgekommen und habe sich krank gemeldet, sei aber vom Arzt dienstfähig erklärt worden. Die vom Arzt Zurückgewiesenen erhielten die Schwitzkur zudiktiert: sie wurden Sonntags im Schlafsaal eingesperrt und wurden jede Stunde vom Unteroffizier kontrolliert. Ein Kamerad Bauer habe beim Exerzieren sich in eine Pfütze legen müssen, war vollständig durchnäßt und habe sich beklagt. Der Hauptmann habe ihm gesagt, er werde ihn sofort drei Tage einsperren lassen. Der Kamerad sei dann am andern Morgen nicht erschienen, und es habe sich herausgestellt, daß er sich habe erschießen wollen. Ebenso habe ein andrer Kamerad einen Selbstmordversuch begangen, dessen Name dem Beklagten aber entfallen sei. Sch. sei von Haus aus mit Leib und Seele für die Soldaten gewesen und habe sich 1915 freiwillig gemeldet, sei aber zurückgestellt worden; er habe das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten. Den Artikel habe er nicht geschrieben mit der Absicht, zu beleidigen, sondern aus Leid über den Zusammenbruch.

Der Kläger gibt an, daß die Kompanie aus drei bis vier Abteilungen bestanden habe und bis zu 1400 Mann stark gewesen sei. Der Dienst sei schwer gewesen, weil die Ausbildungszeit auf sechs Wochen zusammengedrängt wurde. Er könne sich auf Einzelheiten nicht entsinnen, habe auch nicht überall sein können. Er habe die Leute selten menschlich behandelt, sei in jeder Weise entgegenkommend gewesen und habe nur in den äußersten Fällen gestraft. Die vorgebrachten Anschuldigungen gibt er als möglich zu, doch habe er das häufig wechselnde Ausbildungspersonal immer zu sachgemäßer Behandlung der Mannschaften ermahnt und die Disziplin aufrechterhalten müssen.

In der Beweisaufnahme werden die Angaben des Scholz im wesentlichen bestätigt.

Nach längerer Beratung wurde der Beklagte zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß das Gericht die Behandlung nicht als sachgemäß bezeichnen kann und der Wahrheitsbeweis zu einem großen Teil als erbracht gelten muß. Dagegen sei der Beweis für die Schuld des Klägers nicht voll erbracht, da der Grund der Klagen im ganzen System, weniger in der Schuld des Klägers gelegen habe. Es mußte daher eine Strafe ausgeworfen werden. — Das Urteil ist innerhalb eines Monats in der Leipziger Volkszeitung zu veröffentlichen.

Goldner Adler
Lindenau
Inh.: Franz Sperling. Telephon 55127.
Heute von 7 Uhr an **Mittwochs-Ball**

Kakao
echt holländisch, gar. rein, per Pfd. 24.— Mk.
Schokolade, Bonbons, Pralinen.
Nährmittelfabrikation „Heros"
Tel. 4560 **Hugo Kippermann** Tel. 4560
Leipzig, Kuchengartenstr. 16. (Kein Laden.)
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Grosshandelserlaubnis vom 8. August 1916.

Heilkräuter
aller Art, z. B. Akazienbaumblüten, Brennesselblätter, Kamillen, Löwenzahnblätter, Scheuergras (Zinnkraut), Stiefmütterchen weiß u. blaublühend, Taubnesselblüten, Weißdornblüten, Maiblumenblätter und andere kauft in gutgetrockn. Zustand täglich 8—3, Sonnabends 8—12 Uhr
Leipzig / W. F. Nauck / Leipzig
Rosentalgasse 4.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendschriften.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. *
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel „Nicodaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwend., altbew. Doppelpack 5.00 Mk. Verkauf bei Drog. Alb. Zander, Klostergasse 11, Drog. E. Zschiesche, Dufourstrasse 18. Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen. *

Volkshaus
Kaffee Kuchen — Küche Keller
Morgen Donnerstag von 1/2 7 Uhr an: **Grosser öffentlicher Ball.**
Neu! Sonnabend, den 5. Juni, von 1/2 7 Uhr an Neu!
1. großer Strauß-Walzer-Abend.
Verstärktes Orchester unter persönlicher Leitung von Gustav Schütze.

Luna-Park am Auensee
Morgen Donnerstag ab 1/2 8 Uhr: **Große Park-Konzerte**
(Kapellmeister Neumann)
Bei eintretender Dunkelheit:
Riesen-Pracht-Feuerwerk
Durch Abbrennen desselben auf dem See wird eine unvergleichlich schöne Wirkung erzielt.
Eintritt: Erwachsene 60, Kinder 40 Pfg.
Voranzeige für den 6. Juni: **Billiger Sonntag.** Eintritt für Erwachsene 30 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Gansfouci Morgen ab 7 Uhr Sonntag ab 5 Uhr **Ball**

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Billig! Eigene Fabrikation
Blusen P. Schmitz
von 18 Mk. an Nikolaistrasse 5, in Specks Hof
Röcke u. Reudnitz, Comeniusstr. 19, pt.
Durchgehend geöffnet!

Rauchtabak — Uebersee
Vielfachem Wunsch entsprechend liefere Ware in 50 Gramm-Packungen. Biete an
Java mit Sumatra in 50 Gr.-Packg. pr. Pfd. 27.— ℳ
Java mit Sumatra in 100 Gr.-Packg. pr. Pfd. 26.50 ℳ
Ware ist rippenfrei inklusiv Steuer.
Garantie für richtiges Gewicht in Packungen.
Rauchtabak en gros **Karl Appenrodt, Elisenstr. 10, I.**

Radfahrer! Achtung!
Wir protektieren alle abgefahrene Radreifen
Prima Gummilauffläche
Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt.
Keine Reifensorge mehr.
Stets Lager in neuen Fahrraddecken u. -Schläuchen.
Preuss & Rauer
Vulkanisier-Anstalt *
Leipzig-Anger :: Tel. 60925 :: Zweinaundorfer Str. 11.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher
Heinrich Berthold
Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26
Leder-Ausschnitt *

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Mechaniker auf Telephone f. John. Nebenbesch. ges. Off. u. V. 100 Fil. d. Bl., Zeitzer St. 32

Gesucht für sofort tücht. zuverl. Mädchen f. Küche u. Haus. Z. meld. Co., Gustav-Freytag-St. 55, II. r. Tel. 35178

Verkäufe

Für Möbelhändler! 1 Posten roher Möbel billig zu verkaufen. L.-Möckern, Mecklenburgstr. 7, Gaitsch.

Kleiderschr., 1 tür., 200, 1 tür. Vorr.-Schr. 175, Rauchtisch 30 u. and. mehr bill. z. vrk. Händl. verb. Herberstr. 14, Hof B. I. r.

Kleiderschr., gebr., Kommode sow. neu. Tisch, Stühle u. Sofa verk. Lind., Burgauenstr. 15.

Gr. Kleiderschr., 2 Mtr. breit. Jrädr. Fed.-Handw. m. niedr. Rad, D.-Rad mit gt. Gummi, Chaiselongue verkaufst Behr, Kleinzschoch., Wigandstr. 15.

Vertiko, Tisch, Schrank, eine Bettst. m. Matr. bill. z. verk. Seeburgstr. 53, H. III. l.

Rhd.-Vert., echt, 400 Kldschrk. 350, Waschtt. m. M. 150, Kom. 120, Spg. 125, gth. Küch.-Sofa, Btst. m. M. 120, Sophienst. 2, I. r.

Plüschsofa, Bettst. m. Matr., Tisch bill. Zeitzer Str. 38, II. l.

Sofa 240 ℳ, sof. z. vk. Dreßler, Richard-Wagner-Str. 16, IV.

Chaiselong. m. schwar. Plüschdecken v. Bayersche Str. 42, II. r.

2 fast neue Rohrstühle verkauft Dimpfelstraße 27, III. r.

Küche, gebr., Klein. Waschtisch verkauft Körnerstraße 14, pt.

Küche, Schlafz.-Möb., Spieg.-Schr. 450, Turnerstr. 15, Sout.

Kücheneinr., Schr., Vertiko zu vk. U., Gutsmutheshstr. 10, I. l.*

Kl.-Sofa vk. Sophienst. 52, p.

Franz. Bettst. mit gut. Matr. verk. Sternwartenstr. 28, II. r.

2 gth. Bettst. m. Rohh.-Matr. u. guterh. Sofa bill. zu verk. Plagw., Merseburger St. 2, II. r.

2 Nachtschränkchen m. Aufsatz, noch n. gestrich., neu, bill. z. vk. Lind., Diakonissenstraße 3, I. l.

Breite Bettstelle m. Matratze vrk. Bayersche Straße 42, II. l.

Kinderbettstelle vrk. Wilhelminenstr. 10, III. r.

Klavier, gut. l. Ton, 900 ℳ z. vk. Walt. Sell, Plauzigner St. 6, II.

Möbel
Große Auswahl in bürgerlichen
Wohnungs-Einrichtungen
Solide Preise — Gediegene Arbeit
Josef Hirsch
Zeitzer Straße 6b.

Grammoph., m. Pl., f. neu, vk. Plgw., Merseburger St. 2, II. r.

Gitarren u. Konzertzither bill. Eisenbahnstraße 116, IV. r.

Goldene 14 kar. Damen-Uhr preisw. an Privat z. verk. od. geg. Küchen-Büfett zu tausch. Vogel, Arndtstraße 22, III. r.

Regulator, gutgeh., billig zu verk. Körnerstr. 40, Hof r. I.

Adler-Schreibmaschine, mittlere, sehr gut erh., preiswert zu verkauf. Offert. unt. D. 35 an die Exp. d. Blattes.

Nähmaschinen für Haushalt und Gewerbe, **Repar.-Werkstatt** f. Nähmaschinen all. Systeme u. auch f. Pelznähmaschinen. Schnelle Erledigung. Erstaunlich ☆ Oele ☆ Nadeln. **Carl Rost** Augustenstr. 20. Tel. 11927. Eingang Dresdner Straße. *

Nähmaschine f. 100 ℳ z. verk. Teichmann, Miltitzer Str. 7.

Herr.-Räder m. Freilauf u. * Gut., große Auswahl, vk. bill. Rdn., Weidmannst. 2, Hofs. p.

Fahrräder, Mänt., Schläuche vk. Fahrradh. Kreuzstr. 46, H. *

Herren-Rad, guterh., m. gut. Gummi u. Zubeh. bill. zu verk. Pl., Merseburger Str. 2, II. r.

Frlf.-Rad m. Gummi b. z. vrk. Leutzsch, Waldstr. 8, part. r.

Herren-Rad m. Gu. u. Frlf. bill. z. verk. Vo., Kirchstr. 28, I. l.

Herren-Fahrrad m. Freilauf u. guter Gummibereif. preisw. zu verk. Weststr. 48, Hth. II.

Damenrad m. G. u. Torp.-Frl. 400 ℳ, eleg. H.-Rad m. Torp.-Frl., w. neu, Bereif. gs. neu, 800 ela. Renner, Holzfla., m. Trp.-Frlf., w. n., Ber. gs. neu, 850 ℳ. Fahrrdh. Rasch, Lützner St. 79.

Herr.-Rad, guterh., 480 ℳ, vk. Wintergartenstraße 7, H. I. l.

Herr.-Rad m. Gu., vk. Thomb., Fuchshainer Straße 7, III. Mt.

Achtung! 1 Garnitur neuen Fahrrad-Gummi, pr. Fabr., bill. z. vk. Gohl., Schleußiger St. 22, I. r.

Korbkdrwg., weiß, gth., 550 ℳ, vk. Schönef., Schreiberst. 12, p.

Kinderwagen billig zu verk. Schönef., Dimpfelstr. 42, p. l.

Korbkinderw. m. Wulstrand u. gesch. Klappwag. m. Verd. vk. b. Reud., Augustenstr. 8, I. r.

Korbwagen, elegant, zu verk. Neustadt, Meißner Straße 30.

Kinderwagen, Klappwag. m. Verd., Korbgestell, Federbett. vk. Reusch., Melchiorstr. 16, I. r.

Klappw. m. Verd. u. Kinderwag. z. vk. Wurzner St. 68, I. l.

Kinderwagen, guterhalten, 200 ℳ, Klappsportwag., 85 ℳ, Plgw., Merseburger St. 2, II. r.

Klappw. m. Vd., gep. Kdrsthl. Neuschönef., Rosenstr. 14, III. l.

Sitz-Liegewag. m. Gu., guth., bill. z. verk. Brüderstr. 15, pt.

Kinderwagen, guterh., z. vrk. Conn., Leopoldstr. 29, Hth. I. r.

Kinder- u. Klappwag. bill. zu verk. Gabelsbergerstr. 19, pt.

Leiterwag., 2-8 Zt. tr., umstdh. bill. z. vk. Gabelsbergerstr. 19, p.

Handwag., gr., fast neu, 16 Ztr. Tragkr., bill., Klappw. 100 ℳ, vrk. Li., Demmerlingstr. 80, II. r.

Waschwannen sehr billig Nur Körnerstraße 2 (Laden) *

Waschschüsseln, gr. Post., m. od. oh. Gestell, Stöckartstr. 22, pt. r.

Grude-Einrichtung, ein fast neuer leinener Waschanzug für 10—12 jähr. Knaben zu verk. Kuchengartenstr. 14, II. r.

Akkumulator, neu, zu verkf. Werner, Zeitzer Straße 39.

Zaunlatten *
Riegel, Säul. lief. bill. Georg Poppe, Wurzn. St. 136, T. 60758.

Kanin., m. u. oh. Stall z. verkf. Lind., Raimundstr. 5, III. r.

2 w. horn. Ziegenl., 8 Woch. alt, u. Glucke m. Küken verk. Klsch., Eythraer Str. 24, I. r.

Schön ges. Schäferhund, Bast., 1 J. a., l. wachl., in gt. Hde. bill. Pl., Merseburger Str. 2, II. r.

Glucke zu verkaufen. Leipz.-Lößnig, Colloredostr. 20, I. l.

Kaufgesuche

Kaufe Herren- u. Damen-Garderobe, Wäsche, Gard., Stgrgs., Uhren, Ringe, Gold- u. Silberwaren, Leihhausscheine. **Grünbaum,** Berliner Straße 24, H. II. l.*

Frau Kummer, Reichsstr. 14, II. kauft Herren- und Damen-Gard., Leihhausch., Wäsche, Federbetten usw. Tel. 10627.*

●● Kaufe ●●
Damen-, Herren- u. Kindergarderobe, Schuhe, Wäsche, Federbett., Gardinen, Tepp., Leihhausscheine, eins. Möbel u. ganze Wirtschaften. **Kohs,** Lind., Odermannstr. 4, pt. *

2 Bettstellen, gebr., groß. Kommode a. Privat ges. Schriftl. Off. an R. D., Albertstr. 40, II. l.

H.- u. D.-Rad ohne Gu. kauft R., Weidmannstr. 2, H. pt.*

Geflügelhaus
für 10 bis 20 Hühner.
Drahtgeflecht, ca. 60 Mtr., 1 bis 1,50 Mtr. hoch, sofort zu kaufen gesucht. Angebote u. G. 38 a. Exp. d. Bl.

Alte Zeitungen, Bücher
Zeitschriften, sowie Altpapier aller Art zum Einstampfen, ferner Lumpen, Weinflaschen und Sektflaschen kauft laufend *
M. Reiner, Rohproduktenhandlung
Leipzig-Anger, Mölkauer Straße 58, Hof

Reell! Reell!
Unter Garantie des Einstampfens kauft
PAPIER
jeder Art von Geschäften und Privaten *
Wein- und häutsche sowie Sekt- und Kognak- **Flaschen**
Metalle und alle Rohprodukte
Rohproduktenhandel am Kreuz Südstraße 117
Abholung ohne Preiskürzung!

Rohprodukte
Makulatur / Zeitungen / Bücher
Moschpapier / Lumpen / Eisen / Metall
Sekt- und Weinflaschen kauft und holt ab
S. Steinbrecher Südstraße 29 (Hof) Telephon 31868
Buchholz, Gohlis Inh.: S. Steinbrecher Äußere Hallesche Straße Nr. 140 und Lindenthaler Straße 36, Hof

KAMILLEN
und alle anderen
Heilkräuter
wie Lungenkraut, Brennesselblätter, Löwenzahnblätter, Taubnesselblüten, Scheuergras (Zinnkraut), weiß- und blaublühende Stiefmütterchen, kaufen
J. Bernhardi, G. m. b. H., Leipzig
Konstantinstrasse 21.

Klappwagen, guterh., z. kf. ges. Markranstädt, Albertst. 22, p. r.

Vermischte Anzeigen

Ehrenerklärung. Frl. Köcher, Wahren, betr., widerrufe ich, da ich selbst nicht eingesandt habe. Fr. Schuga.

Gold. D.-Uhr v. Cäcilienstr. n. Strbhbahnst. Mühlstr. verlor. G. g. Bel. abz. Cäcilienstr. 4, I.

Großer gelber Hund entlaufen. G. Bel. abz. Großzschoch., Rost.-Wallwitz-St. 4, I.

Rat und Beistand Alliment., Ehe- u. Strafsachen **Gnadengesuche!** Graf, Grimm. Steinweg 14. *

Hilfe in Strafsachen, Ehesachen, Alliment. usw., Gesuche, Verträge, Testam. **Rechtsbureau Dimmroth** Leipzig-Lind., Kubturmstr. 4.

Wohnungen

Möbl. Zimmer an sol. gut. Herrn sofort zu vermiet. Schleuß., Könneritzstr. 18, II. l.

Frdl. möbl. Zimmer z. verm. Co., Auerbachst. 2, II. M., Müll.

Leere Stube z. verm. Off. unt. H. 108 Klsch., Dieskaustr. 5.

Kinderlos. Ehepaar sucht leere Stube mit Kochofen. Offerten unter V. 906 Fil. d. Blattes, Zeitzer Str. 32

Beamtp. sucht i. West. 2 leere Zimm. Off. A. B. Fil. Gohlis.

Möbl. Zim. od. Schlafstelle m. Kochgel. v. Frl. gel. l. Lind. od. Plagw. Ang. u. E. 36 Exp. d. Bl.

1 großes od. 2 leere Zimmer, nicht zu weit vom Zentrum, von Herrn gesucht. Offert. erb. unt. F. 37 a. d. Exp. d. Bl.

Tausche Stube, Kamm., Küche, Keller, Bodenk. u. Gart. in Gohlis (fr. Vlert.) geg. ähnl. mit 2 Kamm. in nördlicher gelegen. Umg. Leipzigs. Off. u. S. M. 27 an Filiale Gohlis.

Anst. j. Mädch. sucht Schlafst. mögl. Plagw., Lindenau od. Schleußig. Off. u. M. W. 97 Fil. Plagw., Weißenf. Str. 30

2 leere Zimmer mit Kochgel. (eptl. nur 1 großes) von Ehep. gesucht. Angebote erbeten an Büching, Cichoriusst. 10, II. M.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Nach § 1 der zufolge Art. II des Gesetzes zur Abänderung des Schaumweinsteuergesetzes vom 21. 7. 1918 vom 21. 4. 1920 (RGBl. S. 393 flg.) vom Herrn Reichsminister der Finanzen erlassenen Schaumwein-Nachsteuerordnung unterliegt aller am 1. Juni d. J. außerhalb der Erzeugungsstätte oder einer Zollniederlage befindlicher Schaumwein einer Nachsteuer. Wer daher an diesem Tage im freien Verkehr befindlichen Schaumwein besitzt, muß diesen innerhalb einer Woche bei dem

Zollamt am Dresdner Bahnhofe, Brandenburger Straße 5

schriftlich oder zu Protokoll unter Angabe des Aufbewahrungsraums, der Gattung (Schaumwein aus Fruchtwein, ohne Zusatz von Traubenwein, anderer Schaumwein oder schaumweinähnliche Getränke) sowie der Menge (Zahl und Größe der Umschließungen) anmelden. Schaumwein, der sich am 1. Juni d. J. unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald er in dessen Besitz gelangt ist. In der Anmeldung ist die Versicherung abzugeben, daß außer dem angemeldeten kein Schaumwein mehr im Besitze des Anmeldenden sich befindet.

Schaumwein im Besitze von Eigentümern, die weder Ausschank noch Handel mit Getränken betreiben, bleibt, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als 10 Flaschen beträgt, von der Nachsteuer und der Anmeldepflicht befreit. Mehrere Eigentümer, die Schaumwein gemeinsam aufbewahren, werden hinsichtlich der Verpflichtung zur Entrichtung der Nachsteuer für den gemeinsam aufbewahrten Schaumwein wie ein Eigentümer angesehen.

Leipzig, am 31. Mai 1920.

Hauptzollamt Leipzig I.

Kartoffelverteilung.

Auf 4 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe O je bis zu 10 Pfund Kartoffeln, soweit der Vorrat reicht. Preis 45 Pfg. für das Pfd.

Verbraucher: Kartoffelentnahme beim Kleinhändler gegen Abgabe der Marken 4 E und K sofort, spätestens Sonnabend, den 5. Juni.

Kleinverteiler: Markenabgabe Montag, den 7. Juni. Bezugskarten (S-Ka 5) Ablieferung Dienstag, den 8. Juni. Die Marken 4 E und K sind auf einem besonderen Lieferschein anzugeben und zu berechnen.

Großverteiler: Bezugscheinentnahme Mittwoch, 9. Juni. Nach Entnahme unverzügliche Einlieferung bei der Kartoffelstelle.

Ernährungsamt Leipzig, am 1. Juni 1920.

Kartoffelausgabe.

8. bis 14. Juni auf G 6/G 6 sowie für Militärurlauber und Fremde

10 Pfund Kartoffeln.

Preis für das Pfund 45 Pfg.

Verbraucher: Markenabgabe bis Sonnabend, den 5. Juni. **Letzter Abholungstag: 14. Juni.**

Kleinverteiler: Markenabgabe: Montag, den 7. Juni. Bezugskarten- (Ka 222) Ablieferung: Dienstag, den 8. Juni.

Großverteiler: Bezugscheinentnahme Mittwoch, den 9. Juni.

Ernährungsamt Leipzig, am 1. Juni 1920.

Kartoffelverkauf

ab Gaunscher Bahnhof

von Donnerstag, 3. Juni, 8 Uhr vorm. ab

Zentnerpreis 30 bezw. 40 Mark.

K. V. G.

Dittrichring 3a.

Der Verkauf von getragenen

Militär-Schnür- und Schaftstiefeln

findet vorläufig nur noch bis **Sonnabend, den 5. Juni,** statt. Vorzulegen Haushaltkarte 38 und Wohnungsschein.

Arbeiter! Lest die **„Rote Fahne!“** Täglich zu haben in der Bücherstube Otto Müller (USP-Gen.), **Schützenstraße**

Proletarische

Freidenker

Vortragsabende

für Mitglieder und Gäste und anschließende

Mitglieder-Versammlungen.

Alt-Leipzig: Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Café des Volkshauses. **Vortrag** über: Freireligiöse oder proletarische Freidenkerbewegung. Referent: Genosse **Art. Wolf.**

Mockau: Montag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, im Ratskeller. **Vortrag** über: **Christliche oder sozialistische Weltanschauung.** Ref.: Genosse **Otto Müller,** Leipzig.

Der ethische Jugend-Unterricht beginnt wieder am Sonnabend, dem 5. Juni, nachm. ½3 Uhr, für die Kinder von 10—12 Jahren; am Sonnabend, dem 12. Juni, nachm. 3 Uhr, für die Kinder von 12—14 Jahren im Volkshaus-Gartensaal. Alle überzeugten Parteigenossen halten ihre Kinder dem Schulreligionsunterricht fern und senden sie in unseren Unterricht, wo ihnen proletarische Moral und Ethik gelehrt wird. — Auskunft und Anmeldungen in den Versammlungen und im Unterricht, der vollständig kostenfrei ist.

Die Bezirksleitung der prolet. Freidenker von Groß-Leipzig.

Amerikan. Schweineschmalz

für Kantinen und Werke

in 20 Kilo-Dosen 10% Tara

850.— Mk. pro Dose

Rudolf Pfaff, Leipzig Städtische Markthalle, Galerie 12.

Großhandels-Erlaubnis.

Kamillen, Fliederblüten

sowie alle andern

Kräuter, Blüten und Wurzeln

kauft jede Menge zu den höchsten Preisen

Johann Panzer, Leipzig-Connewitz, Kochstr. 122

Fahrgeld für Straßenbahn wird vergütet.

Fischwaren-Handlung

Richard Voigt

Tel. 60661 **Eisenbahnstr. 121** Tel. 60661

empfiehlt von heute ab

80000 Pfund gesunde Schotten-Heringe

sehr fleischig und zart — ganz bedeutend unter Preis — pro Pfund **5.50** Mk.

In Tonnen für Fabriken passend, demnach billiger.

Prima grosse Salz-Heringe

ebenfalls gesunde Ware

Sorte II **2.40** Mk. — Sorte I **3.40** Mk.

Familien-Nachrichten

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsre innigstgeliebte, herzensgute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Pauline Rosalie verw. Fritzsche geb. Birkner

heute vormittag ¼11 Uhr, nach längerem schwerem Leiden, im 70. Lebensjahre, sanft entschlafen ist.

L.-Plagwitz, Zschocherische Str. 41, II., d. 1. 6. 20.

In tiefstem Schmerze

Paula Kauerauf geb. Fritzsche
Otto Kauerauf
Rosel Fritzsche
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Blumenspenden dankend abgelehnt.

Nach kurzem Kranksein verschied Montagabend, im blühenden Alter von 13½ Jahren, mein einziger geliebter Sohn, Bruder, Neffe und Cousin

Herbert Donnepp.

L.-Connewitz, Bornaische Straße 41, II. r.

In tiefstem Weh **Emma verw. Donnepp u. Kinder.**

Beerdigung Freitag, mittags 12 Uhr.

Für die liebevolle Teilnahme und ehrenvolles Geleit zur letzten Ruhestätte bei dem so frühen Heimgange unsres einzigen innigstgeliebten Sohnes und Bruders

Willy Dießel

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

L.-Schönefeld, den 2. Juni 1920.

Familie Ewald Dießel.

Verkäufe

100 000 Briefumschläge Quart, in Farb. sort., preiswert zu verkaufen **Nowack,** L.-Schönef., Taubestr. 35, pt. l.

Schweineschmalz 23.50 Holl. Margarine 19.50 Naumann, Taubchenweg 58.

Brennholz verkauft Ztr. **11 Mk. Deutschmann,** Bahnhof Thekla bei Leipzig

Brennholz. Tel. 51065 **Frenzel u. Bechmann.** Freild.-Bhnhf., Spelch. Alb. Meyer.*

Billiges Angebot.

Herrenstiefel	140—215
Damenstiefel	105, 150, 185
D.-Spangenschuhe	165—185
Dam.-Halbschuhe	85—165
Burschenstiefel	120—140
Kinderschuhe	35, 48, 95
Mädchenschuhe	120, 140

H. Kliche, Lindenau, Reuterstr. 31, II. M.

Regenmantel, f. H., guterh., 80 M. Dresdner Str. 68, H. I. r.

3 Anzüge, guterhalten, verk. billig. Lange Straße 10, I. l.*

Anzug, gth., f. 17-20j., v. 4 U. an Sell., Bautzmannstr. 12, III. l.

Anzug, bl., mtl. Fig., vk. f. bill. Merseburger Str. 10, pt. M.

Anz., m. Gr., Mil.- u. Zip.-Hose z. vk. Eisenbahnstr. 13, Hth. II. r

Herr.- u. Jüngl.-Anzüge bill. z. verk. Gabelsbergerstr. 19, pt.

Mil.-Anzug, umgearb., Rock u. Hose, blau gef., f. 325 M z. vk. Wurzner Str. 57, III., v. 5-7 Uhr

2 Gehrockanzüge, eleg., verk. billig. Lange Straße 10, I. l.*

Auf Teilzahlung
Seid. Regenmäntel, Jackotts, Volle-Blusen und Kleidor, l*
Röcke — Kostüme hochmod. u. billigst.
Liebau, Roßplatz 8 nur erste Etage

Konfirm.-Hose, Weste, Schuhe vk. Löhnig, Colloredostr. 20, I. l

Billiges Angebot in **modernen Waschblusen** (Voile, weiß und bunt) Pfaffendorfer Straße 9, Hof.

Hemden f. Damen f. Herren **40** M
Handtücher . . . . **8** „
Hemdentuch . Mtr. **16** „
Bettwäsche, Nessel sehr billig Kohlgartenstr. 29, I. **links.**!*

Friedens-Korsett, neu, lang, D.-Uhr. Klopstockstr. 12, pt. r.

Weisse Bettbezüge 150.- pa. Qualität, 130 breit Moll, Windmühlenstraße 28.

Damast-Bettwäsche, zweimal mit 2 Bettüchern, für 350 Mk. z. verk. Reudnitz, Ostr. 71, IV.

Federdeckbett, gutes, billig zu verk. Bayerische Str. 42, II. l.

Plüsch-Sofa, Chaiselg., 175, Singer-Nähmaschine, 250 M, vk. Reud., Kapellenstr. 9a, p.*

Kleiderschrank, Vertiko u. andere* gebr. Möbel verk. bill. Dix, Gohlis, Eisenacher Straße 60.

Vermischte Anzeigen

Leipz. Leih-Institut für Frack-, Gehrock-, Smokinganzüge, Zylinderhüte. **Belau.** Albertstraße 29a, I., Ecke Zeitzer Str. im Vorgeb.*

I. Verleih-Institut **fein. Gesellschaftsanzüge J. Kindermann.*** Neumarkt 1, I. Ecke Grimm. St.

Saal gr. Spielwiese, Kegelbahn f. Sommerfeste u. Ausflüge frei **„Alter Gasthof“ Schönau**

Aufpolstern von Sofas und Matratzen. Josephstraße 33.*

Damenhandtaschen usw. werden umgearb. u. repariert Li. Karl-Heine-Str. 60, l. Seifert.

Inserate für die fällige Nummer bestimmt erbitten bis spätestens **9 Uhr** vorm. am Erscheinungstage.

Amtliche Bekanntmachung.

Meldung jeder offenen und besetzten Stelle beim öffentlichen Arbeitsnachweis.

Nachstehend bringen wir unter ⊙ die Verordnung des Demobilmachungskommissars bei der Kreishauptmannschaft Leipzig vom 26. April 1920, **nach der jede offene und besetzte Stelle beim öffentlichen Arbeitsnachweis spätestens am zweiten Werktag zu melden ist,** nochmals zur allgemeinen Kenntnis. Als den für die Meldungen zuständigen **öffentlichen** Arbeitsnachweis bestimmen wir auf Grund von § 6 Abs. 2 der Verordnung den **öffentlichen Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig mit sämtlichen angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweisen.**

Lediglich für das Gewerbe der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe, der Buchdrucker, der Friseure und Perückenmacher sowie der Glaser hat der Demobilmachungskommissar abweichend von der Vorschrift des § 1 widerruflich zugelassen, daß die **offenen Stellen** nicht dem **öffentlichen** Arbeitsnachweis, sondern den hierentsprechenden, diesem nicht angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweisen gemeldet werden. Die aus den §§ 2 bis 7 dem öffentlichen Arbeitsnachweis gegenüber sich ergebenden Pflichten bleiben auch bei diesen Berufen in Geltung.

Für das **Musikergewerbe** hat die Verordnung des Demobilmachungskommissars vom 26. April 1920 mit gewissen Abänderungen und Ergänzungen ebenfalls Gültigkeit. Auf die hierüber erlassene besondere Verordnung des Demobilmachungskommissars vom 26. Mai 1920, veröffentlicht in den Leipziger Tageszeitungen am 26. Mai 1920, wird verwiesen.

Gegenwärtig besteht der öffentliche Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig aus den folgenden Abteilungen und angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweisen:

Nähere Bezeichnung	Vermittelung erfolgt	Fernsprecher
a) Abteilungen des städtischen Arbeitsnachweises:		
Allgemeine männliche Abteilung für Gelernte und Ungelernte, einschließlich Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter	Seeburgstraße 14-20, werktäglich 8—8 Uhr	19280—19288 und 10252
Männliche Jugendabteilung, Berufsberatung, Lehrstellen- und Arbeitsvermittelung		
Allgemeine weibliche Abteilung für gewerbliche Arbeiterinnen einschließlich Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterinnen, für Wasch- und Scheuerfrauen, Aufwartungen	Sternwartenstraße 15-21, werktäglich 8—8 Uhr	
Weibliche Jugendabteilung, Berufsberatung, Lehrstellen- und Arbeitsvermittelung		
b) Angeschlossene paritätische Facharbeitsnachweise:		
Bäcker- und Konditorengewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 11—12,30 Uhr	10230—10288 u. 10252
Baugewerbe	Münzgasse 24-26, Erdg., werktäglich 8—12 Uhr	dgl.
Böttchergewerbe	Seeburgstr. 14-20, Hof r., werktäglich 10—11 Uhr	dgl.
Brauerei- und Mühlengewerbe	Seeburgstr. 14-20, Hof r., werktäglich 1,30—3 Uhr	dgl.
Buchbindergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof II, werktäglich 9—11 Uhr	dgl.
Chemiker und Ingenieure	Nürnberger Straße 48, I, werktäglich 9—11 Uhr	8821
Dachdeckergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, Dienstags und Donnerstags 5—6 Uhr nachm., Sonnabends 2—3 Uhr nachm.	19288
Fleischergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 8—9 Uhr	10230—10288 u. 10252
Gastwirtsgewerbe	Gerberstraße 3, Hof links, werktäglich 9—3 Uhr, Sonntags 10—1 Uhr.	
Handels- und Transportgewerbe	Münzgasse 24-26, Hof II, werktäglich 8—3 Uhr	19282 und 18524
Hausangestellte	Gerberstraße 3, Erdg., werktäglich 8—3 Uhr	917
Holzindustrie	Münzgasse 24-26, Erdg., werktäglich 9—12 Uhr	19280—19288 u. 10252
Kaufm., techn. und Bureauangestellte	Sternwartenstraße 15-21, I, werktäglich 8—3 Uhr	8944
Kürschnergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 11—12 Uhr	19280—19288 u. 10252
Landwirtschaft	Seeburgstraße 14-20, Hof r., werktäglich 8—3 Uhr	dgl.
Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 8—9,30 Uhr	dgl.
Metallindustrie	Arbodinring 1, I, werktäglich 8—2 Uhr	19280—19288 u. 10252
Musiker	Gerberstraße 3, Hof links, werktäglich 10—2 Uhr, Sonn- und Feiertags 11—1 Uhr	11007 und 8133
Sattler- und Lederwarengewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, Montags, Mittwochs und Freitags 5—6 Uhr nachm.	8051
Schneidergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 8—10 Uhr	19288
Schuhmachergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 10—11 Uhr	19280—19288 u. 10252
Steinsetzergewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, Montags, Mittwochs und Freitags 4—5 Uhr nachm.	dgl.
Tapezierer-, Polster- u. Dekorationsgewerbe	Münzgasse 24-26, Hof I, werktäglich 8—9 Uhr	19288
Textilindustrie	Seeburgstr. 14-20, Hof r., f. Männer, werktäglich	10230—19288 u. 10252
Töpfer- und Ofensetzergewerbe	Sternwartenstr. 15-21, I, f. Frauen, 10—11 Uhr	dgl.
	Münzgasse 24-26, Hof I, Montags bis Freitags 5—6 Uhr nachm., Sonnabends 2—3 Uhr nachm.	19288

Anmeldepflichtig sind **alle** offenen Stellen, auch solche für weibliches Personal, sowie **Aushilfs**stellen und **Lehr**stellen. Alle Meldungen über besetzte Stellen, über unbegründete Arbeitsablehnung usw. müssen genaue Angaben des Vor- und Zunamens, des Berufs und der Wohnung der Arbeitnehmer enthalten.

Es wird erwartet, daß die gesetzlichen Vorschriften, die vornehmlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Mißbrauches der Erwerbslosenunterstützung dienen, allenthalben genau beachtet werden. Zuwiderhandelnde haben **gerichtliche** Bestrafung zu gewärtigen.

Leipzig, am 31. Mai 1920.

Reg.-Arb.-N. 243.

Der Rat der Stadt Leipzig.

⊙

Auf Grund der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1292) wird nach Gehör der Demobilmachungsausschüsse für den Regierungsbezirk Leipzig folgendes bestimmt:

§ 1.

Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, jede offene Stelle spätestens am zweiten Werktag nach Eintritt des Bedarfs unter Angabe der Beschäftigungsart sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem für seinen Bezirk zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden, wobei an den öffentlichen Arbeitsnachweis angeschlossene paritätische Facharbeitsnachweise als öffentliche Arbeitsnachweise gelten.

Für bestimmte Berufe können mit Zustimmung des Demobilmachungskommissars Ausnahmen zugelassen werden.

§ 2.

Wird die offene Stelle außer dem öffentlichen Arbeitsnachweise anderen nicht gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen gemeldet, so ist dem öffentlichen Arbeitsnachweis die mit der Vermittlung beauftragte nicht gewerbsmäßige Stellenvermittlung bei der Anmeldung bekanntzugeben.

§ 3.

Jede Besetzung einer offenen Stelle, auch wenn sie durch den öffentlichen Arbeitsnachweis vermittelt worden ist, ist spätestens am 2. Werktag, nachdem sie besetzt worden ist, unter Angabe des Vor- und Zunamens und der Wohnung der eingestellten Person dem öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuteilen.

§ 4.

Dem öffentlichen Arbeitsnachweis, der die Arbeitsstelle vermittelt hat, ist sofort anzuzeigen, sobald ein von ihm zugewiesener Arbeitnehmer die Annahme der Arbeit ohne wichtigen Grund ablehnt, niederlegt oder auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere wegen grober Pflichtverletzung entlassen werden muß.

§ 5.

Bei Aufgabe der offenen Stelle an eine Zeitung ist der Arbeitgeber verpflichtet, die nach § 1 bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu bewirkende Anmeldung gleichzeitig mit der Absendung der Anzeige an die Zeitung zu erstatten.

Erfolgt die Anzeige in der Zeitung ohne Angabe der Adresse des Arbeitgebers, so ist die Zeitung verpflichtet, die Adresse des Arbeitgebers auf Ersuchen des öffentlichen Arbeitsnachweises diesem mitzuteilen.

§ 6.

Zur Anmeldung nach den §§ 1 bis 5 verpflichtet sind alle privaten Arbeitgeber in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Hauswirtschaft sowie alle Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, insbesondere auch die Post- und Eisenbahn sowie die militärischen Betriebe, soweit diese Zivilarbeiter beschäftigen. Anmeldepflichtig sind offene Stellen jeder Art, auch solche für weibliches Personal sowie Aushilfsstellen und Lehrstellen.

Welcher öffentliche Arbeitsnachweis für den betreffenden Bezirk zuständig ist, bestimmt in den Städten mit Revidierter Städteordnung der Stadtrat, für die amtshauptmannschaftlichen Bezirke die Amtshauptmannschaft.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen unterliegen der Strafvorschrift in § 6 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918.

§ 8.

Die für das Musikergewerbe noch zu erlassenden besonderen Bestimmungen werden durch diese Verordnung nicht berührt.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1920 in Kraft.

Leipzig, den 26. April 1920.

Kreishauptmannschaft. Demobilmachungskommissar.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200602/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG